

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21  
„Tagblatt-Haus“.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.  
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobrief. 2.- vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausländische Briefpost. — Bezugs-Bestellungen nehmen anßerdem entgegen: in Wiesbaden die „Vorwärts“-Bismarckstr. 19, sowie die Postämter in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld die dortigen Postämter und in den benachbarten Bannorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Kräfte“ in einheitlicher Spalten; 20 Pfg. für alle übrigen Anzeigen, 30 Pfg. für alle sonstigen Anzeigen; 1 WZ. für letzte Zeile; 1 WZ. für alle übrigen letzten Zeilen. — Ganze, halbe, dritte und vierte Zeilen, durchgehend nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unersetzlicher Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatte.

Wichtigste Ausnahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt H 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an beschrifteten Zetteln und Plakaten wird keine Gewähr übernommen.

Mittwoch, 21. Januar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 33. • 62. Jahrgang.

## Politische Übersicht.

### Zur Ablehnung der Rate für die olympischen Spiele.

Die Ablehnung der ersten Rate für die olympischen Spiele durch die Budgetkommission des Reichstags hat lebhafteste Beunruhigung im Publikum hervorgerufen. Auf eine Anfrage, die die „Liberale Korrespondenz“ wegen dieser Angelegenheit an den Abgeordneten Dr. Müller-Meinigen richtete, dessen Interesse für turnerische und sportliche Fragen bekannt ist, äußerte sich dieser wie folgt:

„Auch wir Liberalen bedauern die Ablehnung der ersten Rate für die olympischen Spiele. Unsere politischen Freunde haben ja auch in der Kommission für die angeforderten 46 000 Mark gestimmt. Wir haben jedoch den Antrag eingereicht, die Regierungskommission wiederherzustellen. Es wird also alles geschehen, was möglich ist, um das Plenum des Reichstags davon zu überzeugen, daß die Bewilligung eine Ehrenpflicht für die deutsche Nation ist.“

„Als sehr gefährlich würde es mir aber erscheinen, wenn jetzt in der Presse mit einem Übermaß von Temperament der ablehnenden Mehrheit der Kommission Vorwürfe gemacht würden, die über den Rahmen des Tadeln hinausgingen. Auch im Parlament über menschliche Zuneigungen und Antipathien einen gewissen Einfluß aus; darin kann keinerlei Vorwurf für die einzelnen Mitglieder des Parlaments liegen. Die Sache sollte nicht als eine cause célèbre behandelt werden, sondern sie sollte rein sachlich, wenn auch vom Standpunkte der internationalen Gastfreundschaft aus warmherzig, erörtert werden. Man kann den großen Turn- und Sportverbänden nur den guten Rat geben, möglichst im Rahmen ruhiger Erörterungen zu bleiben, um der guten Sache, der sie dienen wollen, nicht zu schaden. Ich kann mir nicht denken, daß das Zentrum und die Sozialdemokraten, die bei der Wehrvorlage unseren Antrag unterstützten, die körperliche Erziehung der deutschen Jugend möglichst zu heben, bei der ersten Gelegenheit, einen starken Impuls für diese große Aufgabe der Zukunft zu geben, vollständig verjagen werden. Ich hoffe, daß sie sich noch überzeugen davon, daß hier keinerlei Parteistandpunkt maßgebend sein darf.“

### Beihilfe für die Spiele.

Berlin, 20. Jan. (Drahtbericht.) Nach dem Bekanntwerden des ablehnenden Beschlusses der Budgetkommission des Reichstags betr. des Reichsausschusses für die olympischen Spiele 1916 gingen dem Präsidenten des Deutschen Reichsausschusses und dem Generalsekretariat aus allen Teilen Deutschlands Zuschriften zu, die die Hoffnung ausdrückten, daß der deutsche Reichstag den Beschluß der Budgetkommission nicht zu seinem eigenen machen wird. Ein bekannter Berliner Kommerzienrat sandte an Erzherzog von Bobolitz 200 M. mit dem Vermerk, daß in den weitesten Kreisen die ungeschickliche und unverständliche Ablehnung des Reichsausschusses für die kommende Olympiade wohl viele säumige Bürger auf den Plan rufen wird, damit die so überaus wichtige Olympiade nicht scheitert. (Einzahlungen sind zu leisten auf das Postfachkonto des Deutschen Reichsausschusses Nr. 12 800 bei dem Postfachamt Berlin NW. 7 oder auf das Konto: Deutscher Reichsausschuss an die Kasse des „Unionklubs“, Schadowstraße 9.) — Eine eingelaufene Postanweisung über 1000 M. ist von den Worten begleitet: „Antwort einer deutschen Frau auf den bedauerlichen Beschluß der Budgetkommission des Reichstags“. Der Senat in Bremen

gewährte eine Beihilfe von 3000 M. Der Senat in Lübeck beschloß, zur Förderung der Bestrebungen des Reichsausschusses auf fünf Jahre eine jährliche Beihilfe von 200 M. zu bewilligen.

### Gefahren für unsere Landwirtschaft.

Die Gefahr, die unserer Landwirtschaft durch die Erschwerung des Zugangs von Wanderarbeitern aus Rußland und Galizien droht, wird von der Regierung wie von allen Parteien ohne Umschweife anerkannt. Die Gefahr wird durch diese Einsicht in ihrer Größe und Dringlichkeit zwar leider nicht verringert, immerhin gewährt es eine gewisse Befriedigung, feststellen zu können, daß auf keiner Seite die Neigung besteht, gleichsam den Kopf in den Sand zu stecken und sich wie anderen die herannahenden Schwierigkeiten und Schäden auszureden. Mit dem Gefühl der Bessermung ist nun aber weiter festzustellen, daß bisher von keiner Seite ein Vorschlag gemacht worden ist, dessen Verwirklichung die drohende Gefahr verhindern oder auch nur erheblich mildern würde. Es ist wahr, eine im großen Stile betriebene innere Kolonisation würde unserer Landwirtschaft bis zu einem gewissen Grade einen Arbeiterstand sichern, mit dem die Lücke, die durch die Fernhaltung ausländischen Zugangs entstehen müßte, wenigstens zum Teil auszufüllen wäre. Aber eine großzügige An siedlungspolitik bedarf, auch wenn sie noch so entschieden und schnell durchgeführt wird, einer geraumen Zeit, und bis dahin kann das Unglück schon Wirklichkeit geworden sein. Wie bringend die Gefahr ist, das erzählt man u. a. auch aus den Darlegungen des Landwirtschaftsministers v. Schorlemer in der letzten Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses. Allerdings meinte Herr v. Schorlemer am Schluß seiner Ausführungen, daß die von liberaler Seite geäußerten Befürchtungen wohl nicht im vollen Umfang begründet seien, immerhin sei ein Abnehmen des Stromes ausländischer Saisonarbeiter zu erwarten. Wie groß oder wie gering die Gefahr ist, darüber kann man ja streiten, aber auch, wenn sie nur einen Teil der allgemeinen Befürchtungen verwickelt, wird sie schon gerade erheblich genug sein. Man sollte meinen, daß im Staatsministerium über die Notwendigkeit, jedes brauchbare Mittel anzuwenden, keine Meinungsverschiedenheit bestehen dürfte. Gleichwohl ist eine solche vorhanden. Man hört es mit Befremden, daß der Landwirtschaftsminister auf die Anregung eines nationalliberalen Kommissionsmitgliedes, betreffend billige Eisenbahnfahrten für Wanderarbeiter, erklären konnte, der Minister der öffentlichen Arbeiten habe sich dieser Anregung gegenüber, die in einer Eingabe der sächsisch-holsteinischen Landwirtschaftskammer bereits ihren Ausdruck gefunden hat, bisher ablehnend verhalten. So scheinen die Mißstände, die die Landwirtschaft von einer Erschwerung des Zugangs zu befürchten hat, Herrn v. Breitenbach noch besonders klar gemacht werden zu müssen. Voraussetzungen sind dies noch mit Erfolg gegeben. Aber auch die hier besprochene Maßnahme könnte natürlich nur eine ganz winzige Abhilfe schaffen, das Problem selbst bleibt in seiner ganzen Bedeutung bestehen, die man überhaupt nicht ernst und gewichtig genug nehmen kann.

## Deutsches Reich.

\* Private und öffentliche Lebensversicherungen. Zu einer bedeutungsvollen ministeriellen Kundgebung hat die Anfrage des Reichstagsabgeordneten Behrens, ob eine Unterstellung der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten unter das kaiserliche Aufsichtsamt beabsichtigt sei, geführt. Staatssekretär Delbrück antwortete: 1. Da öffentliche Versicherungsanstalten der Aufsicht des kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung nicht unterliegen, muß es sich der Herr Reichsminister versagen, zu den von dem Verband öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland in Druckschriften, Presseartikeln,

Neben usw. verbreiteten Angaben Stellung zu nehmen. 2. Der Herr Reichsminister beabsichtigt nicht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den in Änderung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen vom 12. Mai 1901 (Reichsgesetzbl. S. 139) auch öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen, deren Geschäftsbetrieb sich über mehrere Bundesstaaten erstreckt, der Aufsicht des kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung unterstellt werden. Maßgebend hierfür sind diejenigen Gründe, welche die verbündeten Regierungen veranlaßt haben, bei Einbringung des Entwurfs des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen von der Einbeziehung der auf Landesrecht beruhenden öffentlichen Versicherungsanstalten abzusehen, die unter der Verwaltung oder Leitung staatl. oder kommunaler Behörden stehen. Es liegt kein Anlaß vor, die öffentlichen Anstalten in die reichsgesetzlich geregelte Versicherungsaufsicht einzubeziehen, da sie unter staatlicher Verwaltung und Aufsicht stehen und einer anderweitigen Überwachung nicht bedürfen. Eine Änderung in dieser Richtung wäre ein Eingriff in die Tätigkeit und Selbständigkeit von Landesinstituten und in die landesgesetzliche Behördenzuständigkeit. Es ist dies namentlich in der Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen näher ausgeführt. (Nr. 5 der Drucksachen des Reichstags, 10. Legislaturperiode, Session 1900/01, S. 33; vgl. auch den Kommissionsbericht Nr. 244 der Drucksachen, S. 2 ff., S. 13 ff.) 3. Im übrigen bedauern sowohl der Herr Reichsminister als der königlich preussische Herr Minister des Innern, der die Aufsicht über die preussischen öffentlichen Lebensversicherungsanstalten führt, daß der Konkurrenzkampf zwischen einigen öffentlichen Lebensversicherungsanstalten einerseits und einer Reihe von privaten Versicherungsunternehmen andererseits teilweise mit Mitteln geführt worden ist, die nicht durchweg gutgehen werden können. Es ist zu hoffen, daß unter der inzwischen eingeleiteten befördlichen Einwirkung hierin eine Änderung eintreten wird.

\* Ein liberales Wahlbündnis in Sachsen. Die fortschrittliche Volkspartei und die Nationalliberalen haben zu den nächstjährigen Landtagswahlen in Sachsen ein Wahlbündnis für die Oberlausitz unter der Voraussetzung abgeschlossen, daß für ganz Sachsen eine Verständigung zustandekomme. Nach dem Abkommen wird der gegenseitige Besitzstand beider Parteien gewahrt.

+ Die Schaffung eines einheitlichen Angestelltenrechtes wird seit längerer Zeit von den Organisationen der Privatbeamten und der kaufmännischen Angestellten erstrebt. Es handelt sich hierbei darum, die im Bürgerlichen Gesetzbuch, im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung enthaltenen einschlägigen Bestimmungen zu einem eigenen Privatbeamtenrecht zusammenzufassen und zugleich im Wege der Gesetzgebung Bestimmungen über die Arbeitszeit und die Errichtung einer besonderen Standesvertretung zu treffen. Der gegenwärtige Reichstag unterstützt diese Forderungen. Bei der Reichsregierung schwebt einer offiziellen Korrespondenz zufolge eingehende Erwägungen über eine Neuregelung der Verhältnisse der kaufmännischen und technischen Angestellten. Bei der großen Bedeutung der Frage und der Vielgestaltigkeit der Verhältnisse handelt es sich um sehr umfangreiche Vorarbeiten.

\* Polnische Vereinsgründungen im Westen. Aus Pottrop wird die Gründung eines Solobereins und eines polnischen Gesangsvereins gemeldet. Gleichzeitig organisieren sich die Polinnen im rheinischen Industriebezirk. Auch in Gladbeck und in Gelsenkirchen-Schale wurde ein national-polnischer Frauenverein gegründet.

### Heer und Flotte.

Personel-Veränderungen. Aus der sächsischen Armee: d. Elsa, Gen. der Inf. und Kom. Gen. des 1. (K. S.) Armeekorps, a. l. s. des 1. (Leib-) Gen.-Regts. Nr. 100 gestellt. \* v. Waddorf, Gen.-Major und Kom. der 2. Feld-Art.-Brig. Nr. 24. \* Graf Viktor von v. Eckardt,

## Diktator Huerta und seine Armee.

(Von unserm mexikanischen Spezial-Korrespondenten.)

Tampico, Anfang Dezember 1913. Es ist kein Vergnügen, in diesen Zeiten in Mexiko herumzureisen, jeden Augenblick muß man befürchten, daß einem der Bahnzug unter den Füßen von lebenswichtigen Rebellen in die Luft gesprengt werde, denn ihre Führer haben zwar erklärt, sie würden Büge mit Zivilpersonen hübsch in Ruhe lassen, aber Huertas Militärverwaltung benutzt die weite Vorfahrt, ihre Truppen ausschließlich fast auf Bügen zu befördern, auf denen sich auch andere Fahrgäste befinden, und da die Rebellen es auch nicht sonderlich genau mit der Einhaltung ihres Versprechens nehmen, so tut man gut daran, vor einer Bahnfahrt sein Leben möglichst hoch zu versichern zu lassen. Sie dauert wohl die fünfstündige Fahrt von Saltillo, fünfzig Meilen südwestlich von Monterrey, bis nach Tampico, vorüber an verlassenem Häusern amerikanischer Bauern, deren Bewohner sich über die Grenze in die Vereinigten Staaten mit Hab und Gut, so weit es möglich ist, geflüchtet haben, darüber an geplünderten, niedergebrannten oder verlassenem Pincos (Montagen), durch Eingebenen und übermäßig gefüllte Biadulle und Brücken. Überall zeigen sich die trostlosen Folgen eines barbarisch geführten, sinnlosen Deuterkrieges, der nicht um Grundstücke willen geführt wird, sondern einzig und allein, weil sich dabei etwas erübrigen

läßt. Diese Ansicht herrscht von dem Diktator Huerta herunter bis zum gemeinen Soldat, denn für den ist dieser Krieg nur ein Mittel zum Zweck möglichst reicher Beute und ungehinderter Plünderung.

Ich glaube kaum, daß man sich in europäischen Ländern einen richtigen Begriff macht von diesem Huerta — „zeitweiliger Präsident und Divisionsgeneral Don Victoriano Huerta“, wie ihn die mexikanischen Zeitungen zu nennen belibien, — und von seiner Soldateska, die europäischen Begriffen völlig Hohn spricht. Huerta ist ein Mann ohne jedes Gewissen, ohne jeden Skrupel, — ein Mann, für den Mord, Vertrauensbruch und Verrat Kleinigkeiten sind, die ihn nicht fünf Minuten lang auf seinem Wege aufhalten. Er geht über die Leichen seiner besten Freunde hinweg, wenn er damit seinen Zweck erreicht, und dieser Zweck ist nicht etwa die Herbeiführung eines friedvollen Zustandes in Mexiko, sondern ausschließlich der Wunsch, sich solange auf dem mexikanischen Präsidentenstuhl zu behaupten, bis es ihm gelungen ist, genug zusammen zu räumen, um damit sich später zu einem fröhlichen Leben der „Verbannung“ nach Paris zurückzugehen. Er versucht, es im Kleinen, den schlaun Fruch Huerta Diaz nachzumachen, aber die Brutalität und Habgier seines Charakters sowie ungezügelter Neigung zu den stärksten alkoholischen Getränken lassen ein baldiges Ende seiner Macht voraussehen. Und das ist auch im Interesse des Landes nur gut, denn unter einem Huerta werden niemals friedliche Zustände herbeigeführt werden können.

Fast reines Indianerblut fließt in den Adern Huertas, der seit jungen Jahren der Armee angehört, jedoch erst unter Porfirio Diaz als Offizier zur Bedeutung gekommen ist. Unter General Reyes als Kriegssekretär, wurde Huerta zur Niederwerfung eines Aufstandes, der der Regierung viele Schwierigkeiten gemacht hatte, nach Yucatan geschickt, und sein Erfolg in dieser Aufgabe hat die erste Staffel zu seinem Aufstieg gelegt. Als Diaz ihn wegen so großer Durchsichtigkeit, daß sie selbst in Mexiko nicht durchgehen konnten, seiner Stellung entzog, ließ ihn General Reyes, der damals das Kommando in Monterrey führte, dorthin kommen. Huerta kam und wenn nur der dritte Teil von dem, was mit in Monterrey berichtet wurde, von der damaligen „Wirksamkeit“ Huertas auf Wahrheit beruht, so bekommt man einen netten Begriff von dem Manne, der jetzt den Vereinigten Staaten Trost zu bieten mag. Reyes verschaffte ihm einen großen Kontrakt für Wege- und Straßenbauten und sorgte auch dafür, daß er von der Straßenbahn-Gesellschaft eine Anzahl Kaufleute für die Arbeiten bekam. Huerta ließ die Kaufleute fast verhungern, bezahlte seinen Arbeitern nichts, bekümmerte sich überhaupt nicht um die Bedingungen seines Kontraktes, borgte nach allen Seiten, ohne ans Wiedergeben zu denken, bezahlte überhaupt keine Rechnung, kränkelte sich offen damit, daß er die Frau seines Vorgesetzten zwangsweise zu seiner Liebhabin gemacht habe unter der Drohung, daß er sonst ihren Gatten ermorden lassen würde, und verbrachte seine Zeit hauptsächlich mit dem Trinken französischen Cognacs und

Gen.-Major und Insp. der Landw.-Insp. Chemnitz, der Charakter als Gen.-Leut. verliehen. \* Fehr, v. Koennerich, diensttuender Hauptmann Sr. Maj. des Königs, in das 2. Man.-Regt. Nr. 18 versetzt und mit der Führung desselben beauftragt. \* Graf v. Wuthenau-Dobersturm, Oberleut. und Kom. des 2. Man.-Regts. Nr. 18 in Genehmigung seines Abschieds nach Pension und der Erlaubnis zum Tragen der Regt.-Unif. zur Disp. gestellt.

## Ausland.

### Frankreich.

Die französische Presse zum Rücktritt Lemires. Paris, 20. Jan. In der Presse wird der Rücktritt des Abbes Lemire von seinem Amt als Vizepräsident der Kammer lebhaft erörtert. Der „Gaulois“ meint, dieser Rücktritt sei noch keine Bestätigung aufrichtiger Reue. Abbe Lemire möge auch seine Demission als Deputierter geben und wieder den von ihm verlassenem Weg einschlagen. Dann werde man vergessen, daß eines Tages sein Hochmut stärker gewesen sei als sein christlicher Glaube. Der „Radical“ sagt: Abbe Lemire will zu keiner Polemik Veranlassung geben und diese Zurückhaltung sei sehr achtenswert. Die radikale „Dépêche de Toulouse“, welche die Wahl Lemires zum Vizepräsidenten getadelt hatte, erklärt: Die Moral dieser Geschichte ist, daß Abbe Lemire seine Wähler in der Kammer im Stich gelassen hat, als ob er fürchte, sich in ihrer Gesellschaft bloßzustellen. Man darf sich da fragen, ob er sich nunmehr nicht auch dem Bischof von Lille unterwerfen werde.

Eine Rede des Ministerpräsidenten Venizelos in Paris. Paris, 20. Jan. Venizelos hielt auf einem ihm zu Ehren von der griechischen Kolonie gegebenen Bankett eine Rede, in der er Frankreich für die Griechenland gewährte Freundschaft und moralische Hilfe sowie für die von der französischen Militärmission geleisteten Dienste in warmen Worten dankte. Venizelos erklärte weiter, Griechenland träume nicht von Eroberungen, aber es verlange für sich dieselbe Achtung, welche es vor dem Gute der anderen begehrt. Dem auf Recht und Würde begründeten Frieden sei zugetan, werde Griechenland im nahen Orient ein erster Faktor der Ordnung, des Fortschritts und der Zivilisation werden.

### England.

Zum Abschluß der „Titanic“-Konferenz. London, 20. Jan. Die internationale Konferenz für die Sicherheit des Lebens auf dem Meere tritt heute nachmittags zur Unterzeichnung des Vertrags zusammen.

### Italien.

Von Arabern erschossen. Rom, 20. Jan. Einer Meldung aus Derna zufolge wurde Regib-Bei, einer der noch am Kriege gegen die Araber teilnehmenden türkischen Offiziere, von Eingeborenen in der Nähe von Raft-Gambut erschossen.

Streit der Genueser Rechtsanwölfe. Mailand, 19. Jan. Eine Versammlung von etwa 250 Rechtsanwölten in Genua beschloß, von heute an allen Zivil- und Strafrechtsverhandlungen fernzubleiben zum Proteste gegen die Verschleppung der Prozesse infolge der ungenügenden Zahl von Richtern und Gerichtstokalen.

### Portugal.

Zum Eisenbahnerstreik. Lissabon, 20. Jan. Die Eisenbahnangelegenheiten kehren allmählich zur Arbeit zurück. Gestern verkehrten mehrere Züge der Nord- und Südbahn. Die Strecke, auf der der Südpfeil verkehrt, ist zwischen Managualde und Bomplizosa böswillig beschädigt worden. Ein Zug aus Doroito ist gestern abend mit einem Reisenden, mit zahlreichen Gepäck und der Post eingetroffen. — Im Senat brachte gestern Heio Lorenas einen von mehreren Senatoren unterstützten Antrag ein, in dem die Minister aufgefordert werden, die Verfassung zu befolgen, die ihnen die Teilnahme an den Sitzungen vorschreibt. Der Antrag gelangt heute zur Abstimmung.

### Rußland.

Zu den Eisenbahnprojekten der Regierung. Die neuen Eisenbahnbauten Rußlands, sowohl in Mittel- als auch in Europa, werden auch in Deutschland mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, werden doch diese Bahnbauten die wirtschaftliche und militärische Kraft Rußlands außerordentlich verstärken. Die gewaltige Größe der zurzeit geplanten Eisenbahnbauten hat dazu geführt, daß die russische Regierung im europäischen Rußland den privaten Eisenbahnbau vollständig gefördert hat. In Mittelasien schreitet dagegen der Bau von Staatsbahnen fort. Ein besonderes Interesse muß der Bau der neuen Kur-

Bahn und der Eisenbahn durch die Mongolei von Peking nach Kiachta erwecken. Über diese verschiedenen Projekte berichtet ausführlich Dipl.-Ing. F. Thiech-Wilmersdorf in der Januar-Nummer des „Magazin für Technik und Industrie-Politik“.

### Türkei.

Religiöse Pflichten der Armee. Konstantinopel, 20. Jan. Die Zeitungen veröffentlichen zwei Erlasse des Kriegsministers. Der erste Erlaß legt den muslimanischen und christlichen Truppen strenge Erfüllung der religiösen Pflichten auf, denn eine Armee ohne Religion habe keinen Wert; der zweite Erlaß unterlagt den Offizieren bei Strafe der Entlassung oder der Stellung zur Disposition, an öffentlichen Orten zu trinken.

### Südafrika.

Die Lage im Grubengebiet. R. Johannesburg, 19. Jan. Die Lage in den Gruben war heute kurz folgende: In der Bernadogrube wurde ein mäßiger Betrieb aufrechterhalten. Die Lage in allen Gruben der Neumanngrube bessert sich täglich. Die Grandfontein-Estates-Grube ist im Betrieb mit Ausnahme eines Berges, das morgen seine Arbeit wieder aufnehmen wird. Die Lage bei der Goldfeldgrube ist normal und die Bergleute kehren langsam zur Arbeit zurück. Eine Anzahl von Bergleuten in der New Kleinfontein-Grube ist auf Leitern zur Arbeit gegangen. Die Abwesenheit der Maschinisten hindert die Mehrzahl der Bergleute am Arbeiten. Vor der Gewerkschaftshalle in Johannesburg ist immer noch ein bewaffneter Posten aufgestellt.

## Luftfahrt.

Der Enkel Bismarcks als Flieger? Dem „N. T.“ zufolge hat der 17jährige Fürst Alexander v. Bismarck, ein Enkel des Reichskanzlers, in der Militärfliegerschule Görz bei Schwerin sein Pilotenexamen bestanden. Er gedenkt einen Fokker-Eindecker zu erwerben und sich an größeren sportlichen Ereignissen zu beteiligen. Die Prüfung fand nach den neuen Bedingungen des Deutschen Luftfahrerverbandes statt.

Ein Flug über den Atlantischen Ozean? New York, 18. Jan. Der bekannte Aviatiker Harry H. Woodcock beabsichtigt, im Sommer dieses Jahres auf einem Wright-Aeroplan von Amerika nach Europa zu fliegen. Er hatte in den letzten Tagen verschiedentlich längere Konferenzen mit Orville Wright in Dayton, in denen beide Aviatiker den besten Weg über den Ozean festzustellen suchten.

## Zeitungsschau.

Innere Krise? Unter dieser Rubrik schreibt das „Neue Deutschland“, Wochenchrift für konservativen Fortschritt, in Nr. 16 unter anderem:

Im großen Deutschen Reich ist von einem Verfall der Zivilgewalt noch nie etwas bekannt geworden. Und würde daher das Militär Rechte in Anspruch nehmen wie in Bayern, so wäre das allerdings mit einem Rechtsstaate unvereinbar. Im Frieden hat in einem Verfallungsstaat unter allen Umständen die Zivilgewalt das erste Wort zu sprechen. Das wollen wir festhalten. Von diesem Gesichtspunkt ist zu erwägen und wird mit Recht erwogen werden, in welcher Weise für die beabsichtigte Rabinetsänderung von 1888 durch Ausführung des Artikels 36 der Preussischen Verfassung Ersatz zu schaffen ist, um alle denkbaren Konflikte zwischen Zivil und Militär von vornherein auszuschließen. Abgesehen ist dies auch erwünscht, damit die Frage des Einrückens der bewaffneten Macht für Deutschland einheitlich geregelt ist. In Bayern kann nach Titel IX § 8 der Verfassungsurkunde und nach § 1 des Gesetzes vom 4. Mai 1881, das Einrückens der bewaffneten Macht zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung betreffend, die Armee zur Erhaltung der inneren Sicherheit oder der gesetzlichen Ordnung nur dann einrücken, wenn sie von der zuständigen Zivilbehörde förmlich dazu aufgerufen worden ist.

Einen begeisterten Verteidiger findet Herr v. Deimling in dem bekannten Straßburger Universitätsprofessor Theobald Ziegler, der dagegen an den ecklothringischen Beamten, auf deren Seite natürlich auch — daran zweifelt kein Vernünftiger — ein Schuldkonto besteht, überhaupt kein gutes Haar mehr läßt:

Der ecklothringische Kreisdirektor ist auf die Nachricht, daß Bayern im Aufruhr sei, obwohl man ihm einen Extrazug zur Verfügung stellte und es auch in Straßburg Automotiv gibt, lieber beim Diner in der Landeshauptstadt sitzen geblieben, statt auf seinen Posten zurückzukehren. Wenn einmal ein „Himmelsgewitter“ recht hätte, so war es das des konservativen Grafen Westarp im Reichstage. Man braucht kein Dilettant zu sein, dazu jagt auch ein Süddeutscher „Himmel-

dommerwetter!“ Vor wenigen Tagen sind ecklothringische Soldaten in deutschen Landen umhergeritten und haben in trocken und lebenden Worten als Lehre aus dem Fall Bayern die Notwendigkeit folgern wollen, Ecklothringern nun vollends die ganze Autonomie zu geben. Ist das wirklich aus den Vorgängen, die der Broch einwandfrei feststellt, zu schließen? Was hat die Autonomie des Landes mit den Vorgängen in Bayern zu tun? Sie ist doch höchstens ein Mittelmittel in dem Sinn, wie Quasidialektische denen angubreisen pflegen, die nicht alle werden. Wir haben Ecklothringern vor 43 Jahren vor allem und in erster Linie wieder an uns genommen, um alles Unrecht gut zu machen und um unsere Grenzen gegen Bayern zu sichern. Sind die Grenzen wirklich gefährdet durch solche Kreisdirektoren? Durch solche Post- und Telegraphenbeamte? Durch solche Zeitungsjournalisten? Und vor allem durch solche der Verführung zugewandte Soldaten? Hier liegt eine Frage, die nicht Ecklothringern (speziell, sondern die uns alle angeht, Deutschland geht vor, dem müssen die Wünsche der Ecklothringern weichen. Den General v. Deimling möge uns ein gütiges Geschick — recht im Gegensatz zu der un-vertretenen Resolution der ecklothringischen Sozialdemokraten — noch recht lange auf dem Platz erhalten, auf dem er steht, auf der Wacht am Rhein! Dem deutschen Volk erbitte ich, im vollen Bewußtsein, damit gegen einen starken Strom zu schwimmen, zu: Schirm dem Haus! und schirme vor allem deine Weibergener!

Die juristische Seite derselben leider immer noch auf der Tagesordnung stehenden bayerischen Angelegenheit wird in der „Deutschen Juristenzeitung“ von dem bekannten ausgezeichneten nationalliberalen Parteiführer Oberlandesgerichtspräsident a. D. Erzellenz Hamm behandelt. Trotz Entgegenkommens gegen den militärischen Standpunkt kommt Erzellenz Hamm zu dem Ergebnis, daß es sich um gesetzliche Übergriffe übergriffe des Militärs gehandelt hat.

Erzellenz Hamm hält zwar die Aufforderung an die Menge, die Straßen zu räumen und die gewaltsame Durchsetzung der Mäurung für zulässig, aber nur soweit es sich um ein Einrücken der Bayern handelt, wobei er dieses Recht aus der Pflicht zur Stillung von Tumulten usw. herleitet; aber die Teilnahme mußte sich auch nach seiner Meinung auf diejenigen beschränken, die Verhaftungen ausüben oder sonst Unruhe verüben und nicht auf Personen ausdehnen werden, gegen die nichts vorlag. Eine schwere Überschreitung der gesetzlichen Befugnisse sieht er in dem Festhalten der seitens genommenen Personen, da nach § 128 der Strafprozessordnung solche Personen von demjenigen, die sie vorläufig festgenommen haben, unverzüglich, sofern sie nicht wieder in Freiheit gesetzt werden, dem Amtsrichter des Bezugs vorgeführt sind. Diese gesetzliche Vorschrift ist durch königl. Order vom 20. Januar 1881 den militärischen Behörden besonders eingeschärft worden. Der Militär, daß der Militärbehörden die Personen bis zum anderen Morgen im Keller der Kaserne festhielt, war objektiv jedenfalls eine schwere Überschreitung seiner gesetzlichen Befugnisse. Daß diese gesetzlichen Übergriffe nicht nur in der Verhaftung von Bayern und Ecklothringern, sondern auch in warm patriotischen alldemokratischen Kreisen schwere Mißbilligung hervorriefen, war ebenso klar, wie daß der in diesem Augenblicke zum Reichstage sofort die Reichsregierung darüber interpellierte.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

#### Der Raubmord in der Jahnstraße.

Wie wir weiter erfahren, sind die Spuren, die der Mörder in dem Nordzimmer zurückgelassen hat, dadurch zum größten Teil vor dem Eintreffen des Gerichtschemikers beseitigt worden, daß zahlreiche Personen bereits das Zimmer betreten hatten. Das ist sehr zu bedauern, weil dadurch der gerichtlichen Chemie die Aufgabe ganz bedeutend erschwert worden ist, bestimmte und zuverlässige Anhaltspunkte für die Feststellung der Person des Mörders zu geben. An dem Tatort wurde ein Gummiragen gefunden, an dem sich einige Fingerabdrücke befinden, ebenso eine Radfahrerkarte, die ebenfalls Fingerabdrücke zeigt, aber leider, wie der Krager, von verschiedenen Personen berührt worden war, als der Chemiker eintraf. Auch an der Wäschschüssel und an anderen Gegenständen fanden sich Fingerabdrücke, die möglicherweise von dem Mörder herühren. Der Täter ist offenbar ein Berufsverbrecher; er ließ an dem Tatort einen Schlüssel zurück, dessen Bart sich abschrauben läßt. Wahrscheinlich hat der Mörder den Schlüssel auch als Dietrich benutzt. Der ermordeten Frau Schweiger wurden die Fingerabdrücke abgenommen, um daraus vielleicht Schlüsse auf die Person und den Beruf des Täters ziehen zu können, da unangenehm ist, daß die Frau sich zur Wehr gesetzt hat, wobei möglicherweise keine Haut-

dem Maragnana-Rauchen. Bis ihm der Boden in Monterrey zu heiß wurde und er sich wieder dem Präsidenten Diaz zur Verfügung stellte, ohne daß dieser ihn hätte rufen lassen oder sonderlich erfreut über sein Wiederauftauchen in Mexico-City gewesen wäre.

Dankbarkeit kennt ein Mann wie Guerta nicht, denn als der alte General Reyes während des Aufstandes im Februar dieses Jahres an der Spitze seiner Truppen zu dem Palaste in Mexico-City ritt, schneite Guerta selbst in aller Stille die Ermordung dieses Mannes an, der ihm in der Zeit der schlimmsten Not beigegeben hatte. Und auch Madero, dem Guerta soviel zu verdanken gehabt hat, verlor durch ihn sein Leben. Madero hatte viel von der militärischen Fähigkeit Guertas gehört und schickte ihn nach dem Norden des Landes zur Bekämpfung des Revoluzzer Croco. Guerta nahm die Sache gemächlich, denn da er jeden Monat bei diesem Feldzug etwa dreihunderttausend Mark in die eigene Tasche machte, so hatte es ja keinen Zweck für ihn, dem Gegner zu schnell auf den Hals zu rücken. Er schlug den Rebellenführer in einem Kampfe, ließ ihn aber absichtlich entweichen, um ihm weiter gegen Norden, bis nach Chihuahua, nachziehen zu können. Dann wurde Guerta von Madero gegen den Rebellenhauptling Zapata nach dem Süden von Mexico-City ausgesandt. Seine größte Tat bestand darin, daß er während einer Verhandlung zwischen Madero und Zapata, natürlich gegen die Übereinkunft, in die Anhängerschaft des letzteren überwechselte, wodurch natürlich die Verhandlungen ein schnelles Ende fanden.

Als sich dann die Verschwörer zum Sturze von Madero zusammenfanden und sich an Guerta heranzumachen, war er

gleich bei der Sache. Wohl damals schon hat er im Sinne gehabt, den Präsidenten Platz einzunehmen, ließ aber wohlweislich nichts davon verlauten, da es ihm sonst wohl selbst an den Kragen gegangen wäre. Zunächst geteilte Guerta jene Schein-Stragenkämpfe in Mexico-City an, die zum Rücktritt Maderos führen sollten, und zwar unter dem Druck der Auslandsmächte. Und während Madero seinem General pro Tag fünfzigtausend Mark ausbezahlte, um ihn auf seiner Seite zu halten, bereitete dieser alles zum Sturze des Präsidenten vor. Als der jüngere Reyes in der Zusammenkunft der Verschwörer davon zu sprechen begann, wer wohl der zukünftige Präsident von Mexiko werden sollte, da schnitt ihm Guerta kurz das Wort ab, indem er mit seinem Revolver spielte, und erklärte den Gesprochenen: „Ich bin der nächste Präsident von Mexiko!“ Und immer noch glaubte Madero, daß ihm Guerta treu und ergeben sei.

Madero und der Vizepräsident Suarez wurden erst verhaftet, dann ermordet auf Guertas Veranlassung. — darüber herrscht in Mexiko selbst auch unter den Anhängern des Diktators nicht der leiseste Zweifel. Der damalige Minister des Auswärtigen, Bascourain, wurde automatisch zeitweiliger Präsident, doch Guerta ließ sich schließlich von ihm zum Minister des Auswärtigen ernennen, zwang ihn dann zum Rücktritt und erreichte auf diese Weise das Ziel seiner Wünsche, den Rang des Präsidenten der mexikanischen Republik. Die Schwierigkeiten, die seiner warteten, waren nicht gering. Der Kongreß, der seiner harnte, bestand zum Teil aus Anhängern des ermordeten Madero. Aber Guerta verachtete es, mit seinen Gegnern fertig zu werden, denn als der Kongreß zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, fehlten

einige dreißig Abgeordnete, und Guerta selbst ließ zur Warnung an die anderen unter der Hand die Kunde verbreiten, daß zwölf seiner gefährlichsten Gegner im Kongreß kurzerhand von ihm durch willkürliche Trabanten nachtsichtweise aus ihren Häusern geholt und erschossen worden seien. Daß dies kein leeres Geschwätz von ihm war, geht daraus hervor, daß die Vermissten bis jetzt nicht wieder auftaucht sind, also wird es wohl wahr sein, daß sie ein solches Ende gefunden haben. Die kürzliche Verhaftung der Abgeordneten und die Auflösung des Kongresses ist noch in aller Erinnerung. — ein des Diktators würdiger Abschluß seines Verkehrs mit dem Madero-Kongreß.

Guerta regiert seitdem mit eiserner Hand. Die Mitglieder des Kabinetts, das ihm nach seinem Staatsstreich zur Seite stand, hat der Diktator sehr geschickt einen nach dem anderen zu entfernen gewußt. Nur General Blanquet, ein Werkzeug Guertas, ist geblieben. Die anderen Kabinettsmitglieder sind willkürliche Arealuren, die nach Guertas Fingertanzen und selbst möglichst viel dabei zu erröudern suchen. Wenn sie einmal nicht so wollen, wie er, dann wird der wachhabende Offizier herangerufen und ihnen mit Verhaftung gedroht. Das hilft dann gewöhnlich sehr schnell. Es ist unglücklich, wie Guerta mit dem Gelde des Landes hantiert. Die weitreichendsten und dem Lande schädlichsten Konzeptionen werden von Guerta nach rechts und links ausgeteilt, wenn es sich nur lohnt, an reiche Mexikaner und bevorzugte Ausländer, namentlich natürlich Engländer, die überhaupt bei Guerta sehr angesehen sind. Kontrolle für allerlei Verfehrungen werden durch Guerta vergeben, wobei der Kontrollor die Hälfte etwa von dem bekommt, was der Diktator der

teiligen oder andere, wenn auch noch so kleine Stoffe an den Fingerringen blieben. Ferner wurden von der Ermordeten Fingerabdrücke genommen, um Vergleiche mit den Fingerabdrücken auf den verschiedenen Gegenständen zu ziehen. Daraus kann unter Umständen sofort festgestellt werden, daß die Abdrücke nicht von den Händen der Toten herrühren. — Die Königl. Staatsanwaltschaft hat auf die Ermittlung und Festnahme des Täters eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt.

— Die Stadtverordneten sind auf Freitag, den 23. Januar, nachmittags 4 Uhr, in den Bürgeraal des Rathhauses zur Sitzung mit folgender Tagesordnung eingeladen: 1. Projekt für die Umgestaltung des Kochbrunneneingangs am Krampplatz. Ver. Bau-K. 2. Abkommen mit dem Rentner Karl Peters, betr. Regelung der Beitragsleistung zu den Kosten der Freilegung und des Ausbaus der Straße „Am Paulinenschloßchen“. Ver. Bau-K. 3. Schlussabrechnung für den Kurhaus-Neubau. Ver. Bau-K. 4. Austausch von Gelände an der Friedrich-Ctto-Straße und am Dombachplatz. Ver. Fin-K. 5. Abänderung des Crisistatuts, betr. die gewerbliche Fortbildungsschule in Wiesbaden. Ver. Org.-K. 6. Befreiung einer Anzahl nichtangestellter Techniker und Bureauhilfsarbeiter von der Angestelltenversicherung. Ver. Org.-K. 7. Neuwahl von zwei Mitgliedern des Vorstandes der kaufmännischen Fortbildungsschule. Ver. Wahl-K. 8. Desgleichen von zwei Mitgliedern des Grundsteuerausschusses. Ver. Wahl-K. 9. Vorbericht für die Wahl der Mitglieder der ständigen Ausschüsse, Deputationen usw. für das Jahr 1914. Ver. Wahl-K. 10. Festlegung des Gehalts für den in voriger Sitzung gewählten Beigeordneten. 11. Bewilligung von 3300 M. für Erneuerung der Trommeln im unteren Luftkühler der Schlachthofanlagen. 12. Umlegung von Bungaländen westlich der Walzmühlanlagen. 13. Bewilligung von 4270 M. für die Errichtung von zwei transportablen Sprengwagenbaracken für das städtische Straßenbauamt. 14. Vorlage, betr. die Organisation der Abteilung für Gebäudeunterhaltung und Gewährung einer nicht pensionsfähigen Zulage von 300 M. an einen städtischen Beamten. 15. Vorlage über Personalveränderungen bei der Haupt- und den Zweigverwaltungen in 1914. Ver. Org.-K. 16. Personalveränderungen bei den Wasser- und Lichtwerken infolge der Wahl des Oberingenieurs Schulte zum Stadtrat. Ver. Org.-K.

— Stadtausschuß. In einer gestern stattgehabten Sitzung des Stadtausschusses hatte den Vorsitz inne Beigeordneter Körner; Besizer waren die Stadträte Durand und Krahl. Es wurde verhandelt zunächst auf eine Klage des Restaurateurs Heintz Kemmether wegen Erlaubnis zum unbeschränkten Schankwirtschaftsbetrieb in einem Hause an der Wörthstraße. Der Geschworfener war zulezt Inhaber der Wirtschaft „Zur Stadt Viebrich“ an der Albrechtstraße. Für das Haus an der Wörthstraße, dessen Ruhmteuerung er hat, ist im Jahre 1912 eine Schankkonzession ohne Spirituosen erteilt und seitdem auch ausgeübt worden. A. steht eine Existenzfrage darin, daß ihm auch der Kaufmann von Spirituosen gestattet werde. Die Polizei hat unter Verneinung der Bedürfnisfrage sein Gesuch auf Ablehnung begutachtet, während die Gemeindebehörde unter Bejahung der Bedürfnisfrage sich für die Erteilung der vollen Konzession aussprach. Der Stadtausschuß stellte sich auf den letzteren Standpunkt und erteilte die Konzession. — Bei der zweiten verhandelten Verwaltungsstreitsache handelt es sich um eine Klage der Restaurateurs Franz Lederbogen und Friedr. Schillein wegen Erlaubnis zur Veranstaltung von Singpielen im Theateraal der Markthalle. Die Geschworfener haben die Konzession zum Varietebetrieb vor 18 Jahren erteilt worden sei, als zwei Konkurrenzunternehmen am Platz bestanden hätten, daß sich seitdem die Einwohnerzahl um 30 000 vermehrt habe, und daß auch ein nicht unerheblicher Teil der Bürgererschaft insofern an dem Unternehmen interessiert sei, als es ihm zugute komme, wenn dadurch die Möglichkeit geschaffen werde, die alten Schulden abzutosen. Der Stadtausschuß beschloß, die Polizei im Interesse der Klager um Mitteilung derjenigen Veranlassungen zu ersuchen, welche gegen die Lokalitäten habe, um nach dem Eingang dieser Informationen seinen Entscheid zu fällen.

— Ausstellung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die Ausstellungseröffnung ist in der glücklichen Lage, auch über die zweite Woche günstig berichten zu können. Außer weiteren Truppenteilen haben auch einige

kaufmännische Vereine die Ausstellung geschlossen besucht. Einer besonders hohen Besucherzahl erfreute sich wieder der Donnerstagnachmittag als Frauentag; fast 1200 Besucher wurden an diesem Tag gezählt, die zum größten Teil dem weiblichen Geschlecht angehörten. Die Besucherzahl am vergangenen Sonntag betrug über tausend. Bezüglich des Besuchs durch Frauen besteht immer noch vielfach ein Mißverständnis, so daß hier nochmals darauf hingewiesen werden mag, daß Frauen die Ausstellung zu jeder Zeit besuchen können, nicht nur an Donnerstagnachmittagen. Bis jetzt wurde die Ausstellung von mehr als 9000 Personen besucht, eine für etwas mehr als vierzehn Tage über Erwartetes große Zahl. Die täglich drei- bis viermal stattfindenden ärztlichen Vorträge üben eine immer größer werdende Anziehungskraft aus; auch die zur Verfügung der Besucher stehenden Werkblätter — für Männer, für Frauen und Mädchen und für Eltern — finden allgemeine Beachtung; ebenso die nach den verschiedensten Richtungen ausstrahlenden Flugblätter. Da erfahrungsgemäß gegen Schluß der Ausstellung der Andrang der Säumigen immer recht groß wird, so seien jetzt schon alle Besuchslustigen und besonders die Vereine, die sich für die Ausstellung interessieren, darauf hingewiesen, ihre Absicht möglichst bald in die Tat umzusetzen; denn je länger sich jemand der Ausstellung in Ruhe widmen kann, desto größeren Nutzen wird er davon haben.

— Die Straßenbahnschaffner und die Perronschaffner der Staatsbahn führen zurzeit lebhaft Klage darüber, daß sie bei der herrschenden Kälte schußlos den Unbilden der Witterung überliefert seien. Bei den meisten Wagen der „Süddeutschen“ fehlt noch heute die in Frankfurt allerwärts durchgeführte Verlackung der Plattform, und diesem Umstand soll es zuzuschreiben sein, daß zurzeit ein außergewöhnlich hoher Prozentsatz der im Außendienst tätigen Beamten der „Süddeutschen“ — man spricht von 18 bis 19 — erkrankt ist. Die Bahnschaffner haben durch volle 12 Stunden hindurch in einem ungeheizten Raum ihres Amtes zu walten. Selbst bei Pferden und Hunden werden in der gegenwärtigen Jahreszeit Vorkehrungen getroffen, um ihnen die Kälte weniger empfindlich zu machen. Wir meinen, die beiden erwähnten Beamtenkategorien hätten um so mehr Anspruch auf dieselbe Rücksichtnahme, als gar zu erhebliche Kosten damit nicht verknüpft sind.

— Gerichtliche Immobilienversteigerungen. Vor dem Königl. Amtsgericht wurde Montag das Anwesen (Wohnhaus mit Hofkeller und Hofraum) Bülowstraße 15 einer Versteigerung ausgesetzt. Die Hofrente ist im Jahre 1906 feldgerichtlich taxiert zu 112 500 M., während die Steuerlast sich auf 124 000 M. beläuft. 118 000 M. Hypotheken sind auf das Grundstück eingetragen. Das höchste Gebot mit 94 250 M. bar, unter Abstoßung sämtlicher Hypotheken, legte die Ehefrau des Kaufmanns August Gudelesberger, Rosa, geb. Lufas, dahier ein, für welche eine eigene Hypothek in Höhe von 20 000 M. eingetragen war. Der Zuschlag wurde gleich im Termin erteilt. — Ferner wurde der Zuschlag gegeben für das Anwesen Rheinstraße 62 der Lebensversicherungsgesellschaft „Kosmos“, bezw. dem Subdirektor Georg Leis, an welchen die Gesellschaft ihre Rechte abgetreten hat. Das Darlehen der Gesellschaft im Versteigerungstermin belief sich auf 390 M., ihr Hypothekensanspruch beträgt 60 000 M. Weitere Rechte an das Immobilien bleiben nicht bestehen.

— Staats- und Gemeindesteuer. Die Eingahlung der 4. Rate ist im Rathhaus, Zimmer 17 (weiße Zettel) für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben C, D am 21. und 22. Januar; Zimmer 18 (grüne Zettel) für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben O am 20. und 21. Januar zu bewirken.

— Erbschaftsteuer. Das Verdienstrecht in Silber erhielt Polizeikommissar Petermann hier selbst.

— Schulnachrichten. Fräulein Mathilde Martin in Schirm (Bezirk Rosen) ist die widerrechtliche Genehmigung zur Fortführung und Leitung der Unterrichts- und Erziehungsanstalt (Pensionat) von Frä. Bernhardt, Freseniusstraße 29, erteilt worden.

— Kurhaus. Der erste große Maskenball ist für Samstag dieser Woche in sämtlichen Räumen des Kurhauses vorgesehen. — Morgen Mittwoch findet von 3 bis 4 1/2 Uhr Fischenzert auf dem großen Kurhausweiher statt.

— Tagblatt-Sammlungen. Dem Tagblatt-Verlag gingen zu: Für Kohlen für Arme: von J. B. W. M. von General W. 10 M.; von Ungenannt 20 M.; für Speisung bedürftiger Kinder: von J. B. W. M.

— Eherechtsregister. Die Eheleute Kaufmann Karl Rahrt und Johanna, geb. Schleicher, sowie Steuersekretär Karl Bender und Emma, geb. Reupelmann, beide hier selbst, haben die Verwahrung und Publikation des Mannes am Frauenamt ausgedehnt.

— Vereinsregister. In das Vereinsregister wurde bei dem Verein „Klub zu Wiesbaden 1912“ mit dem Sitz in Wiesbaden folgendes eingetragen: Der Verein ist von Amts wegen gelöscht. Es ist dies derselbe Klub, der durch Spielaffären viel von sich reden gemacht hat.

— Stedbriefe sind erlassen hinter dem Arbeiter Emil Renze, geb. 9. März 1888 zu Siedler-Neuendorf, wegen intellektueller Unzureichung und Betrugs, und dem Schärer Rudolf Geil, geb. 17. März 1860 zu Raintod, Kr. Schotten, aufseht wohnhaft in Idstein, wegen Diebstahls.

**Dorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.**

— **Königliche Schauspiele.** Nebald Operette „Volenblut“, welche in Wien und Berlin mit so außerordentlichem Erfolg gegeben wird und in beiden Städten bereits vor der 100. Aufführung steht, wird hier am Samstag zum erstenmal in Szene geben. In den Hauptpartien sind die Damen Sommer, Krämer, Schröder-Kaminsky und die Herren Beckmann, Pichlerlein, Neßkopf und v. Schenk beschäftigt. Den musikalischen Teil leitet Kapellmeister Köber, die Inszenierung Oberregisseur Rebus, während der choreographische Teil von der Ballettmeisterin Kabanowitsa eintudiert ist (Abonnement C).

— **Kurhaus.** Das 9. Jahn-Konzert findet am Freitag dieser Woche statt. Als Solistin ist die berühmte ungarische Pianistin Alice Ripper aus Budapest gemessen worden.

**Aus dem Landkreis Wiesbaden.**

— **Schierstein, 10. Jan.** Dem Krankenpfleger und Heilgehilfen Moriz Reiger hier selbst ist das Allgemeine Ehrenzeichen (in Silber) verliehen worden.

— **Bierstadt, 19. Jan.** Am Samstagabend hielt der „Turnverein“, E. V., im Gasthause „Zum Adler“ seine Jahres-Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Jahresbericht. Der Kassierbericht wies in Einnahme 1148,57 M. und in Ausgabe 1066,22 M. auf, während das Vermögen des Vereins sich auf 4178,80 M. beläuft. Der Turnbericht des ersten Turnwarts zeigte, daß der Verein auf seine Errungenschaften in 1913 mit Recht stolz sein kann. Bei der Neuwahl des Vorstandes lehnte der Vorsitzende eine Wiederwahl ab. Der Ehrenvorsitzende wird die Vereinsgeschäfte weiterführen. Es wurden in den Vorstand gewählt: Heinrich Schüb, zweiter Vorsitzender; Wilhelm Sternberger, Kassierer, und Friedrich Kilian Schriftführer, sowie sechs Vorsteher. Die beiden Turnwarts wurden wiedergewählt. Auf Anregung des Turnwarts soll eine Mädchen-Abteilung gebildet werden. Es sollen in dieselbe Mädchen vom zehnten Lebensjahre an aufgenommen werden. — Am Dienstagabend wird der Schulvorstand, bezw. der Gemeinderat die Wahl eines Lehrers für die hiesige zweite Schullasse vornehmen. Die betreffende Stelle wird, wie bestimmt verlautet, nicht am 1. Februar, sondern erst mit Beginn des neuen Schuljahres besetzt werden.

— **Aus dem Landkreis, 19. Jan.** Die Kranken- und Sierbekasse (chem. E. S. Nr. 178) in Kloppenheim und die Kranken- und Sierbekasse (chem. E. S. Nr. 215) in Wallau haben das Liquidationsverfahren eingeleitet, nachdem die Auflösung der Kasse vom Herrn Regierungspräsidenten genehmigt worden ist.

— **Hochheim, 19. Jan.** Ein gemeiner Streich wurde auf dem hiesigen Bahnhof im Wartesaal 2. Klasse verübt. Udi Rohrbantische, erst vor kurzem neu angeschafft, wurden zerhackt. Von dem Täter fehlt jede Spur. Die Königl. Eisenbahndirektion zu Frankfurt hat auf die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 20 M. ausgesetzt. — Auch während der Wintermonate wird gegen den Dieb- und Sauerkurm der Kampf fortgesetzt. Die Dieb- und Heißhänder werden abgeschliffen, damit die Vögel die darunter sitzenden Puppen leichter aufnehmen können. Auch die Winterpuppen in den Nischen der Nebelhäuser sowie an dem alten Nebelhaus werden gesammelt und vernichtet. Indirekt fördert namentlich der Vogelschutzverein die Schädlingsbekämpfung durch seine planmäßige Fütterung der Vögel während der Wintermonate bei Schneeeis.

**Nassauische Nachrichten.**

! **Rüdesheim a. Rh., 19. Jan.** Die nachbenannten Legate sollen vergeben werden; Gesuche um Zuwendung sind bis Montag, den 26. Januar, nachmittags 6 Uhr, bei der hiesigen Bürgermeisterei einzureichen, und zwar mit der Aufschrift versehen, welches Legat nachgesucht wird: 1. das Rehbörsche Legat zur Bekleidung zweier Konfirmantenkinder; 2. das Kaimannische Legat zur Unterstützung von Angehörigen der Kaimannischen Nachkommenchaft; 3. das Schliehmannische Legat zur Ausstattung eines armen unbescholtenen Mädchens; 4. das Saletische Legat zur Erleerung eines Handwerks; 5. das Kari Kleinsche Legat zur Unterstützung eines hiesigen hilfsbedürftigen Einwohners, dem ein Kind gefallen ist.

ds. **Wiesbaden (Oberlahnkreis), 19. Jan.** Bei der am Samstag hier selbst stattgefundenen Bürgermeisterversammlung wurde der bisherige Bürgermeister Weder einstimmig auf acht Jahre wiedergewählt.

FC. **Gamberg, 19. Jan.** Aus dem hiesigen Taubstummen-Institut werden am Schluß des Schuljahres, am 4. April d. J., an welchem die Schlußprüfung stattfindet, 16 Jügelinge entlassen.

**Aus der Umgebung.**

— **Frankfurt a. M., 20. Jan.** Frau Wally Hopf ist durch die Gifte, die ihr Karl Hopf beigebracht hat, in ihrer Gesundheit schwer geschädigt. Die unglückliche Frau ist mittellos. Sie befindet sich vorläufig bei der Familie der zweiten Frau Hopfs, doch kann sie deren Gutsfreundschaft nicht auf die Dauer in Anspruch nehmen. Die Geschworenen des Prozesses Hopf haben auf die Diäten zugunsten von Frau Wally Hopf verzichtet. Es handelt sich aber darum, der Schwertgeprüften die Möglichkeit einer Kur und ausreichenden Erholung zu verschaffen und ihr weiterhin Mittel an die Hand zu geben, sich eine Existenz zu gründen. Die Expedition der „Frankfurter Zeitung“ ist bereit, Gaben für Frau Wally Hopf in Empfang zu nehmen.

Staatskasse berechnet. Kurz, das ganze Auftreten des Diktators zeigt, daß er sich nur auf dem Präsidentenstuhl von Mexiko zu behaupten sucht, um soviel als nur irgend möglich für seine Person herauszuschlagen. Zweifellos wird er nur äußerster Noth weichen, nicht aber einer abwartenden Politik, wie sie die Vereinigten Staaten jetzt treiben, und einstichtige Mexikaner meinen, daß nur sein Tod das Land von ihm befreien könne.

Nicht um einen Franken besser als Querta ist seine Armee, die solange zu ihm hält, als er imstande ist, ihr den Sold zu bezahlen. Mit nur sehr wenigen Ausnahmen denken die Offiziere gar nicht daran, ihrem Lande zu dienen, sondern fast ausschließlich ihrem eigenen Interesse. Ihr Beruf ist ihnen weiter nichts als ein Geschäft, das gewöhnlich äußerst schmutzig betrieben wird. Die höheren Offiziere lassen sich gewaltige Beistellungen zahlen bei der Vergabung von Lieferungen aller Art, die niederen Rangklassen bereichern sich, indem sie die doppelte Anzahl von Soldaten und Pferden auf die Zähllisten setzen, als sie wirklich zu versorgen haben. Von mehreren Generalen weiß man, daß sie im Nebenberuf sich als Bierverkäufer ausgeben, indem sie als Monopolisten den alleinigen Bierverkauf — zu zwei Mark die Flasche, — sowohl an ihre Soldaten wie die Bürger beschlagnahmen. — So General Truch Albert in Siposito, Coahuila, und General Navarete in Tampagos, Nuevo Leon. Den Rebellen gehen die Offiziere möglichst gern und weit aus dem Wege; wenn sie einen Kampf verhindern können, so tun sie es nicht mehr als gerne. Denn es ist ja entschieden angenehmer, plündernd und brandschatzend durch Gegenden zu ziehen, in denen es keine Rebellen gibt, als sich mit diesen in

einen immerhin zweifelhaften Kampf einzulassen. Da die Rebellen die unangenehme Angelegenheit haben, alle Offiziere der Federal-Armee, deren sie hoffähig werden können, nach der Gefangennahme zu fesseln oder auch am nächsten Baume oder Pfosten aufzuhängen, so konnte man in den letzten Kämpfen häufig sehen, daß Offiziere ihre Abzeichen von ihren Uniformen rissen und sie fortwarfen, wenn es den Anschein hatte, daß das Kriegsglück sich gegen sie wenden würde. Verschiedene frühere Federal-Soldaten, die zu den Rebellen übergegangen waren, erklärten mir, sie hätten so gehandelt, weil ihre Offiziere ihnen einfach dabongelassen seien, und da sei es ja das einfachste, bequemste und auch natürlichste gewesen, zu den Rebellen überzugehen, denn ob man nun von diesem oder jenen bezahlet werde, — solange das Geld da sei, so wäre ja doch alles in Ordnung.

Von dem gemeinen mexikanischen Soldaten kann sich ein Europäer überhaupt keinen Begriff machen. In europäischen Ländern wäre eine derartige „Armee“, die allen modernen Anschauungen gänzlich Hohn spricht, einfach undenkbar. Man denke sich eine bunt zusammengewürfelte Horde unwissender, heultaler und heutzugiger Gesellen im Alter von 15 bis 50 Jahren. Mit wenigen Ausnahmen sind es die schlechtesten Elemente der Nation. Die Verurteilten und Strafanstalten sind die Rekrutierungspunkte für die Armee. Von Zeit zu Zeit durchstreift die Polizei von Mexico-City und anderen größeren Städten die Cantinas, die Wirtschaften allerersten Ranges, verhaftet alles, was sie vorfindet, und jeder, der nicht eine dauernde Beschäftigung nachweisen kann, wird ohne Federlesens in die Armee getrieben. Dahin kommen zwangsweise auch alle jene Leute, von denen die Bundesregierung glaubt,

daß sie den Rebellen zu freundlich gesinnt seien. Die Soldaten schwören einen Eid auf die Bundesverfassung, — achtzig Prozent würden auf eine Frage, was die Verfassung bedeute oder enthalte, keine Antwort zu geben vermögen.

Solange der mexikanische Soldat seinen immerhin ganz anständigen Sold, von jezt ungefähr zwei mexikanischen Dollars pro Tag, erhält, ist ihm alles andere ziemlich gleichgültig. Solange bleibt er auch Querta treu, besonders wenn man keine zu großen Anstrengungen von ihm erwartet und ihn nicht zu oft einem Kampfe aussetzt. Disziplin, Gehorsam und irgend welche Ausbildung kennt der mexikanische Soldat kaum dem Namen nach. Dafür nimmt er aber seine ihm angetraute oder auch nicht angetraute Freundin mit ins Feld, die für die Verpflegung und das Kochen zu sorgen hat, da es einen Train nach europäischem Muster bei der mexikanischen Armee nicht gibt. Diese Dämchen bilden einen lästigen Troß und natürlich ein großes Hindernis in der Entwicklung einer Truppenmacht bei einem Kampfe, sind aber ein notwendiges Übel. Es soll sogar schon vorgekommen sein, daß ein Federal-General so ein Amazonenkorps zwischen sich und die Rebellen gestellt hat, um sich hinter den Schürzen einen einigermaßen geordneten Rückzug zu sichern. Da die Rebellenarmee auch nicht besser organisiert ist und auch kaum aus besseren Elementen besteht, so sind die Federal-Truppen Quertas diesen gegenüber kaum sehr im Nachteil. Mexikos Armee befindet sich aber in einem derartigen Zustand moralischer und organischer Verlotterung, daß eine noch europäischer Muster ausgebildete noch so kleine Truppenmacht sehr kurzen Prozeß mit diesen in Uniform gesteckten Briganten- und Räuberbanden machen würde.

Wegen Nordverdicts verhaftet.

M. Frankfurt a. M., 20. Jan. In der letzten Nacht wurde von der hiesigen Kriminalpolizei der Italiener Pizzolli verhaftet, der unter dem Verdacht in Philadelphia, wo er unter dem Namen Pietro Casino bekannt ist, seine Schwester ermordet zu haben.

Der verschwundene Postbeutel.

Marburg, 19. Jan. Am Mittwochabend ging auf dem Transport der Postfächer vom Bahnhof nach dem Postamt in Battenberg der Postbeutel aus Dadenau mit etwa 800 M. bar und sonstigen Postfächern verloren. Da um dieselbe Zeit einige der auf der sogenannten „Königsallee“ an der Oberwohnenden Särmfelder- und Nordmaderfamilien die Straße passierten, lenkte sich der Verdacht, den Postbeutel in Besitz genommen zu haben, auf diese. Verhaftet wurde der Verdacht noch dadurch, daß es am Abend auf der „Königsallee“ bei einer Kindraube 1913 herging. Zwei junge Männer, die ebenfalls dazu gehörten, unternahm am anderen Tage eine Reise nach Kranfenberg und Kassel und kamen von da auch nach Marburg, wo sie in der Bahnhofstraße festgenommen und in Untersuchungshaft abgeführt wurden. Im Besitz der schon mehrfach vorbestraften Leute fanden sich noch etwa 600 M. und mehrere Postanweisungen.

ht. Frankfurt a. M., 20. Jan. Eine recht häßliche Kellame treiben zwei hiesige Geschäfte mit dem Giftmörder Hopf. In der Schäfergasse ist der Festanzug samt dem Bild dieses Menschen ausgestellt, und im Stadtteil Bodenheim prangt der Säbel Hopfs in einem Schaufenster. Es fehlt nur noch, daß das Bild mit Lorbeer umkränzt wird. Warum schreiet hier die Behörde nicht ein? — Dem Giftmörder Hopf ist übrigens von seiner Verteidigung nahegelegt worden, gegen den Urteilspruch des Schwurgerichts keine Revision anzumelden und auch nicht die Gnade des Königs anzurufen. — Die Gothaer Waggonfabrik, welche bekanntlich seit vorigem Jahre mit großem Erfolg den Flugzeugbau aufgenommen und von den großen Preisen der Nationalflugspiele den 2. und 3. Preis erhalten hat, hat dem Meteorologisch-Geographischen Institut des Physikalischen Vereins hier in Anerkennung der bei diesen Flügen gegebenen meteorologischen Auskünfte eine erhebliche Summe für das Taunus-Observatorium überwiesen.

Gerichtssaal.

Die Berufsverhandlung gegen Tiffan und Genossen.

w. Berlin, 19. Jan. Der Zeuge Brandt macht einen krankhaften Eindruck. Er behauptet, er sei bei seiner ersten Vernehmung vor dem Polizeiricht auch ungemein erregt gewesen und habe viel zu Protokoll gegeben, was den Tatsachen nicht entspricht. Er könne sich nicht erinnern, daß Pfeiffer ihm Mitteilungen aus dem Kriegsministerium gegeben habe. Er könne sie auch von anderen Beamten des Ministeriums erhalten haben, denn er habe viele Bekannten im Kriegsministerium. Mit Pfeiffer sei er seit seiner Jugend befreundet, er habe ihm aber nie zu Bestechungszwecken Geld gegeben. Den Angeklagten Hinst habe er für die ihm gewidmete Zeit entschädigt, weil er wußte, daß Hinst sonst im Reichskolonialamt lohnenden Nebenverdienst hatte. Auf Vorhalten des Verteidigers Dr. Barnau gibt der Zeuge an, daß er den Reichsstaatsanwalt Pfeiffer, sondern von einem anderen Beamten erhalten habe, daß er auch mit Vertretern der Konkurrenzfirmen Nachrichten ausgetauscht habe und daher die eine oder die andere Nachricht auch von diesen erhalten haben könne. Der Angeklagte Hoge habe von ihm niemals auch nur die geringste Kleinigkeit erhalten. An die Namen der Beamten im Kriegsministerium, mit denen er in Verbindung stand, kann sich Brandt nicht erinnern. Auf eine Frage des Verteidigers Dr. Barnau erklärt Zeuge ferner, er habe zwar die Absicht gehabt, Revision nach seiner Verurteilung einzulegen, aber diese jedoch auf den Wunsch seines Mitangeklagten, Direktor Eccius, der schwer leidend sei, und der Firma Krupp unterlassen. — Im weiteren Verlaufe befandete Landrichter Dr. Wehler, er hätte bei der Vernehmung Brandts als Untersuchungsrichter nicht den Eindruck gehabt, daß Brandt geistes- oder gedächtnislos war, im Gegenteil, daß er die reine Wahrheit sage. — Zeugin Fräulein Wiczera hatte mit dem Angeklagten Schleuder längere Zeit ein intimes Verhältnis und hat von ihm erfahren, daß er einem älteren Herrn oft aus seinem Bureau Mitteilungen mache, wofür er sehr gut entschädigt wurde. Aus einem Briefe der Zeugin an Schleuder geht hervor, daß die Zeugin später Schleuder Vorwürfe machte, sie könne so manches gegen Schleuder aussagen, dann würde er hoch bestraft werden, es gäbe einen Weltskandal. — In der Nachmittags-Sitzung wurde eine Anzahl Zeugen vernommen, die über die Korrespondenz und den Verkehr der Beamten im Kriegsministerium Auskunft geben sollen. Wiederholt wurde vorübergehend die Öffentlichkeit ausgeschlossen. In öffentlicher Sitzung befandete Major W. v. H. a. c. h. e. r vom Kriegsministerium, daß Brandt ein ganz vorzüglicher und sehr intelligenter Beamter war, dem er etwas Unehrenhaftes niemals zugekraut habe. Der Etat des Kriegsministeriums, der an Brandt gegangen sein soll, war 13 Seiten lang und lag in seinem Bureau. Da er bei einem längeren Weggehen dieses stets verschloß, meine er, daß Brandt gar nicht in der Lage war, aus dem Aktenstudium Notizen zu machen.

Berlin, 20. Jan. In der heutigen Sitzung des Tiffan-Prozesses wurde zunächst allseitig auf die Vernehmung des Zeugen v. M. e. g. e. n. verzichtet. Die Verhandlung erstreckt sich nochmals auf den Staatsauszug des Kriegsministeriums, der u. a. auch der Firma Krupp zugänglich gewesen sein soll. — Der Angeklagte Pfeiffer bearbeitete, so sagen im Verlauf der Verhandlung mehrere geheime Rechnungsräte aus, einen Teil der Auszüge. Den Firmen, die mit dem Kriegsministerium in Verbindung ständen, sei auf Anfrage über den Etat Auskunft erteilt worden. Major v. W. e. i. t. e. r. s. h. a. u. s. e. n vom Kriegsministerium stellt die Berechtigung hierzu laut Protokoll fest.

Die Nordverdictsache Levy.

M. Frankfurt a. M., 20. Jan. Der wegen versuchten Mordes angeklagte Schneidermeister Benjamin Levy aus Wiesbaden (vergleiche den Bericht in der gestrigen Abend-Ausgabe) gab in der heutigen Schwurgerichtsverhandlung an, er habe nicht die Absicht gehabt, den Stephan zu töten. Dem Bericht lag aber ein Brief vor, den der Angeklagte kurz nach der Tat an die Polizei richtete und in dem er erklärte, er habe den Zerfänger seiner Familienehre mit Überlegung getötet. Die Ehefrau des Angeklagten und Stephan verweigerten das Zeugnis. Die Geschworenen bejahen die Frage nach der Bedrohung mit einem Verbrechen, worauf das Gericht den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis verurteilte.

Sport und Spiel.

Pferderennen.

\* Nizza, 20. Jan. Brig des Leiffels, 4000 Fr. 1. James Hennessy (Barbar), 2. Brédante, 3. Alexandre. 20:10; 15, 26, 54:10. — Brig d'Espous de Paul, 8000 Fr. 1. Ed. Mandels (Roussel), 2. Antonine, 3. Don Cesar, 33:10; 18, 22, 32:10. — Brig du Casino Municipal, 8000 Fr. 1. D. Cobus (Montmarie (Ritchell)), 2. Sa Loui, 8. Tripot, 2. 24:10; 17, 25:10. — Brig des Annonces, 4000 Fr. 6. James Hennessy (Barbar), 2. Cartier, 2. Bonard, 3. Galbronne. 13:10; 15, 28:10.

\* Für den Sportlehrerkursus in Mainz, welcher abends nach dem militärischen Kursus seitens des Frankfurter Verbandes für Turnsport durch den Sportlehrer W. Dör, einen Schüler des amerikanischen Olympiatrainers Dr. Kranzlein, für die Vereine von Mainz und Wiesbaden stattfindet, sind nunmehr folgende Tage vorgesehen: 22., 24., 25., 26., 29. und 31. Januar und 1. Februar, von 8 Uhr abends ab in der Turnhalle des Bionier-Bataillons Nr. 21 in Kassel. An den beiden Sonntagen ist der Unterricht vormittags von 10 bis 12 Uhr. Die Bedingungen zur Teilnahme werden im Interesse bekannt gegeben. Meldungen nimmt Herr Oberleutnant Peters, Mainz-Kassel, entgegen.

Neues aus aller Welt.

hd. Von einem herzoglichen Auto getötet. Hensburg, 19. Jan. Das Automobil des Herzogs Friedrich Ferdinand von Glücksburg überfuhr heute das 5jährige Kind des Kapitäns Hauffenmeier in Ederförde. Das Kind war im letzten Augenblick vor das Herzog gesteuerte Auto gedrungen. Es war sofort tot. Der Herzog stattete den Eltern des verunglückten Knaben sofort nach dem Unfall einen Besuch ab.

Ein Kirchenraub. Vandsberg a. d. Warthe, 20. Jan. Unbekannte Täter verübten in die katholische Kirche einen Einbruch. Sie entwendeten goldene Kelche und andere Messgeräte von erheblichem Werte.

Fünf Schützenjäger von einem Auto überfahren. Zürich, 20. Jan. In Dinningen geriet ein mit 5 Knaben besetztes Schlitten unter ein Automobil. Vier Knaben wurden von dem Kraftwagen überfahren und in schwer verletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

Die Hungersnot im nördlichen Japan. Tokio, 20. Jan. Die Hungersnot im nördlichen Japan verschlimmert sich. Hunderttausende sind hungrig und arbeitslos. Im ganzen Lande bilden sich Hilfskomitees, die Geldsammlungen veranstalten.

Deutscher Reichstag.

Staatssekretär Delbrück über soziale und Wirtschaftsfragen.

S. Berlin, 20. Jan. Die heutige Reichstags-Sitzung begann mit einer kurzen Anfrage des Herrn Erzberger über das Vereins- und Versammlungsrecht der Berliner Schuhmannschaft, die jedoch ohne Antwort blieb. Herr Erzberger wurde auf die Staatsberatung verwiesen, wo ihm also Gelegenheit zu einer neuen Rede gegeben ist. Abends hielt der Staatssekretär Delbrück eine soziale und wirtschaftliche Programmrede. Es war eine grobangelegte, mit massenhafter Statistik gefüllte und trotz ihrer Breite — Herr Delbrück sprach geschätzte zwei Stunden — außerordentlich interessante Rede. Der Staatssekretär beschäftigte sich heute nur mit der sozialen Wirtschaftspolitik; die großen Mittelstandsfragen verließ er auf die nächste Woche. Auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung bekannte er sich zu der mittleren Linie zwischen den beiden Extremen. Er ist der Meinung, daß wir nahe am Ende der sozialgesetzgeberischen Möglichkeiten angelangt seien, daß aber von einem schnelleren Ausbau nicht die Rede sein könne. Für ebenso ausgeschlossen hält er einen Abbau unserer Sozialpolitik. Es könne nur von einer Pause gesprochen werden. Auf wirtschaftlichem Gebiete untersuchte er eingehend die Ursachen der Fleischnot, die zusammenhängen mit dem Viehmangel und dem Getreideüberschuß, und weiter die Wirkungen der Einfuhrschmelze. Mit einer wichtigen Erklärung schloß der Staatssekretär, an der Grundlage unserer bewährten Zoll- und Wirtschaftspolitik nicht rütteln zu wollen, daß er an einen Abbau der Zölle nicht denke, aber auch eine Erhöhung für ganz unmöglich halte. Die Absicht, dem Reichstag eine Novelle zum Zolltarif vorzulegen, besteht (wie wir schon mitgeteilt haben) nicht. Kein äußerlich hatte der Staatssekretär heute jedenfalls für diese Politik der mittleren Linie den Erfolg auf seiner Seite. Man applaudierte bald haben und bald drüben.

Sitzungsbericht.

Staatssekretär des „Wiesbadener Tagblatt“.

# Berlin, 20. Januar. Am Bundesratsstisch: Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Er erbittet und erhält die Ermächtigung, Sr. Majestät dem Kaiser zu dessen Allerhöchstem Geburtsstage die Glückwünsche des Reichstags darbringen zu dürfen. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Anfrage des Abg. Erzberger (Zentr.), betreffend die Berliner Schuhmannsvereinigung: Am 28. November 1913 ist zu Berlin eine Vereinigung Berliner Schuhmacher gegründet worden mit den satzungsgemäßen Zwecken: Pflege einer königstreuen Bestimmung, Pflege der Kameradschaft, Förderung des Standesehrens, Ehrung der Jubilare, Erweisung der letzten Ehren für die verstorbenen Kameraden, Hilfe für Witwen und Waisen. Die Behandlung politischer und dienstlicher Angelegenheiten war satzungsgemäß grundsätzlich ausgeschlossen. (Dieser Verein wurde bekanntlich von Herrn v. Jagow verboten.) Was denkt der Herr Reichskanzler zu tun, um nach dem Reichsvereinsgesetz der auch den Schuhmachern gegebenen Vereinigungsfreiheit gegenüber dieser Maßnahme preussischer Behörden Stellung zu verschaffen? Direktor im Reichsamt des Innern Lewald: Es handelt sich um eine Angelegenheit, die ihrer Natur nach nicht dem Vereins-, sondern dem Beamtenrecht angehört. Ich verweise in dieser Hinsicht auf die Ausführungen des damaligen Staatssekretärs des Innern in der Reichstags-Sitzung vom 9. Dezember 1907, nach denen es dem Staate berrmög der Beamtenzucht in seinen privatrechtlichen Beziehungen und vermöge des Privatrechts unbenommen bleibt, Beamte und vertragsmäßige Personen von der Teilnahme an bestimmten Versammlungen und Vereinigungen fernzuhalten, ein Standpunkt, den auch die Kommission geteilt hat und dem der jetzige Herr Staatssekretär des Innern in der Sitzung vom 10. Dezember 1912 wiederum Ausdruck gegeben hat. Unter diesen Umständen liegt für die Reichsleitung kein Anlaß zu irgendwelchen Maßnahmen vor. Ich würde emp-

fehlen, diese Frage, da gerade der Etat des Reichsamts des Innern zur Debatte steht, mit zur Sprache zu stellen. Darauf setzt das Haus die Spezialberatung des Etats für das

Reichsamt des Innern

fort. Abg. Krässig (Soz.): Die Konservativen müssen von allen guten Geistern verlassen sein, daß sie die Not der ländlichen Arbeiter bestreiten. Besonders lassen die Wohnungsverhältnisse ländlicher Arbeiter noch viel zu wünschen übrig. Herr v. Heydebrandt irrt sich, wenn er meint, daß die Sozialdemokratie sich in die Revolution treiben lassen würde.

Die Sozialdemokratie wird im Gegenteil dafür sorgen, daß es gewissen Kreisen nicht gelingen wird, die Volksmassen vor die Maschinenwelle zu bringen.

Die Arbeitgeber üben den Arbeitern gegenüber den schwersten Terrorismus. In der Textilindustrie werden die Arbeiter mit schweren Geldstrafen belegt, sobald sie sich auch nur das geringste Versehen zuschulden kommen lassen. Von Seiten der Konservativen wird erklärt, jeder Arbeiter könne derjenigen Organisation beitreten, die ihm zusage. In Wirklichkeit geht aber ihr ganzes Streben dahin, die Arbeiter in die Gilden und Gewerkschaften zu pressen. Den Landarbeitern vollends verweigert man das Koalitionsrecht überhaupt. Man will diese Arbeiterklasse rechtlos erhalten und daher kommt auch die Deutenot auf dem Lande. Das schlimmste aber ist, daß der ländliche Arbeiter, wenn er plötzlich zu Unrecht entlassen ist, nicht einmal immer vor den Gerichten Recht bekommt, wenn er aber infolge schlechter Behandlung den Dienst verläßt, dann wird er zu hohen Geldstrafen verurteilt. Die Wohnungen auf den Gütern lassen in jeder Beziehung zu wünschen übrig, sie sind nur dazu da, die Freizügigkeit zu unterbinden.

Die Gutwohnungen sind keine guten Wohnungen.

(Sehr gut! bei den Soz.) Unter diesen Umständen nimmt die Tuberkulose immer mehr zu, auch die Sittlichkeit wird aufs Schwerste gefährdet. Wir Sozialdemokraten haben seit langem die Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den Industriearbeitern gefordert, in sozialpolitischer Hinsicht. Dazu gehört die Aufhebung der Gestenordnung und das Koalitionsrecht. Das Ansehen Deutschlands verlangt eine schnelle Beseitigung aller dieser Zustände.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Als ich mich für die Beratung meines Etats vorbereitete, habe ich 197 Fragen bearbeitet, die mir in sozialpolitischer Beziehung unterbreitet worden sind. Damit erledigt sich der Vorwurf, wir gäben uns nicht die geringste Mühe, auf die Wünsche des Reichstags einzugehen. Diese Zahl hat sich jetzt noch um etwa 20 vermehrt. Fürchten Sie nicht, daß ich auf alle diese Fragen jetzt eingehe. (Heiterkeit.) Ich will mich beschäftigen mit Fragen unserer Sozialpolitik und mit unserer Wirtschaftspolitik. Ich behalte mir vor, auf zahlreiche Einzelheiten, insbesondere auf die Mittelstandsfragen, in besonderer Rede einzugehen. Die wirtschaftspolitischen Fragen stehen im Vordergrund des Interesses, und das aus sehr guten Gründen.

Durch die Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung sind wir in unserer Sozialpolitik jetzt zu einem gewissen Abschluß gelangt.

(Unruhe links. — Hör! Hör! Unerhört! bei den Soz.) Die Reichsversicherungsordnung hat uns eine erhebliche Ausdehnung unserer Versicherung gebracht. In eine neue gesetzgeberische Aktion können wir nicht eher eintreten, ehe die eben erst zu Ende geführte Aktion durchgeführt und zu einem glatten Abschluß im Lande gebracht worden ist. Die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Invaliditäts- und Altersversicherung sind zu einem gewissen Abschluß gebracht und neu hinzugekommen ist die Hinterbliebenenversicherung, die noch in der Durchführung begriffen ist und deren Erfolge wir noch nicht überschauen können. Bei der Ausdehnung der Krankenversicherung sind wir annähernd an die Grenze des Möglichen gegangen. (Sehr richtig! rechts.) Dies ist nicht auf Grund einer oberflächlichen Vorbereitung geschehen, im Gegenteil, es ist vielleicht nie ein Gesetz so sorgsam vorbereitet worden wie dieses, auch hinsichtlich der Krankenversicherung für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und das Gefinde. Die Schwierigkeiten, die hier noch vorhanden sind, werden sich beseitigen lassen. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik hat es also keinen Stillstand gegeben, im Gegenteil, es hat of genug Anstrengung und Mühe bedurft, um alle Vorlagen rechtzeitig fertig zu stellen. Für die Durchführung der Gesetze haben wir in allen Verwaltungsbehörden Beamte sitzen, die auf dem Gebiete der Sozialpolitik Spezialisten sind. Auch auf dem Gebiete der Fürsorge für Leben und Gesundheit der Arbeiter ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Augenblicklich bleibt uns nicht gesetzgeberische Arbeit, sondern Detailarbeit der einzelnen Beamten und einzelnen Behörden. Wir haben jetzt geschulte Beamte bei der sozialpolitischen Durchführung und die einzelnen Bundesstaaten sind andauernd bemüht, ihr Beamtenpersonal in dieser Hinsicht zu vervollständigen. Auf die vielen Einzelfragen gehe ich nicht ein, das überlasse ich meinen Kommilitaten, die im Laufe der Debatte ausreichend Gelegenheit haben werden, auf diese Fragen einzugehen. Die Syndikatsgesetzgebung, die Förderung der Verstaatlichung der Rüstungsindustrie, die Monopolisierung des Kohlenwesens und des Rastendindat, die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues und die Einflussgewinnung auf die Preisgestaltung der übermächtigen Syndikate — alle diese Fragen wachsen auf demselben Boden.

Das freie Spiel der Kräfte ist nicht mehr so wie früher zu beobachten, nicht die Konkurrenz vieler Unternehmer treibt die Preise, sondern einiger weniger Unternehmer.

Auf das Koalitionsrecht gehe ich nicht ein. Ich habe meinen früheren Aussagen nichts hinzuzufügen, auch dem, was der Reichskanzler über den Arbeitswilligenschutz gesagt hat, habe ich nichts hinzuzufügen.

Dagegen will ich auf die Frage der Tarifverträge eingehen. Die Voraussetzung zu dieser Frage ist die Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Hierzu ist aber eine Einigung zwischen der Regierung und dem Parlament nötig, die die Einhaltung des Tarifs sicherstellt und andererseits den Staatsbehörden die Möglichkeit gibt, einen Mißbrauch der wirtschaftlichen und moralischen Kräfte der Organisationen zum Schaden der Allgemeinheit oder des einzelnen zu verhindern. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, ist mir in hohem Maße zweifelhaft, aber dennoch muß dieses Problem gelöst werden. Alle Kulturstaaten beschäftigen sich mit dem Problem, ohne eine Entscheidung gefunden zu haben. Wenn auch die Voraus-

fehlungen auf Grund des bestehenden gesetzlichen Untergrundes in Australien, Frankreich und England usw. verschieden sind, so ist der allgemeine Effekt der gleiche gewesen. Eine Denkschrift wird dem Reichstag über diese Frage zugehen, dann werden wir uns auch über das Problem des Koalitionsrechts der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterhalten.

Mit der Frage der Tarifgrenze hängt eng zusammen die Forderung eines Reichsversicherungsamtes.

Diese Forderung hängt ab von der Vorfrage: Wie ist das Recht der Berufsvereine zu gestalten? Hierzu ist nötig die Schaffung eines paritätischen Schiedsgerichts; typisch hierfür die Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen. Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, diesen Streit rechtzeitig zu dämpfen. (Lebhafte Bravo! rechts und im Zentrum.) Wenn unsere Sozialpolitik auch zu einem gewissen Abschluß gekommen ist, so fallen uns doch noch erhebliche Aufgaben zu, die noch zu lösen sind. Denn auf ein gedankenloses Fortwärtstreiben dürfen wir uns nicht einlassen. Das bedeutet nicht etwa einen Abbau unserer Sozialpolitik; im Gegenteil.

eine gutgestellte Arbeiterschaft ist eine starke Säule für unsere nationale Kraft.

(Bravo!) Nur auf diesem Grunde ist die Lösung der sittlichen und vaterländischen Probleme möglich. (Bravo!) Eine verständige Sozialpolitik ist eine Kraftquelle für das Deutsche Reich. (Abg. Lebebour ruft: Jede Politik soll verständig sein! — Unruhe bei der Mehrheit.) Unter einer verständigen Sozialpolitik verstehe ich eine Sozialpolitik, die insbesondere auch dem Arbeitgeber das gibt, was ihm zusteht. (Sehr richtig!) Ihnen muß die wirtschaftliche und moralische Freiheit gegeben werden, um die hohen Aufgaben zu erfüllen, die unsere Industrie bisher erfüllt hat und noch erfüllen muß, wenn sie die führende Stellung in der Welt behalten will, auf die wir stolz sind. Eine verständige Sozialpolitik muß sich in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen halten, sie muß im Einklang stehen mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Präze!) Das ist keine Phrase, es ist doch die Pflicht der Regierung, anders zu beurteilen als eine einzelne Partei.

(Bravo!) Eine Regierung muß das gesamte Wohl im Auge haben. (Unruhe bei den Soz. Zurufe: Anecht der Unternehmer!) Kögen Sie mich Anecht der Unternehmer nennen oder nicht, das ist mir gleichgültig. (Lebhaftes Sehr gut!) Das hindert mich nicht, zu tun, was mir obliegt. (Lebhaftes Bravo! bei der Mehrheit.) Im Zusammenhang steht der wirtschaftliche Aufschwung, der auch den Arbeitnehmern, wie man das auch immer bestreiten mag, Vorteile gebracht hat. Im Jahre 1893 stand Deutschland bezüglich des Außenhandels mit Frankreich und Amerika auf einer Stufe, aber bedeutend hinter England zurück. Heute hat Deutschland die beiden ersten Länder bedeutend überflügelt und ist dem englischen Gesamthandel nahegerückt.

Dieser Entwicklung unseres Außenhandels entspricht auch diejenige unseres Außenhandels, so bezüglich der landwirtschaftlichen Produktion, des Viehstandes, der Kohlenförderung, der Roheisenproduktion. Der Güterverkehr hat sich in den letzten 20 Jahren verdreifacht. Auch der Kapitalmarkt hat sich bedeutend gehoben. In diesem Aufschwung des nationalen Kapitalvermögens sind auch die mittleren und arbeitenden Kreise stark beteiligt. Der Redner weist dies an der Hand von ausführlichem Zahlenmaterial unter Hinweis auf die Veranlassung der Einkommensteuer und der Steigerung der Spareinslagen nach. Ein schlagender Beweis für die günstige Situation unserer gesamten Wirtschaftspolitik ist die Tatsache, daß wir während 1/2 Jahren schwerer finanzieller Weltkrisen stärker dastehen als je zuvor. An diesem Aufstieg haben auch die Arbeiter teilgenommen. Es heißt immer, das Steigen der Arbeitslöhne habe nicht Schritt gehalten mit der Steigerung der Lebensmittelpreise. Man übersieht aber dabei, daß die Lebenshaltung, die Wohnung usw. für die Arbeiter sich beständig gebessert hat. Das haben auch sozialdemokratische Fachorgane zugegeben. (Zuruf bei den Soz.) Wenn ich nicht einmal Ihre (zu den Soz.) Zeitchriften zitieren darf, was soll ich da machen? (Sehr gut rechts.) Die Preissteigerung hat verschiedene Gründe. Sie liegt teils an der Dürre, die in den letzten Jahren in unserem Vaterlande geherrscht hat, andererseits daran, daß die Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter zu plötzlich gestiegen ist. Der Rückgang im Viehbestand von 1912 ist zurückzuführen auf eine Mangelnde und verheerende Viehschächten. (Sehr richtig rechts.) Jetzt sind wir aber im Aufsteigen begriffen. Auf unsere Wirtschaftspolitik ist jener Rückgang nicht zurückzuführen. Falsch ist es auch, daß die Vermehrung des Körnerbaues auf die Rückvergütung durch die Einfuhrscheine, also auf die sogenannte falsche Wirtschaftspolitik, zurückzuführen sei. Die Einfuhrscheine waren notwendig im Interesse unserer Ostseehäfen und im Interesse der ostdeutschen Landwirtschaft, die ohne Verbindung mit dem übrigen Deutschland und die nicht im Genuße des Zollschutzes stand. Dieses System hat den Zweck, den Produzenten die Möglichkeit zu geben, ihre Getreide auf die billigste Weise da zu verkaufen und zum Weltmarktpreis anzubieten, wo es gebraucht wird. Dazu kommt, daß weite Teile unserer Landwirtschaft infolge der Bodenverhältnisse auf Roggenbau angewiesen sind, während wir Bedarf an Weizen haben. Unsere Wirtschaftspolitik hat zweifelslos eine Förderung fast aller produktiven Stände zur Folge gehabt, ohne sie wäre eine Durchführung unserer Sozialpolitik überhaupt nicht möglich.

Die Reichsleitung vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß unser bisheriger Zollschutz im allgemeinen genügt hat, daß er aber auch aufrecht erhalten werden muß und daß die Richtlinien unserer Vertragspolitik dieselben bleiben müssen. (Bravo!) Insbesondere muß der Landwirtschaft der Zollschutz nach wie vor erhalten bleiben. Bei der außerordentlichen schnellen Entwicklung der Weltwirtschaft war unser Zolltarif in manchen Punkten der heimischen Produktion nicht mehr entsprechend. Mehrfach wird die Forderung nach Herabsetzung der Tariffälle und Einschränkung von Zugeständnissen erhoben. So weit sich übersehen läßt, wird keine Veranlassung vorliegen, durch Abänderung der Tarifverträge für Vermehrung der Handelsbeziehungen den Anstoß zu geben.

Es besteht daher einzuweisen bei der Reichsregierung nicht die Absicht, dem Reichstag eine Novelle zum Zolltarif vorzulegen, wenn die Vertragsstaaten sich nicht auf die Erneuerung der Handelsverträge einigen.

Wird aber das Vertragsverhältnis gekündigt oder von den übrigen Staaten eine Änderung in ihren Tarifen vorgenommen, dann werden die verbündeten Regierungen nicht zögern, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die erforderlich

sind, um die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu verteidigen und dann die Verbesserung des geltenden Tarifs durchzuführen. Dem Wirtschaftsausschuss wird rechtzeitig das Material unterbreitet.

Die Sozialpolitik und die Wirtschaftspolitik sind annähernd zur gleichen Zeit entstanden und auf demselben Boden gewachsen. Die Fortführung des einen verlangt die Aufrechterhaltung des anderen.

Beide haben sich bewährt. Sie fortzuführen, wird daher unsere Aufgabe sein. (Lebhafte, wiederholter Beifall.)

Abg. Dr. Christant (Zentr.): Mit der Vorlage, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, sind wir nicht einverstanden. Wir verlangen, daß nicht eine Erschöpfung, sondern eine Erleichterung des Mittelstandes eintritt. Notwendig ist die Schaffung einer Vermittlungsstelle bei Submissionen. Auch die Frage der Handwerker-Ausstellungen sollte gefördert werden. Der heimliche Warenhandel der Beamten nimmt einen bedenklichen Umfang an. Die Bundesstaaten hätten alle Ursache, diesem Mißstand energig entgegenzutreten. (Beifall.)

Ministerialdirektor Caspar: Die Einschränkung des heimlichen Warenhandels ist Sache der Einzelstaaten; auf Verlangen der Reichsregierung ist den Behörden unterlagt, Räume für solche Waren zur Verfügung zu stellen. Damit aber dürfe die Ausdehnung dieses Warenhandels beseitigt sein.

Ministerialdirektor Lewald: Auf die Frage der Handwerker-Ausstellungen werde ich zurückkommen, wenn diese Frage in der Budgetkommission erörtert sein wird.

Abg. Böhm (Nat. Bauernb.): Die Entwicklung unseres Welthandels ist durchaus zufriedenstellend, so daß wir auf diese Entwicklung stolz sein können. Daß die Landwirtschaft die Maul- und Klauenseuche so glänzend überstanden hat, ist erfreulich. Die Vieh- und Fleischpreise sind keineswegs niedrig, sie sind aber auch nicht anormal. Der Futtermittelzoll hat heute nur noch die Bedeutung eines Finanzzolls, der keineswegs den Import verhindert. Der Zusammenschluß der Landarbeiter darf nicht unmöglich gemacht werden. Unser Streben geht dahin, einen gesunden Bauernstand zu erhalten.

Damit wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. — Schluß nach 1/4 Uhr.

Die voraussichtlich doch unbillige Wahl des Herrn v. Liebert. Berlin, 20. Jan. In der Wahlprüfungscommission des Reichstags wurde der Bericht erhalten über die Prüfung der Wahl des Abg. v. Liebert (14. Wahlkreis Sachsen-Birna). Die Kommission beantragt Ungültigkeit und es ist anzunehmen, daß das Plenum des Reichstags diesem von der Kommission einstimmig gefaßten Entschlusse betritt.

Der Reichsgerichtsrat. w. Berlin, 20. Jan. Die Budgetkommission des Reichstages beriet den Etat der Reichsjustizverwaltung. Für das Reichsgericht werden drei Räte und ein Reichsanwalt mehr angefordert. Nach längerer Debatte wurden die Räte genehmigt und der Reichsanwalt abgelehnt.

### Abgeordnetenhaus.

#### Der Etat des Herrn v. Schorlemer.

S. Berlin, 20. Jan. (Fig. Drahtbericht) Im Abgeordnetenhaus wurde heute die allgemeine Besprechung über den Landwirtschaftsetat zu Ende geführt. Eingeleitet wurde sie durch eine mehr lange als inhaltsreiche Rede des konservativen Abgeordneten Hoersch, der durch kühne Bilder und verblüffende Wortspiele zu überzeugen versuchte, was seinen Ausführungen an Überzeugungskraft mangelte. Daß die Nationalliberalen Herrn Schifferer als Etatsredner heraufstellten, ausgerechnet denselben Schifferer, der für eine Wiederwahl ein Bündnis mit den Konservativen einging, war zum mindesten ein Mißgriff. Der beste Beweis dafür ist, daß der Beifall, der ihm gezollt wurde, weniger aus seinen eigenen Reihen als von rechts herkam. In der Tat konnten die Konservativen sich kaum einen Redner wünschen, der ihre Interessen besser vertreten hätte als dieser „Nationalliberale“, denn er versuchte gegen den von dem fortschrittlichen Abgeordneten Hoff aktierten Caprivi den Fürsten Billow auszuspielen. So wird man sich erinnern, daß dieser selbst von sich behauptet hatte, ein agrarischer Kanzler gewesen zu sein. In einem breit angelegten Resümee ging der Volksparteiler Pahnke noch einmal den ganzen Etat des Herrn v. Schorlemer durch. Geschichte drehte er den Spieß um, mit dem die Konservativen gemeint hatten, den Freisinn in Bezug auf seine Landwirtschaftsfreundlichkeit in den Sand zu streuen. Er plädierte ebenfalls für die Steigerung der Fleischproduktion und Sebung des inneren Marktes. Auch das von den Konservativen so oft für den Niedergang der englischen Landwirtschaft haßbar gemachte Freihandelsystem wußte er eindrucksvoll zu verteidigen, wenn er unseren Staatsmännern soviel Mut wünschte, wie ihn ein englischer Minister begehrte, der jetzt Maßnahmen treffen will, um der britischen Latifundienwirtschaft endgültig ein Ende zu machen. Mit Entschiedenheit verlangte er dagegen eine Revision der Zolltarife, um endlich eine Ermäßigung der Futtermittelzölle zu erreichen. Das Gehalt des Ministers wurde schließlich bewilligt. Zu Beginn der Sitzung hatte man noch den Entwurf über die Zuständigkeit der Gerichtsschreiber definitiv angenommen und die Novelle zur Erweiterung des Stadtkreises Danzig der vergrößerten Gemeindefunktion überwiesen, wobei die Konservativen auch hier wieder ihre Abneigung gegenüber allen Eingemeindungen unter Verweisung auf das Verbandsgesetz Ausdruck gaben.

### Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“. S. Berlin, 20. Januar. Am Ministerische Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer-Dieser und Minister des Innern von Dallwitz. Präsident Graf von Schwerin-Bowin eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Danzig.

Die Vorlage wird nach kurzer Debatte an die am 7. Mitglieder verstärkte Gemeindefunktion verwiesen. Der Gesetzentwurf, betreffend die Zuständigkeit der Gerichtsschreiber der Amtsgerichte für die öffentliche Beglaubigung einer Unterschrift, wird ohne Debatte in dritter Lesung angenommen.

Hierauf wird die zweite Lesung zum

### Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung

beim Titel Ministergehalt fortgesetzt.

Abg. v. Morawski (Pol.): Ausland macht im geheimen allerlei Schwierigkeiten bezüglich der Wanderarbeiter, so daß die Wanderarbeiter lieber nach Frankreich als nach Deutschland gehen. Hier wirkt auch die Polenpolitik der Regierung mit. Die Regierung sollte sich bei Fragen der Landwirtschaft nicht von politischen, sondern allein von landwirtschaftlichen Interessen leiten lassen.

Abg. Hoersch (Nat.): Gegenüber den gestrigen unerhörten Angriffen des freisinnigen und des sozialdemokratischen Redners gegen die Landwirtschaft ist es nötig, die Beratung über den Landwirtschaftsetat wieder auf das sachliche Gebiet zu führen. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen bestrebt sein, unsere Viehzucht zu heben, damit wir die Einfuhr aus den übrigen Ländern mit der Zeit entbehren können. Wir haben zur Staatsregierung und zum Bundesrat das Vertrauen, daß sie an unserer bewährten Schutzpolitik festhalten werden. Unser Viehbestand ist durchaus zufriedenstellend. Die Fleischproduktion ist in höherem Maße gestiegen, als die Bevölkerungszahl zugenommen hat. Wir müssen auf allen Gebieten des Lebens mit einer Entwertung des Geldes rechnen. Wir würden erträglichere Fleischpreise haben, wenn die Kommunen mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften langfristige Verträge schließen würden. Wir halten zum Schutz der Landwirtschaft in den östlichen Provinzen unbedingt an den Einfuhrscheiden fest, weil durch sie der Transport der landwirtschaftlichen Produkte des Ostens nach dem Westen verbilligt wird. Die Landwirtschaft wird bestrebt sein, in allen landwirtschaftlichen Fragen, insbesondere in der Förderung der Viehzucht, auf der Höhe zu bleiben. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Schifferer (Nat.): Die bürgerlichen Parteien, die in den großen politischen Fragen, wie Wehr- und Kolonialfragen, übereinstimmen, sollten sich auch in der Förderung der Landwirtschaft zusammenfinden gegenüber der Sozialdemokratie, die die Vergesellschaftung von Privateigentum und auch von Grund und Boden erstrebt. An der bewährten Schutzpolitik wollen wir festhalten. Fragen wie Freihandel oder Schutzzoll stehen auf derselben Stufe wie die Frage der Ernteversicherung oder weiter rufen. Durch die heutige Wirtschaftspolitik wird der deutsche Bauernstand nach unserer Auffassung gefördert und gestärkt werden. Die mittleren bäuerlichen Betriebe haben sich in den letzten Jahren ausgedehnt, während die größeren Betriebe zurückgegangen sind. An der Aufrechterhaltung der jetzigen Getreidezölle hat auch der deutsche Bauer ein ganz vitales Interesse. Auch der deutsche Bauernstand tritt für die Aufrechterhaltung der Getreidezölle ein. Was die Einfuhrscheine betrifft, so halten wir daran fest, daß sie einen integrierenden Teil unserer jetzigen Wirtschaftspolitik bilden. Die gesteigerten Lebensmittelpreise haben in der Zollpolitik nicht die alleinige Ursache, sie sind vielmehr eine internationale Erscheinung. Wir halten nach wie vor an der bisherigen Wirtschaftspolitik fest, und es ist dringend zu wünschen, daß alle bürgerlichen Parteien im Interesse der zukünftigen Gestaltung unserer Wirtschaftspolitik einstimmig sind. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Nolte (freisinn., schwer verständlich): Unsere Viehzucht befindet sich im Aufschwunge. Das ist ein Beweis dafür, daß unsere Wirtschaftspolitik sich auf dem richtigen Wege befindet.

Abg. Bruns (Ztr.) führt Klage darüber, daß in vielen Fällen für Wildschäden in unzulänglicher Weise Entschädigung gewährt werde.

Abg. Dr. Pahnke (Fortschr. Bpl.): Die Konservativen sagen immer, wir haben keine praktische Erfahrung in der Landwirtschaft. Die Produktionskraft der Landwirtschaft zu heben, damit sie auch wir einverstanden sind. Wir sind auch der Meinung, daß das Anwachsen des Viehbestandes nicht gleichen Schritt hält mit der Zunahme der Bevölkerung. Wenn gesagt wird, die Zölle haben keinen Einfluß auf die Preisbildung, warum führen Sie denn überhaupt die Zölle ein?

Die Nationalliberalen laufen jetzt Sturm gegen die Caprivischen Handelsverträge, und doch haben sie seinerzeit dafür gestimmt. Ihr System (nach rechts) macht Schule, denn auch in Ausland ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der die Agrarzölle vorzieht. Abg. Dr. Schifferer hat sich für seine zollpolitischen Anschauungen auf den deutschen Bauernbund berufen. Der Bauernbund tritt aber für eine Herabminderung der Futtermittelzölle ein, von der der Abgeordnete Dr. Schifferer nichts wissen will. Die berufliche Vertretung der Landwirtschaft wird in Zukunft den kleinen und mittleren Besitzern mehr als je entgegenkommen. In dem deutschen Landwirtschaftsrat ist heute fast ausschließlich der Großgrundbesitz vertreten. Wir werden jederzeit für eine Stärkung des Bauernstandes eintreten. (Beifall links.) Hierauf wird die Debatte geschlossen. — Der Titel Ministergehalt wird bewilligt.

Ohne Debatte werden die Kapitel Oberlandeskulturgerichte und Generalkommission erledigt. Sodann wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. — Schluß 1/2 Uhr.

### Letzte Drahtberichte.

Das deutliche Echo aus Bayern. w. München, 20. Jan. In der Kammer der Abgeordneten protestierte bei der Beratung des Militäretats der Abgeordnete Leibl (Zentr.) gegen die Ausrüstung des Generals v. Kraut auf dem Preussentag über das Verhalten der bayerischen Truppen bei Orleans und erklärte, herabgesetzte Angriffe hätten viel zu niedrig, als daß sie das Ansehen und den Ruhm des bayerischen Heeres irgendwie schmälern könnten. Der Abgeordnete Dirx (Lib.) gab im Namen seiner Partei folgende Erklärung ab: Wir empfinden die auf dem sog. Preussentag gefallene Ausrüstung eines preussischen Militärs a. D. gegen die bayerische Armee als eine durch nichts gerechtfertigte Gerabsetzung der bayerischen Armee und ihrer rühmlichen Geschichte, und als eine ganz unerhörte Schmähung der Verdienste, welche sich die bayerische Armee um die Einigung

Deutschlands und die Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs auf den Schlachtfeldern Frankreichs erworben hat. Ich weiß nicht, soll man sich bei dieser Äußerung mehr wundern über die Unkenntnis eines hohen Offiziers über die einschlägigen militärischen Verhältnisse oder über die unglückliche Annahme, mit der der Herr über die kaiserliche Armee zu sprechen sich erlaubte. (Zustimmung.)

Ein neues Nachspiel zur Zaberner Affäre.

Strasburg, 20. Jan. (Eig. Drahtbericht) Im Fall Zabern ist ein neues Nachspiel zu verzeichnen. Landtagsabgeordneter Bürger wurde auf Grund seiner Äußerungen über die Zaberner Vorkommnisse im Landtag vom Bezirkskommando zu einem eingehenden Bericht aufgefordert. Diese Maßnahme beantwortete der Abgeordnete mit der Einreichung seines Abschiedsgesuches als Reserveoberleutnant der Feldartillerie. Ein angeblicher „Glückwunsch“ des Kaisers zum Mißtrauensvotum des Reichstags.

Strasburg, 20. Jan. In einer Meldung teilt der Redakteur Grumbach, Vertreter deutscher sozialdemokratischer Zeitungen in Paris, mit, ein Reichstagsabgeordneter habe ihm geschrieben, der Kaiser hätte dem Reichskanzler zum Mißtrauensvotum vom 4. Dezember gratuliert. (Diese Nachricht ist natürlich mit großer Vorsicht aufzunehmen. Schriftl.)

Strafantrag gegen den „Elsässer“.

Strasburg, 20. Jan. Der Staatsanwalt hat gegen den Redakteur Göstle vom „Elsässer“ Strafantrag wegen Verleitung der elsässischen Rekruten zu einem militärischen Komplott gestellt. Die Verhandlung wird Anfang Februar vor der hiesigen Strafkammer stattfinden.

Der Reichskanzler beim Kaiser.

wb. Berlin, 20. Jan. Der Kaiser hat im Schloß den Vortrag des Reichskanzlers entgegengenommen.

Berlins Beitrag für die olympischen Spiele.

wb. Berlin, 20. Jan. Der Magistrat hat beschlossen, für die Veranstaltung der olympischen Spiele im Jahre 1916 in Berlin einen Zuschuß von 50 000 M. zu bewilligen. Die Beitragsleistung ist nicht von der Voraussetzung abhängig gemacht, daß das Reich und die Bezirke Berlins Beiträge bewilligen. Der Magistrat hat lediglich der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß alle anderen beteiligten Faktoren ebenfalls die Veranstaltung der Olympiade in Berlin unterstützen werden.

Die Verwendung des Militärs zu Polizeizwecken — in Württemberg.

wb. Stuttgart, 20. Jan. Über die neuerdings wiederörterte Frage, unter welchen Voraussetzungen die militärischen Befehlshaber zur Unterdrückung innerer Unruhen einzuschreiten befugt sind, ist der „Staatsanwalter“ nachstehendes mitzuteilen in der Lage:

Die Bestimmungen über die Verwendung des Militärs bei inneren Unruhen sind im Reich keine einheitlichen. In Württemberg darf ein Eingreifen des Militärs nur nach vorangegangener Aufforderung der zuständigen Behörde erfolgen. Diese Vorschrift, die sich auf das württembergische Gesetz vom 28. August 1849, betreffend das Aufgebot der bewaffneten Macht gegen Zusammenrottungen und Aufruhr, gründet, ist für alle in Württemberg dienenden Offiziere — also auch für die hierher kommandierten Offiziere anderer Kontingente — ausschließlich maßgebend.

Benizelos in Berlin.

wb. Berlin, 20. Jan. Der griechische Ministerpräsident Benizelos trifft am Montag, von Paris kommend, in Berlin ein.

Präsident Poincaré als Gast der deutschen Botschaft.

wb. Paris, 20. Jan. Präsident Poincaré und Gemahlin werden heute abend, wie schon angekündigt, die Gäste des deutschen Botschafters Freiherrn v. Schoen im deutschen Botschafts-Palais sein. An dem Diner werden auch mehrere Minister teilnehmen. Gewisse Details des Besuchs des Präsidenten, besonders solche, die die Etikette-Fragen betreffen, werden im heutigen Ministerrat entschieden werden. An das Diner schließt sich ein großer Empfang in der Botschaft, zu dem zahlreiche Einladungen ergangen sind.

de Pressensé †.

wb. Paris, 20. Jan. Heute nacht ist hier der ehemalige sozialistische Deputierte und Obmann der Menschenrechtsliga Francis de Pressensé im Alter von 60 Jahren gestorben. Pressensé war während der Dreyfusaffäre der eifrigste Freund und Verteidiger des verstorbenen Generals Picquart. Er hat sich als Journalist, insbesondere durch seine Artikel über Fragen der auswärtigen Politik, einen bekannten Namen gemacht.

Die Verhandlung gegen den Grafen Mielzynski.

†† Posen, 20. Jan. Der Termin zur Schwurgerichtsverhandlung gegen den Grafen Mielzynski ist auf den 23. Februar in Graeg anberaumt.

Zum Tode des Generals Picquart.

wb. Paris, 20. Jan. Nach einer Blättermeldung soll die Regierung die Absicht haben, in der heutigen Kammerstimmung für den verstorbenen ehemaligen Kriegsminister General Picquart ein nationales Leichenbegängnis zu beantragen. Ein anderes Blatt regt an, daß die Urne Picquarts gleich der Polas im Pantheon beigesetzt werde.

Der Schiedsspruch im serbisch-bulgarischen Grenzstreit.

wb. Sofia, 20. Jan. General Holmsam fällt in der serbisch-bulgarischen Grenzstreitfrage seinen Schiedsspruch, in dem der bulgarische Standpunkt fast vollständig anerkannt wird.

Ein Vortrag Dr. Kiefers in New York. wb. New York, 20. Jan. Der Präsident des deutschen Sanjabundes, Geheimer Justizrat Dr. Kiefer, hielt gestern abend auf einem Bankett der Banker Association einen Vortrag in englischer Sprache über das Thema: „Die deutschen Banken und die deutsche Industrie.“

Hausfahrungen bei der Jasmani-Gesellschaft. Dresden, 20. Jan. (Eig. Drahtbericht) Seit gestern werden in den Geschäftsräumen der Jasmani-Gesellschaft umfangreiche Hausfahrungen vorgenommen. Über die Gründe des behördlichen Vorgehens wird strengstes Stillschweigen beobachtet. Zu der Hausfahrung wurden nur Beamte hinzugezogen, die die englische und französische Sprache beherrschen. Man schließt daraus, daß es sich um irgend welche Geheimbundelei handelt.

Reklamen.

Advertisement for Odol toothpaste. Includes an illustration of a hand holding a tube of Odol toothpaste. Text: 'Odol Bestes Mundwasser der Welt'. Below the illustration: 'Wer Odol konsequent täglich anwendet, übt nach unseren heutigen Kenntnissen die denkbar beste Zahn- und Mundpflege aus. Preis: 1/2 Flasche (Monatliche Anwendung) M. 1.50 1/2 Flasche M. —.85. F 104'

Advertisement for Dr. Hommel's medicine. Text: 'Nehmen Sie täglich ein Likörgläschen Dr. Hommels Haematogen unmittelbar vor der Hauptmahlzeit! Ihr Appetit wird reger, Ihr Nervensystem erstarbt, die körperlichen Kräfte werden gehoben. Warnung! Man verlange ausdrücklich den Namen Dr. Hommel. F 497'

Handelsteil.

Die chemische Grossindustrie.\*)

III. Die Rentabilität der Aktiengesellschaften. — Die Neugründungen und Kapitalserhöhungen. — Die Ein- und Ausfuhr.

Nachdem wir in den beiden vorhergehenden Abhandlungen hauptsächlich die Entwicklung und die Bedeutung der chemischen Großindustrie in ihren drei wesentlichsten Fabrikationszweigen, der Herstellung von Farbstoffen, pharmazeutischen Produkten und künstlichen Düngemitteln geschildert haben, erörtern wir im nachstehenden die Kapitalisierung und die Rentabilität der Aktiengesellschaften in der chemischen Großindustrie. Insgesamt weist die chemische Großindustrie nach dem Stande aus dem Jahre 1911 (der letzten bisher vorliegenden Statistik) auf:

302 Gesellschaften mit 637,5 Millionen M. eingezahltem Aktienkapital, 180,7 Millionen M. Reserven, 168,5 Millionen M. Obligationen, 136,9 Millionen M. Reingewinn und 13,95 Millionen M. Dividende.

Was die Rentabilität der Aktiengesellschaften betrifft, so liegt auch hierüber für das Geschäftsjahr 1912/13 eine abschließende Statistik noch nicht vor, sondern nur eine solche, die sich auf die ersten 9 Monate des letzten Geschäftsjahres erstreckt. Innerhalb geben auch diese unvollständigen Zahlen ein Bild von der steigenden Rentabilität der Unternehmungen der chemischen Industrie. Für das Geschäftsjahr 1912/13 verteilen danach 111 Aktiengesellschaften, die über ein Aktienkapital von 451 550 Mill. M. verfügen, 78,16 Mill. Dividende. In Prozenten des Aktienkapitals ausgedrückt sind dies 17,3 v. H. oder 0,8 v. H. mehr als im Jahre vorher.

Für einen Vergleich von Reingewinn und Verlust ließen sich die Bilanzen von insgesamt 125 Gesellschaften verwenden. Diese erzielten in den letzten beiden Jahren folgende Resultate:

Table with 5 columns: Jahr, Zahl d. Gesellsch., Akt.-Kap., Reingewinn resp. Verlust in Millionen Mark. Rows for 1911/12 and 1912/13.

Mühen ist bei sämtlichen 125 Gesellschaften der Reingewinnüberschuß im letzten Jahre von 109 232 Mill. M. auf 123 813 Mill. M. gestiegen. Dieser gute Geschäftsgang erklärt wohl auch die in diesem Jahre wieder kräftig belebte Unternehmungslust, die in dem erhöhten Anforderungen der Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. an den Geldmarkt zum Ausdruck kommt.

Für Neugründungen und Kapitalserhöhungen wurden in den Jahren 1908 bis 1913 aufgewendet in Millionen Mark:

Table with 6 columns: Jahr, Neugründungen, Kapitalserhöhungen. Rows for 1908, 1909, 1910, 1911, 1912, 1913.

Die Summe der Neuinvestitionen übertrifft hiernach mit 47 387 Mill. M. die Vergleichsziffer des Vorjahres um 5963 Mill. Mark. Diese Steigerung der Unternehmungslust erklärt sich vorwiegend aus dem steten Geschäftsgang und den im allgemeinen günstigen Aussichten für die weitere Gestaltung der Absatzverhältnisse.

\* Vergl. die Artikel in Nr. 25 und 27 des „Wiesb. Tagbl.“.

Die Ein- und Ausfuhr in der gesamten Industrie entwickelte sich in den ersten zehn Monaten der Jahre 1906 bis 1913 wie folgt:

Table with 5 columns: Jahr, Einfuhr in dz, Wert in Mill. M., Ausfuhr in dz, Wert in Mill. M. Rows for 1909, 1910, 1911, 1912, 1913.

Während also das Einfuhrgeschäft in langsamer, aber stetig steigender Tendenz sich entwickelte, hat die Ausfuhrmenge in diesem Jahre um 4 684 687 dz zugenommen; die entsprechende Wertziffer stieg sogar um 109,63 Mill. M. gegenüber der entsprechenden Summe des Vorjahres.

Die Kursbewegung der Aktien der Unternehmungen nahm gleichfalls einen durchaus befriedigenden Verlauf. Die Durchschnittskurse der chemischen Werte wiesen nämlich auch im abgelaufenen Jahre im Vergleich zum Vorjahr fast durchweg eine teilweise, sogar recht beträchtliche Steigerung auf.

Berliner Nachbörse.

Table with 4 columns: Name, Kurs, Name, Kurs. Lists various stocks and their prices.

Frankfurter Nachbörse.

Frankfurt a. M., 20. Jan. Kurse von 1/4 bis 2/4 Uhr. Kreditaktien 203 3/4, Disconto-Commandit 190.—, Dresdner Bank 163 3/4, Darmstädter Bank 118 7/8 a 119 1/4, Petersb. Int. Handelsbank 206 3/4, Staatsbahn 154 3/4, Lombarden 22 1/4, Baltimore und Ohio 92 3/4, Paketfabri 137.— a 138 1/4, Nordd. Lloyd —, Gelsenkirchener 191 7/8, Phönix 239 3/4 a 7/8, Edison 240 1/4.

Die neue preussische Anleihe.

Die schon angekündigte Anleihe Preußens wird nach Maßgabe des im Anzeigenteils abgedruckten Prospektes mit 350 Millionen Mark nunmehr zur Zeichnung aufgeboten. Es handelt sich dabei aber nicht um Anleihen oder um Schatzanweisungen in der bisher üblichen Form, sondern um eine Art von Zwischenglied, nämlich um auslosbare Schatzanweisungen mit verhältnismäßig langer Laufzeit — ein neuer Typ, der am besten vielleicht Schatzanweisungsanleihe genannt werden könnte. Während die bisherigen Schatzanweisungen schon nach etwa vier Jahren fällig wurden, sieht der neue Typ ähnlich den Anleihen, die in Preußen langfristige amortisiert werden, eine 16jährige Laufzeit vor. Andererseits erfolgt wie bei den Schatzanweisungen und im Gegensatz zu den Anleihen die Rückzahlung zum Nennwert. Eine Eigenart des neuen Typs ist die Serieneinteilung und die Auslosung je einer Serie von 25 Millionen Mark in jedem Jahre. Hierdurch wird eine tunliche Steilheit des Kurses gewährleistet. Verzinst wird der neue Typ mit nominal 4 Proz. In Rücksicht auf den Ausgabekurs von 97 Proz. und den Auslosungsgewinn stellt sich die Durchschnittsverzinsung tatsächlich aber auf fast 4 1/2 Proz. Die Zeichnung findet bis zum 29. Januar statt. Wegen der Bezahlung der gezeichneten Beträge sind geräumige Fristen vorgesehen. Indem wir wegen der Einzelheiten auf den Prospekt Bezug nehmen, bemerken

wir noch, daß im Jahre 1913 die Schatzanweisungen zum Kurse von 99 Proz., die Anleihen zum Kurse von 98,60 und 97,90 aufgelegt wurden. Der Reichsbankdiskont, der sich bei den Anleihebegehungen des Jahres 1913 auf 6 Proz. stellte, notiert zurzeit 5 Proz. und zeigt überdies starke Neigung nach unten. Der Privatkont, der nur 3 1/2 beträgt, deutet auf Geldflüssigkeit. Es will uns scheinen, daß in dem neuen Typ mit seiner Verzinsung und seinen sonstigen Chancen etwas recht Annehmbares geboten wird. — In Wiesbaden werden Zeichnungen entgegengenommen bei den Niederlassungen der Bank für Handel und Industrie (vorm. Martin Wiener), der Deutschen Bank, der Direction der Disconto-Gesellschaft, der Dresdner Bank, der Mitteldeutschen Creditbank und der Reichsbankstelle.

Banken und Geldmarkt.

\*\* Zum Tessiner Bankkrach. Zürich, 20. Jan. (Eig. Drahtbericht) Im Kanton Tessin ist eine schwierige finanzielle Lage entstanden. Der Zusammenbruch des „Credito Tizinese“ in Logarno führte zu einem Run auf die Banca Contin Tizinese, die nun ebenfalls ihre Schalter geschlossen hat. Diese Bankkatastrophe hat eine unbeschreibliche Aufregung im ganzen Kanton hervorgerufen, die durch eine Intervention des Bundesrats beschwichtigt werden soll. Dieser wird heute eine Konferenz mit schweizerischen Großbanken haben. Es ist die Gründung einer besonderen Bank mit 5 Mill. Franken Grundkapital vorgeschlagen.

\* Die Sächsische Bodenkreditanstalt in Dresden schlägt die Verteilung von wieder 7 Proz. Dividende bei einem Reingewinn von 1 290 669 M. (i. V. 1 188 579 M.) vor.

Industrie und Handel.

\* Rheinisch-Nassauische Bergwerks- und Hütten-A.-G. Die Bilanzsituation der Gesellschaft findet Ende der Woche statt. Es ist eine Dividende von 10 Proz. (i. V. 24 Proz.) zu erwarten.

\* Preiserhöhung für trockenes Bleiweiß. Infolge der Steigerung der Preise für Rohblei hat das Deutsche Bleiweißkartell die Preise für trockenes Bleiweiß mit Gültigkeit von gestern ab um 2,50 M. für 100 kg erhöht.

\* Eisenerzverband. Von den deutschen Eisenerzern haben sich in den letzten Wochen eine größere Anzahl zu einem neuen Verbands zusammengeschlossen.

\* Die Gesellschaft für Brauerei, Spiritus- und Preßhefe-Fabrikation vorm. G. Sinner, Grünwinkel, teilt mit, daß ihre Dividende für 1913 voraussichtlich wieder 14 Proz. betragen wird.

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister B Nr. 277 wurde bei der Firma: „Bank für Handel & Industrie Darmstadt“ mit Zweigniederlassung in Biebrich a. Rh. unter der Firma „Bank für Handel & Industrie, Depositenkasse zu Biebrich am Rhein“ folgendes eingetragen: Karl Roger zu Frankfurt am Main ist aus dem Vorstand ausgeschieden und Dr. Arthur Rosin zu Berlin zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 18 Seiten und die Beilage „Der Roman“.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Degeroch; für Rechtswesen: H. v. Rosenber; für Stadt und Land: G. v. Storch; für Wirtschaft: E. Diefenbach; für Sport und Spiel: A. Wambier; für Vermischtes und Briefkasten: J. Seidner; für Handel und Industrie: H. v. Storch; für die Auszüge und Bekanntm.: G. Dornau; Anstalt in Wiesbaden. Druck und Verlag von H. v. Storch in Wiesbaden.

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Scheller-Gasse gegenüber von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Fracht- und Postgebühren. — Vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausdientlich Beleggeld. — Bezugs-Verhältnisse nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Juristische Buchhandlung 29, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen der Stadt; in Dieblich: die dortigen Buchhandlungen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeilen: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Münchener Anzeiger“ in einblättriger Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfd. für lokale Werbeflächen; 2 Pfd. für auswärtige Werbeflächen. Ganze, halbe, Drittel und Viertel Seiten, durchgehend, sind besonders bevorzugt. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Akademie: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Tagen und Wägen wird keine Besondere übernommen.

Mittwoch, 21. Januar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 34. • 62. Jahrgang.

## Der Preußentag.

Die Erregung über die maßlose Beschimpfung des Reichstags und über die Verunglimpfung der bayerischen Armee auf dem Preußentage wird immer größer. Namentlich die unbefonnene abfällige Kritik des Generalleutnants v. Krafft an den Leistungen der bayerischen Truppen in den Kämpfen bei Orleans ruft eine sehr lebhafteste Protestbewegung hervor. Der Kriegsminister hat den General aufgefordert, sich zu dieser peinlichen Angelegenheit zu äußern, und die jetzt von der „N. A. Z.“ veröffentlichte lange Antwort — wir geben sie unten wieder — zeigt, wie bitter der Verfasser seine taktlosen Äußerungen bereut. Er sagt das nicht, aber aus jeder Zeile merkt man seine flehentliche Bitte heraus, ihm um Gottes und des Himmels Willen doch nur ja zu glauben, daß er es so böse nicht gemeint habe. Man kann nur wiederholen: Die Veranstalter des Preußentages haben sich selber den denkbar schlimmsten Dienst geleistet, als sie dem deutschen Volke „preußisch“ kamen. Die erschreckende Deutlichkeit der gestrigen Kundgebungen in der bayerischen Abgeordnetenversammlung, die wir in der Morgenausgabe wiedergeben und zu deren Ergänzung die Erklärung des bayerischen Kriegsministers unten nachgetragen sei, diese deutlichen Antworten mögen Herrn v. Heidebrand und den Seinigen zeigen, welches Unheil sie angerichtet haben und welches größere Unheil noch drohen würde, wenn nicht gerade der bis zum Wahnsinn gesteigerte Trotz und Hochmut dieser schimpflichen Leute ungewollterweise das Heilmittel gegen den sonst sicheren und unüberlebensfähigen Schaden in sich trüge. Wenn die Konservativen bis dahin noch meinen konnten, die Reichsleitung zu ihrem Programm der revolutionären Unterwerfung hinüberzuweisen zu können, so kann davon für urteilsfähige Betrachter keine Rede mehr sein. Ein Reichskanzler, der diese Sorte von „preussischem Geist“ vertreten möchte, wäre verloren, und da Herr v. Bethmann-Hollweg, so gefährdet seine Lage auch ist, durch dies kaudinische Nachdenken doch nicht gehen wollen und können, so wird er es leichter haben, als es bei größerer Mühseligkeit und Klugheit der konservativen Führer der Fall gewesen wäre, der Umstimmung durch preußenbündlerische Machenschaften zu entgehen.

### Der Rechtfertigungsversuch des Generalleutnants v. Krafft.

Berlin, 20. Jan. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt folgenden Brief des Generalleutnants v. Krafft an den Kriegsminister:

Bei der Durchsicht, die ich für meine beiden alten Waffengefährten von der Loire bis an mein Lebendes empfunden werde, ist es ganz unmöglich, daß ich etwas gesagt haben sollte, das die Bayern, deren Ritterkreuz mit Schwertern zu tragen ich mir zur höchsten Ehre anrechne, verletzen könnte. Es muß eine völlige Entstellung meiner Worte vorgenommen worden sein. Ich bitte mich über den von dem Vorredner gebrachten Ausdruck „Demontage“ geärgert, weil ich kein Freund von solchen Schlagworten bin. Davon ankündigend, schilderte ich ganz kurz den Verlauf der Schlacht bei Loigny am 2. Dez. Doch ein Teil der Bayern dabei zurück mußte, war nichts Besonderes, da sie auf zu starke Kräfte gestoßen waren. Das ist und ebenso passiert (siehe 9. Dezember). Ich wollte nur an dem Vorstoß der Brigade Kottwitz zeigen, daß wir stets zu treuer Waffenbrüderlichkeit bereit sind und uns gegenseitig helfen und daß derjenige, der in der Lage ist, beiderseitig einzugreifen, dies auch tun muß. Wenn man das als Demontage betrachten wollte, dann wäre ich damit einverstanden. Das war so unfaßbar der Sinn meiner Worte. Am 7. Dezember ging es uns dem Regiment 7. bei Langlozere so ähnlich, da haben uns wieder die Bayern in treuer Weise. So ging es an der Loire stets abwechselnd. Ich bin ein besonders treuer Verehrer unserer bayerischen Waffenbrüder, die stets bereit waren zu helfen. Ich bin daher im höchsten Grade empört, daß durch ungenügende Berichterstattung der Sinn meiner Worte anders gedeutet werden konnte. Die Dankbarkeit und Anerkennung für unsere braven tüchtigen Waffenbrüder, von der ich auch heute befehle bin, wird von der ganzen 17. Division geteilt und lebt noch heute in jedem alten Soldaten. Meine alte 6. Kompanie kamte bis jetzt noch an jedem Schlachttage bei Loigny dem hochföhligen Brigadier einen Huldigungsgruß in Erinnerung an die gemeinsam erlebten schweren, aber herrlichen Kämpfe an der Loire. Die von mir erwähnte Tatsache ist in der Geschichte des ersten bayerischen Armeekorps von der Tann (von Oberst Hellwig) genau beschrieben worden; auch in der Geschichte des Regiments Nr. 78. Ich habe noch im vergangenen Sommer bei der Vurachfahrt der Bayern in Sandeibut Veronfassung angenommen, gerade auf die damals beständige feste Waffenbrüderlichkeit einige Worte zu sprechen, die bei der großen Versammlung einen Sturm der Begeisterung erweckten. Wie sollte ich jetzt dazu kommen, etwas anderes zu sagen, das meinem Herzen und meiner Erinnerung vollkommener fern liegt? Wenn man die ganzen Gründe für Deutschlands Einheit mitaemacht dafür gestillt und gestützt hat, dann ist man im Grunde des Herzens ein guter Deutscher. Es wäre geradezu frechhaft, solche treuen Rathgeber, wie die Bayern, es waren, verletzen zu wollen. Ich bitte, von dieser meiner aufrichtigen Erklärung jeden Gebrauch machen zu lassen. In aller Eile schreibe ich diese Worte und eure Ersehlen können versichert sein, daß mir nichts ferner gelegen hat als jemand zu verletzen. Meine ganze Gefinnung den braven Kameraden gegenüber spricht dagegen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zu diesem also auf Veranlassung des Kriegsministers geschriebenen Brief: „Wir glauben, daß durch diese Erklärung des Generals v. Krafft die nach der ersten Zeitungsmeldung berechnete Erregung nicht nur in Bayern, sondern im ganzen Reich beieitigt ist. Die in vielen Schlachten bewiesene Tapferkeit der Bayern braucht keinen Vergleich zu scheuen. Sie Zweifel auszusprechen, wäre ein Verstoß gegen den Geist der Waffenbrüderlichkeit, in der die Deutschen aller Stämme die staatliche Einigung der Nation mit ihrem Blute erkämpften.“

### Übereinstimmende gegenteilige Berichte der konservativen Presse!

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt aus Berlin: Nachdem sogar das „Volkische Bureau“ für Nichtigstellung der allzu schneidigen Worte bemüht worden ist, die Generalleutnant v. Krafft auf dem Preußentage über die bayerische Armee gesprochen hat, ist es vielleicht nicht uninteressant, diesen Richtigstellungen gegenüber auf den Bericht der bei diesem Anlaß gewiß vorsichtigen „Kreuzzeitung“ zu verweisen, in dem Kraffts Worte folgendermaßen wiedergegeben sind: „Als am ersten Tage der Schlacht die Bayern vor der Übermacht der Franzosen zurückgehen mußten, griffen einige preussische Bataillone ein, die mit liegenden Fahnen den süddeutschen Truppen zu Hilfe kamen. Dadurch konnten die Bayern wieder aufatmen, sie gingen im Verein mit den Preußen vor und warfen die Franzosen. So ungefähr — sagte der Redner — denke ich mir Preußens Beruf. Die Bayern bekamen damals wieder Lust: Wenn wir kommen, kriegen sie wieder Courage! (Beifall.)“ Und in dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ heißt es: „Die Bayern bekamen damals wieder Lust: Wenn wir kommen, kriegen sie wieder Courage...“ Die „Köln. Ztg.“ sagt dazu: Man sollte meinen, wenn zwei Berichterstatter von Zeitungen, die dem Redner politisch so nahe stehen, die Worte übereinstimmend in dem verlegenden Sinne wiedergeben, daß das Maß der Courage der anderen von der Nähe der Preußen abhängt, täten die Freunde des Redners besser, sie mit Schweigen zu bedecken. Generalmajor v. Prochem, der von dem Reichstag so respektvoll als von einer „sehr gemischten Gesellschaft“ gesprochen hat, muß sich jetzt vom „Vorwärts“ vorbehalten lassen, daß er sich einmal ebenso eifrig wie erfolglos bemüht habe, Mitglied dieser gemischten Gesellschaft zu werden. So sagt, seit wir den Preußenbund haben, ein Witz den anderen.“

Auch die „Kölnische Volkszeitung“ zitiert die übereinstimmenden Berichte der „Kreuzzeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“ und bemerkt dazu: „Es scheint also, daß Herr v. Krafft von sämtlichen Berichterstattern falsch verstanden worden ist. Sollte das nur an den Berichtstattern gelegen haben?“

Nach den Aufzeichnungen des Berichtstatters des „Korrespondenzbureau“ lautet der Schluß des Berichts über die Rede des Herrn v. Krafft: Dieser erzählt seine Begegnung mit einem bayerischen Offizier, der auch bei Orleans dabei war. Dann heißt es: „Indessen war die Redezeit des Generals v. Krafft abgelaufen, und der Vorsitzende der Preußenbundtagung mocht General v. Krafft darauf aufmerksam. General von Krafft: Ich wollte nur dieses Erlebnis erzählen. Wenn wir kommen, dann kriegen sie alle Courage. (Weiterer Beifall.)“

### Halbamtliche Berichterstattung.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht über die Verhandlungen des Preußentages einen Bericht, der weder die Beleidigungen des Reichstages noch die Behandlung des Reichskanzlers noch die taktlose Erörterung des Verhaltens bayerischer Truppen im Jahre 1870 enthält. Auf diese Weise hat sich das Regierungsorgan den Verzicht erleichtert, seinerseits zu den Verhandlungen des „Preußentages“ Stellung zu nehmen. Gleichzeitig aber ist mit den redaktionellen Ränsten des Kanzlerblattes die Wirkung verbunden, daß solche Hof- und Beamtenkreise, die sich über öffentliche Vorgänge durch das Regierungsorgan unterrichten lassen, sich nur ein ganz unvollständiges Bild von dem Preußentage machen können. Die Berichterstattung der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist also nach verschiedenen Richtungen nicht ohne politische Folgen und fordert deshalb die Kritik heraus.

### Der Protest des bayerischen Kriegsministers.

München, 21. Jan. Am Schluß der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung (Vergl. Morgen-Ausgabe, Schriftl.) ergriff der Kriegsminister Freiherr v. Krey das Wort und erklärte, er müsse die Nach-

richten über diese Äußerung für tendenziös halten. Wenn sie sich aber als richtig erweisen sollten, so könnte er eine solche Äußerung nicht scharf genug brandmarken. Sie würde eine völlig unbegründete Verunglimpfung der glorreichen Erinnerung an die bayerische Armee enthalten, die gerade in den Kämpfen von Orleans sich auf das heldenmütigste geschlagen und mit unvergänglichem Ruhm bedeckt habe. Er habe diese Äußerung noch dazu aus dem Munde eines höheren Offiziers auf das tiefste bedauert und eine solche Äußerung gegen die bayerische Armee müsse er auf das entschiedenste zurückweisen. Die Erklärung des Kriegsministers wurde mit allseitig lebhaftem Beifall aufgenommen.

### Weitere Proteste.

wh. Berlin, 21. Jan. Wie es heißt, soll der Abgeordnete Erzberger sich in den nächsten Tagen bei der Etatsdebatte im Namen des Zentrums mit den Äußerungen des Preußentages am 18. Januar beschäftigen. Er wird für seine Partei eine scharfe Erklärung gegen die Kundgebungen des Preußentages abgeben. Von nationalliberaler Seite ist, so heißt es, ebenfalls eine Kundgebung geplant.

wh. München, 21. Jan. Als Protest gegen die Überhebungen des Preußentages werden in ganz Bayern Protestversammlungen abgehalten. Der Vorstand der Veteranen- und Kriegervereine richtete an die Adresse des Generals v. Krafft einen energischen Protest.

### Noch einige Proteststimmen.

Der „Bayerische Kurier“, das führende Zentrumsblatt, nennt den Preußentag einen schmachvollen Tag in der politischen Geschichte Deutschlands. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben: Der Reichstag, der neben dem Bundesrat als höchste verfassungsmäßige Einrichtung des Reiches besteht, wurde als Institution in einer Weise beschimpft, die von „Staatsverhaltung“ auch nicht das mindeste erkennen ließ. Wenn eines den Preußentag in Grund und Boden diskreditieren konnte, dann dieser agitatorische Erzech, der die Verammlung in Regionen führt, in der nicht mehr die Entrüstung, sondern nur noch die Lächerlichkeit ihr vernichtendes Urteil spricht. Das Verlangen nach einem besonderen Wählblatt bräuhete bei solchen Leistungen nicht mehr erhoben zu werden. Das ist nicht mehr Politik, das ist Karneval. Bemerkenswert ist nur, daß ein solcher Sturz im 43. Jahre des Deutschen Reiches in der Reichshauptstadt möglich war.

Die „Alldeutschen Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Das hat uns in diesen trüben Wochen und Monaten gerade noch gefehlt, daß ohne jeden Anlaß auch noch der alte Geist deutscher Zwietracht eines Partikularismus geweckt wird, den man eigentlich überwunden glauben durfte.“

### Wilson's Antitrustbotschaft.

wh. Washington, 20. Jan. Präsident Wilson verlas heute im Kongreß eine Botschaft über die Gesetzgebung mit Rücksicht auf die Trusts. Die Botschaft enthält folgende Vorschläge:

1. Die Vereinfachung von Aufsichtsratsstellen in großen Korporationen, Banken, Eisenbahnen, industriellen, kommerziellen und der Allgemeinheit dienenden Körperschaften zu vereinfachen.
2. Die Interstate Commerce Commission zu ermächtigen, solche Finanzoperationen zu regulieren, durch welche die Eisenbahnen künstlich die Mittel erhalten, die sie zu ihrer angemessenen Entlohnung benötigen.
3. Den Begriff „schädliche Beschränkung des Handels“ genau zu definieren.
4. Eine Interstate Trade Commission zu schaffen, die den Gerichten beistehen soll und ein Clearinghouse zu Informationen bilden soll, welche geeignet sind, der Geschäftswelt dazu zu helfen, sich dem Gesetz anzupassen.
5. Sicher zu stellen, daß die Strafen die verantwortlichen Personen treffe, aber die sogenannte Holding Company zu vereinfachen und das Stimmrecht von Personen zu beschränken, welche Anteile in einer Anzahl von Korporationen besitzen.
6. Es zu ermöglichen, daß Personen auf Schadenersatz klagen können auf Grund von Tatsachen und Urteilen, welche in von der Regierung geführten Prozessen erwiesen bezw. erlangt sind.

Der Präsident wandte sich am Schluß seiner Botschaft mit einem Appell an den Kongreß, im Geist freundschaftlichen Zusammenarbeitens an den Gegenstand heranzugehen, da der Antagonismus zwischen den Geschäftsleuten und der Regierung vorüber sei. Die Geschäftsleute und die Regierung seien bereit, sich auf halbem Wege in dem Bestreben entgegenzukommen, die Geschäftsmethoden der öffentlichen Meinung und den Gesetzen anzupassen. Das Produktionsgeschäft müsse vom Transportgeschäft getrennt werden. Er nimmt offenbar damit Bezug, daß die Eisenbahnen, welche an ihren Linien liegende Kohlengruben und Ölfelder besitzen, bisher den unabhängigen Händlern gegenüber einen Vorteil genossen. Diese Erklärung des Präsidenten rief lauten Beifall hervor, ebenso wie die an-

bers, daß die Strafen nicht auf das Geschäft als solches, sondern auf die Person fallen sollten, welche die ihnen durch das Geschäft in die Hand gegebenen Mittel dazu benutzen...

Politische Übersicht.

Mißstimmung über den Botschafter am Goldenen Horn.

In den militärischen Kreisen Berlins ist man, wie wir hören, unzufrieden mit dem deutschen Botschafter in Konstantinopel. Anlaß dazu gaben die Geschehnisse der deutschen Militärmission in der Türkei...

Keine Kalkstellung der deutschen Militärmission!

S. Berlin, 21. Jan. (Fig. Drahtbericht) Die gestern von der „Nationalzeitung“ gedruckte Meldung von einer Kalkstellung der deutschen Militärmission in Konstantinopel ist, wie uns an hiesiger amtlicher Stelle erklärt wird, völlig unzutreffend...

General v. Liman von seiner Stellung befriedigt.

Wb. Konstantinopel, 21. Jan. Die Befugnisse des Marschalls v. Liman werden als innere Angelegenheit der türkischen Armee behandelt und deshalb im einzelnen nicht bekannt gegeben...

Inspektionen aus. Er ist von seiner gegenwärtigen Stellung, die ihm eine freie Entfaltung seiner Reformarbeiten erlaubt, sehr befriedigt.

Deutsches Reich.

\* Hof- und Personalnachrichten. Seitern abend hielt der Kaiser und die Kaiserin im Ritterpalee des königlichen Schlosses die große Hofgesellschaft...

\* Herr v. Bethmanns familiäres Mißgeschick. Der Berliner Korrespondent der „Agence Journal“ behauptet über die Gründe, die den Reichskanzler bewegen haben, seinen Sohn unter Kuratel stellen zu lassen...

\* Herr v. Jagow obenauf. Der „Roland von Berlin“ schreibt: „Herr Dr. v. Jagow, der Polizeipräsident der deutschen Reichshauptstadt, ist der Held des Tages.“

\* Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in Berlin. Oberbürgermeister Bernuth erklärte beim gestrigen Empfang einer Abordnung von Arbeitslosen, es sei in Aussicht genommen, für neun Millionen Mark Bauarbeiten, die später ausgeführt werden sollten...

\* Eine Verständigung über den Gesehtentwurf, betreffend die Altpensionäre. Über den Gesehtentwurf zur Vervollständigung der Altpensionäre und Althinterbliebenen ist nunmehr zwischen den beteiligten Reichsressorts und preussischen Ressorts eine Verständigung erzielt.

\* Vorfestimmen zur Jolltariferklärung Delbrücks im Reichstag. Zur gestrigen Erklärung des Staatssekretärs Dr.

Delbrück im Reichstag, daß nicht die Absicht bestehe, im Reichstag eine Robelle zum Jolltarif einzubringen, wirt die „Deutsche Tageszeitung“ die Frage auf, ob es zweckmäßig und erfolgreich gewesen sei, eine solche bedeutende Erklärung im jetzigen Augenblick vor dem In- und Ausland abzugeben.

\* Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte findet in diesem Jahr am Montag, den 16. Februar, mittags 12 1/2 Uhr, in Berlin im Zirkus Dachs und Zirkus Schumann statt.

Parlamentarisches.

Die Jubern-Interpellationen im Reichstag. Nach den letzten Vereinbarungen zwischen den Parteien und der Regierung steht es nun fest, daß die Jubern-Interpellationen im Reichstag am Freitag zur Beratung gelangen.

Die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige. Die Reichstagskommission für die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige beschloß eine Änderung des Entwurfs dahin, daß der Zeuge für seine Zeitverräumung nicht eine Entschädigung von 10 Pf. bis zu 1 M., sondern von 30 Pf. bis zu 1,50 M. für jede angefangene Stunde erhalten soll.

Die Frage der Konkurrenzklause. Die Reichstagskommission zur Änderung der Gewerbeordnung beriet gestern weiter über die strittigen Fragen bezüglich der Konkurrenzklause und entschied sich dahin, daß die Gehaltsgrenze auf 1800 M. festgesetzt werden soll.

Aferschuhbauten und Fischereihäfen an der Ostsee. Die Konferenzbeamten im Abgeordnetenhaus zum Landwirtschaftsamt: „Die königliche Staatsregierung zu erlauben, bei der Ausführung der in der letzten Sturmsfuten an der Ostsee sich als notwendig herausstellenden Aferschuhbauten die Interessen der Küsten- und Hochseefischerei mehr als bisher ins Auge zu fassen und besonders auf eine vermehrte Anlage von Fischereihäfen an der Ostseeküste und in den Häfen bedacht zu sein.“

Die Mittel für den baltischen Gesandtschaftsposten in München doch jetzt bewilligt. Die Budgetkommission der zweiten Kammer in Baden verhandelte in ihrer gestrigen Sitzung über die eventuelle Bewilligung der Mittel für die Gesandtschaft in München.

Heer und Flotte.

Die Generalstabschefs sämtlicher Armeekorps, die nicht an der Grenze liegen, sind zu einer Konferenz in Frankfurt a. M. eingetroffen. Das Kriegsministerium ist mit drei Offizieren, darunter dem Chef der Aufmarschabteilung, Oberstleutnant Tappen, vertreten.

Post und Eisenbahn.

Die unteren Postbeamten. In Berlin fand eine Kundgebung der unteren Postbeamten statt, an der mehr als 4000 untere Postbeamte aus allen Teilen des Reichs teilnahmen.

Feuilleton.

Residenz-Theater.

Dienstag, den 20. Jan.: Erstes Gastspiel der Agl. Schauspielerin Luise Willig vom Agl. Schauspielhaus in Berlin: „Ronna Banna“.

Luise Willig kann stolz sein auf ihren Erfolg! Ihr Name hatte es vermocht, das Haus, das in letzter Zeit so manche Leere aufwies, beinahe bis auf den letzten Platz zu füllen.

Die Rolle der Ronna Banna ist zudem eine Rolle, in der eine Künstlerin ihr Können zeigen kann, und Luise Willig hat das Können, diese hohe edle Weibeseele zu verkörpern. Die Erscheinung dürfte wohl zarter, lieblicher sein. Bei der Ronna Banna von Luise Willig hatte man sofort die Empfindung, daß hier ein stolzes starkes Weib stand, das siegen mußte.

Die Künstlerin wußte sich mit Geschmack und Sicherheit auf der Bühne zu bewegen, die so viel kleiner ist als der ihr sonst gewohnte Raum. Aber sie paßte ihre Bewegungen der Bühne an und fiel nicht aus dem Ensemble heraus, das sich übrigens recht tapfer mit seinen Aufgaben abwand.

Von dem herkömmlichen Volkoll dürften auch die einheimischen Kräfte einen Teil für sich beanspruchen — und der Verleiher der edlen Diastung.

Konzert.

Unter all den neueren Streichquartett-Vereinigungen, die in Wiesbaden auftraten, haben „die Klingler“ hier zweifellos den meisten Anklang und Anhang gefunden; und auch im gestrigen 7. Konzert des Vereins der Künstler und Kunstfreunde wurden die Herren Karl Klingler (I. Violine), J. Ahnlin (II. Violine), Fridolin Klingler (Viola) und A. Williams (Cello) wieder mit unerbittlicher Freude begrüßt.

An zweiter Stelle stand auf dem Programm ein neues „Quartett Fis-Moll“ von Karl Klingler. Wer nach der Analogie von „Kapellmeister-Oper“ ein hohes „Konzertmeister-Quartett“ erwartet hatte, sah sich angenehm enttäuscht. Nur in der technischen Behandlung des Instrumentalkörpers machte sich die routinierte Erfahrung des geistigen Komponisten — vorzüglich — bemerkbar.

ponist weiß sie zum Sprechen zu bringen. Am glücklichsten gelangen scheint mir diese Tonprache in den ersten beiden Sätzen. Das energisch rhythmisierte „Allegro“ bringt eindringliche Hauptgedanken in kräftiger Gegensätzlichkeit und lebendiger Verarbeitung; ein leidenschaftliches, fast feuriges Pathos ist vorherrschend. Im „Adagio“ ist es die durchgängig gehaltene tief-ernste Stimmung, die Innerlichkeit der gleichsam „unendlichen Melodie“, das warme gesättigte Klangkolorit, was alles sich zu ungemein fesselnder Wirkung eint.

Beethoven's gewaltiges „Es-Dur-Quartett“ op. 127 beschloß den Abend. Man wird sich der herrlichen Art der Ausführung noch von den 1910er „Beethoven-Abenden“ her erinnern: gerade mit diesem Quartett feierten „die Klingler“ ja schon damals einen größten Triumph; und auch der gestrige begeisterte und begeisterte Vortrag trug wieder das Stimmengleichnis ihrer selten abgeklärten Künstlerkraft —! O. D.

Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. Ludwig Thomas Komödie „Die Sippe“ hatte bei der ersten Aufführung im Stuttgarter Hoftheater einen starken Erfolg. Der anwesende Verfasser wurde stürmisch gerufen.

Genet Watailles Stück „Das Kind der Liebe“ erlebte gestern seine Uraufführung in den Münchener Kammerspielen. Die Aufnahme war zuerst abwartend, nach der großen Theaterzene im dritten Akt setzte jedoch starker Applaus ein, während der Schluß abfiel.

Silbende Kunst und Musik. Fernina Fosetti ist in Neufchâtel an Diphtheritis erkrankt. Nach der Serumbehandlung konnte die Sängerin nach München zurückkehren und es besteht die Hoffnung, daß sie ihre Tätigkeit an der Berliner Hofoper im Februar wieder aufnehmen wird.

Wissenschaft und Technik. Geh. Vergrat Wagnersche, Professor an der geologischen Landesanstalt in Berlin, starb gestern in einer Privatklinik an einer schweren Gallensteinerkrankung.

Nach verschiedenen Referaten wurde eine Resolution gefaßt, die der dringenden Erwartung Ausdruck gibt, daß in der angekündigten Novelle zum Besoldungsgesetz neben den Landbriefträgern auch die gehobenen unteren Beamten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung berücksichtigt werden, und zwar dergestalt, daß das Anfangsgehalt auf 1800 M. und die Aufsteigerfrist zur Erreichung des ausreißend erhöhten Endgehalts von 18 Jahren auf 12 Jahre herabgesetzt werde. Ferner wurde die Bitte ausgesprochen, die Tagelöhner der Postboten, Postkellner und Telegraphenarbeiter in Orten, die ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet bilden, gleichmäßig festzusetzen, ferner die Dienstjahre als Telegraphenarbeiter auf das Besoldungsdienstalter anzurechnen.

## Ausland.

### Frankreich.

**Das Diner auf der deutschen Botschaft.** Paris, 20. Jan. Der deutsche Botschafter Fehr. v. Schoen und Gemahlin gaben heute Abend zu Ehren des Präsidenten der Republik und dessen Gemahlin ein Diner, welchem beizuhöhen: der Ministerpräsident und Minister des Äußern Doumergue, die Botschafter Österreich-Ungarns und Italiens, die Senatoren Ribot und Pichon mit ihren Gemahlinnen, der Deputierte Jules Roche, der Großkanzler der Ehrenlegion, General Florentin, mit Gemahlin und Tochter, der neuernannte französische Botschafter in Petersburg Paleologue, General Deaunoulin mit Gemahlin, Fürstin Lynar und Tochter, der deutsche Botschafter in Konstantinopel Fehr. v. Wangenheim, der Stanzleichef des Ministeriums des Äußern Marceois mit Gemahlin, Frau v. Ruitus, der Direktor des Protokolls B. Martin, Marineattaché Fehr. v. Vibra, Legationsrat Graf Bray und Legationssekretär Prinz zu Oettingen. An das Diner schloß sich ein Empfang an, zu welchem die Mitglieder des diplomatischen Korps sowie zahlreiche hohe Beamte, Senatoren und Deputierte, Mitglieder der Akademie Française, der Gesellschaft, der deutschen Kolonie und Vertreter der Presse geladen waren. Der Präsident der Republik und seine Gemahlin verließen gegen 11 Uhr das Botschaftspalais. Die Gesellschaft blieb bis lange nach Mitternacht in anregender Unterhaltung.

**Das neue Schulgesetz angenommen.** Paris, 20. Jan. Die Kammer nahm das ganze Gesetz über den Schulbesuch und die Verteidigung der Laienschule mit 424 gegen 131 Stimmen an.

**Kein Staatsbegräbnis für General Picquart.** Paris, 21. Jan. Die Familie des Generals Picquart hat das Angebot eines Staatsbegräbnisses für den verstorbenen General, als seinen letztwilligen Verfügungen nicht entsprechend, abgelehnt.

### England.

**Der Abschluß der „Titanic“-Konferenz.** London, 21. Jan. Die internationale Konferenz, die über Maßnahmen zum Schutze von Leben und Eigentum zu Wasser beriet, unterzeichnete heute eine Konvention, die scharfe Bestimmungen für die internationale Schifffahrt enthält und die internationale Überwachung von Eisbergen und treibenden Eisklumpen vorsieht. Auf Veranlassung der Vereinigten Staaten wurden strenge Vorschriften bezüglich der Einföhrung drahtloser Telegraphie auf Dampf- und Segelschiffen erlassen, die mehr als 50 Personen, gleichviel ob Besatzung oder Passagiere, an Bord nehmen können. Ferner wurde beschlossen, daß sämtliche Schiffe, die dem internationalen Verkehr dienen oder überseeische Reisen machen, ihre Funkenapparate Tag und Nacht in Tüchtigkeit zu halten haben sowie Rettungsboote und andere Gegenstände in genügender Anzahl haben müssen.

**Eine Erklärung Churchills.** London, 20. Jan. Eine Mitteilung des ersten Lords der Admiralität Winston Churchills lautet: Alle Nachrichten der Mäler über Debatten im Kabinett beruhen auf Vermutungen und Gerüchten und müssen mit Mißtrauen behandelt werden. Die Behauptung, daß der Admiralitätsrat die Absicht ausgedrückt habe, seine Entlassung zu geben, ist falsch.

**Ein Mordmord in London.** London, 20. Jan. Bei den politischen Morden, die aus Kapstadt und Kalkutta gemeldet worden sind, handelt es sich um ein und dasselbe Verbrechen, wie sich jetzt herausstellt, das in Kalkutta begangen worden ist.

### Italien.

**Ein Marineminister auf der deutschen Botschaft.** Rom, 20. Jan. Zu Ehren des Admirals Souchon, der nach Rom gekommen ist, um sich beim König zu melden, fand heute auf der deutschen Botschaft ein Essen statt, an dem auch der italienische Marineminister, Konteradmiral Nillo, teilnahm.

### Serbien.

**Die Orientbahnfrage.** Belgrad, 21. Jan. In der Orientbahnfrage steht nunmehr eine befriedigende Lösung in den österreichisch-serbischen Verhandlungen bevor. Der serbische Gesandte in Wien, Ivanowitsch, hat jetzt die Instruktionen seiner Regierung für die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn in der Orientbahnfrage erhalten. Man glaubt hier, daß die Verhandlungen in Wien noch im Laufe dieses Monats beginnen werden.

### Asten.

**Eine Revolte in Persien.** Teheran, 20. Jan. Viele Personen, unter denen sich vornehmlich Staatspensionäre befanden, organisierten heute vor dem Hause des Generalschamwessers Kornard eine Kundgebung und verlangten von der Regierung die unverzügliche Auszahlung ihrer Pensionen. Die Menge wurde von der Gendarmenrie vertrieben.

### Mittelamerika.

**Zur Lage in Mexiko.** New York, 21. Jan. Der mexikanische Exminister Flores Magon hatte als inoffizieller Vertreter Guertias Konferenzen mit dem amerikanischen Sondergesandten Lind. Das Ergebnis wird von gutunterrichteter Seite als befriedigend bezeichnet, aber noch geheimgehalten. Die Gerüchte, daß Guertia abhandeln werde, werden dementiert. General Villa befindet sich auf dem Vormarsch gegen Torreón.

**Abreise der Deutschen.** New York, 20. Jan. Nach einer Meldung der „Tribune“ hat der deutsche Konsul Becker in Querey die Deutschen aufgefordert, ihre Abreise vorzubereiten.

### Mittelamerika.

**Eine Niederlage der Regierung in Haiti.** Kap Haitien, 20. Jan. Die Regierungstruppen sind nahe bei der Hauptstadt entscheidend geschlagen worden und in Unordnung geflohen. Der Kriegsminister hat auf einem Dampfer Zuflucht gesucht. (Vergl. „Letzte Drahtberichte“.)

### Südafrika.

**Keine Wiederaufnahme der Arbeit in den Gruben.** Johannesburg, 20. Jan. Der Generalsekretär des südafrikanischen Bergarbeiterverbandes erklärte in einem Interview, daß die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes nicht zur Arbeit zurückkehren könnten, bis die Regierung das Kriegsrecht aufgehoben habe oder der Bergarbeiterverband oder der Gewerkschaftsverband ihren durch die Abstimmung gefaßten Streikbeschluß zurückgenommen hätten.

**Demobilisierung.** Pretoria, 20. Jan. Eine Proklamation ordnete die unverzügliche Demobilisierung einzelner Truppenteile in Pretoria, Johannesburg und Durban an. Gleichzeitig wurde verfügt, daß am 23. Januar in Natal und dem Rand einzelne Truppenteile demobilisieren.

**Der Eisenbahnverkehr normal.** Johannesburg, 20. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Die Lage im Eisenbahnbetrieb ist fast überall im Lande normal.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

#### Der Raubmord in der Jahnstraße.

Die angestrengte Verfolgung zur Ermittlung des Raubmörders hat ein definitives Ergebnis bisher nicht gehabt. Die Verfolgung wird dadurch sehr erschwert, daß über Namen und die Personalien des Täters nur recht wenig Anhaltspunkte vorhanden sind. Wie wir schon mitteilten, wurde gestern vormittag ein Mensch in Worms verhaftet, der als Täter in Betracht zu kommen schien. Noch im Laufe des gestrigen Tags wurde er nach Wiesbaden übergeführt. Hier ergab jedoch die Gegenüberstellung mit Personen, welche mit Müller in Verührung gekommen waren, die Haltlosigkeit des Verdachts. Ganz unschuldig, wenigstens in anderer Beziehung, scheint aber dieser Mensch, der sich Bohrmann nannte, aus Thale am Harz stammen wollte und als einziger Reiseeffekten einen Wiesbadener Pappkarton mit einem schmutzigen Krug und einem alten Strohhut bei sich führte, nicht zu sein. Er hatte keinerlei Ausweispapiere und die angestellten Ermittlungen ergaben die Unrichtigkeit seiner Angaben. Einstweilen wurde er darum wieder nach Worms zurück in Polizeigewahrsam gebracht. Weitere Verhaftungen sind noch nicht erfolgt.

Die Ausföhrung der Staatsanwaltschaft, welche auf die Ermittlung des Täters 500 M. Belohnung aussetzt, verzeichnet zunächst die Tatsache, daß am 10. d. M., vormittags gegen 10 Uhr, in ihrer Wohnung, Jahnstraße 5, B., die 51 Jahre alte Ehefrau Elisabeth Schweiger, geb. Schulz, von einem am 11. d. M. dort eingezogenen Zimmermieter ermordet und dann mit einem Wandschaber an Bettposten aufgehängt und des in ihrer Kleidertasche befindlichen Geldes beraubt wurde. Das Ergebnis der weiteren Untersuchung, so weit es noch nicht bekanntgegeben wurde, lassen wir hier noch folgen. Die gerichtliche Leichenschauung hat ergeben, daß der Täter die Frau am Hals gewürgt und ihr erhebliche innere sowie äußere Verletzungen beibrachte. Verletzungen mit einem Messer oder Beil wurden dagegen nicht festgestellt. Da an der Kaje, am Mund und an den Händen sowie auf dem Fußboden sich Blut befand, so ist wohl anzunehmen, daß der Täter seine Kleider, und wohl hauptsächlich an den Ärmeln, mit Blut besetzt hat. Der Zimmermieter nannte sich der Frau Schweiger gegenüber bekanntlich Karl Müller und gab an, Drechsler zu sein. Nach den von ihm zurückgelassenen Arbeitskleidern ist zu schließen, daß er wohl Holzarbeiter — vielleicht Schreiner — ist. In einem zurückgelassenen schmutzigen weisseleinenem Hemd befinden sich unter dem Brustknopf die eingenähten roten lateinischen Buchstaben H. K. In einem schmutzigen weisseleinenen Taschentuch ist der Buchstabe J als Monogramm eingestickt. Der Täter hat zurückgelassen: 1 Holzliste, 43 Zentimeter lang, 28 Zentimeter breit und 20 Zentimeter hoch, welche mit grauem Papppapier umhüllt war; 1 neuen braunen Pappkarton mit der eingepreßten Firma „Gettlinge O. S. Herren“, Jünglings- und Knabenkleidung, Köln, Schildergasse Nr. 38, 40 und 42“; 2 Heftlagen des Kölner Stadtanzeigers vom 7. Januar 1914, Nr. 9, Abend-Ausgabe; 1 Zeitung „Der deutsche Arbeitsmarkt“, Nr. 4, vom 11. Januar 1912, Essen a. R.; 1 Papiersack mit dem Firmen- ausdruck „Wam Schäffner, Düsseldorf, Corneliusstraße 80“; 1 weisses Taschentuch mit roten Streifen ohne Zeichen; 5 farbige (rote) Taschentücher ohne Zeichen; 1 blau- und weißgestreiften leinenen Arbeitsmittel, Größe 52, noch nicht gewaschen; 1 blau- und weißgestreiften leinenen Arbeitsmittel, schon gewaschen, ohne Größennummer; 1 blaue leinene Arbeitsstrümpfe, an welcher sich Leimflecken befinden; 1 Gummihandschuhe, Nr. 37, 14½; 1 Gummistiefellegel, Größe 39; 1 Chemisett aus schwarzem Satin mit abgestepften Bruststücken und Halskragen; 1 graubraunen abgetragenen mittelschweren Abergieker mit dunklen Längsstreifen, schwarzem Futter und braunen Hornknöpfen. Der angebliche Müller hat Verkehr mit einer Frauensperson unterhalten, welche ihn am Dienstag, den 13. d. M., vormittags, in seinem Logis aufgesucht hat. Der Logisgeberin hat derselbe erklärt, daß dieses seine Schwester ist, welche hier in der Schulgasse als Näherin wohne und von Mannheim gekommen sei. Derselbe habe Angst in ihrem Logis, er wolle daher die kommende Nacht bei ihr schlafen. Es wurde festgestellt, daß Müller mit der Frauensperson in der Nacht vom 13. zum 14. d. M. in einem Gasthaus am Mauritiusplatz in einem Zimmer logiert und sich dort als „Paul Müller, Schreiner, aus Erfeld mit Frau“ in den Fremdenzettel eingeschrieben hat.

— **Kochbrunnenanlage und Kranzplatz.** Der Stadterordneten-Versammlung wird am Freitag ein Projekt für die Umgestaltung des Kochbrunnenengangs am Kranzplatz vorgelegt werden. Unsere Leser erinnern sich noch des Bierbrauerischen Projekts, das ein Pflanzplätzchen mit einem von der Hygienegruppe geschmückten Brunnen für den Kranzplatz vorsah. Das Projekt ist bei seiner Verknüpfung recht günstig beurteilt worden. Kurz vorher hatte auch die städtische Gartenverwaltung ein Projekt für die Um-

gestaltung des Kranzplatzes ausgearbeitet und dem Magistrat vorgelegt, das sich — abgesehen von dem Brunnen — im großen und ganzen mit dem des Herrn Bierbrauer deckte. Das vor die Stadterordneten-Versammlung gelangende Projekt bezog sich vor allen Dingen die Herstellung eines schönen, breiten Eingangs zu den Kochbrunnenanlagen vom Kranzplatz aus. Die Anlagen werden etwas in den Platz der alten Kofe hineingerückt; d. h. der Platz wird verkleinert. Ein hübsches Gitterwerk wird ihn von den Anlagen trennen. Kletterblumen werden diesen Abschluß des Kranzplatzes wesentlich freundlicher gestalten. Der Platz selbst bleibt von gärtnerischen Anlagen frei. Die Aufstellung von Bänken ist jedoch vorgesehen. Die Veränderungen innerhalb der Kochbrunnenanlage beschränken sich auf den bis zum Musikpavillon reichenden Teil; der links der Taunusstraße liegende Teil der Anlagen bleibt unverändert. Die geplanten Veränderungen sind indessen nur als ein Provisorium zu betrachten, für das möglichst geringe Mittel aufzuwenden werden sollen. Endgültig läßt sich die Frage der Neugestaltung der Kochbrunnenanlagen erst dann erledigen, wenn ein Beschluß über die baulichen Veränderungen vorliegt.

— **Das Festmahl am Geburtstag des Kaisers,** Dienstag, den 27. Januar, findet, wie im vorigen Jahre, wieder im großen Konzertsaal des Kurhauses statt. Die Festrede wird Oberst z. D. Kott halten. Das Besetzen der Plätze kann am 27., von 12 Uhr mittags ab, erfolgen.

— **Ständchen.** Gestern nachmittags 4 Uhr brachte die Kapelle des Füsilier-Regiments v. Gersdorff (Kurhess.) Nr. 80 dem Kommandeur des hiesigen Bezirkskommandos, Oberst z. D. Kott, anlässlich seines vorgestrigen Geburtstags vor seiner Wohnung in der Schäferstraße 2 zu Wiesbadener ein Ständchen.

— **Hohes Alter.** Am 23. Januar er. begehrt Frau Sophie Oskemacher, Adlerstraße 61, den 80. Geburtstag. Dieselbe hat bis zum 74. Lebensjahr sich ihren Lebensunterhalt durch Bäckerei verdient; auch ist sie noch heutigentags Abonnentin des „Wiesbadener Tagblatts“.

— **Bezirksausföhr.** Dem Rentner Jerich v. Knopp in Larporey ist polizeilicherseits der Baubescheid für zwei an der Theoboden-, resp. Juliusstraße geplante Neubauten um bewilligt erteilt worden, weil es sich dabei um noch nicht fertiggestellte Strafen im Sinne der Bauordnung handelte. U. a. soll an der Juliusstraße vor zwei noch unbauten Grundstücken der Bürgersteig noch nicht hergestellt sein, obwohl die Strafen schon im Jahre 1907 bezahlt sind. Es ist Klage auf Aufhebung des Bescheides des Polizeipräsidenten und auf nachträgliche Erteilung der Baubaubescheid angehängt. Der Prozeß ist ausständig. Voreerst wurde der Termin vertagt. — Rentner Ludwig v. Knopp zu Wiesbaden klagt wider den Magistrat wegen seiner Heranziehung zur Gemeinde-Einkommensteuer für 1911. Die Anforderung beläuft sich auf 288 M., der Kläger jedoch steht auf dem Standpunkt, daß das ganze Einkommen aus seinem Gewerbebetrieb in England, welchen er mit einer halben Million angibt, außer acht zu bleiben habe. Einem Vorbescheid des Bezirksausföhrers gemäß ist die Anforderung auf 2700 M. herabgesetzt worden. Damit ist die Stadt nicht zufrieden. Das Urteil wird den Parteien zugestellt. — Das Hotel und Automat „Reichshof“, G. m. b. H., in Wiesbaden ist ungenügend mit der Heranziehung zur Kanalbenutzungsgebühr, weil diese Gesellschaft erst unterm 9. April v. J. durch ihren Eintrag ins Handelsregister zustande gekommen sei und daher für die Zeit vorher die Abgabe nicht erhoben werden könne. Auf ihre Klage wird die Freistellung vom 1. August 1912 bis 9. April 1913 angeordnet. — Die Firma Lauesen und Heberlein in Wiesbaden betreibt ihr Geschäft hier in Wiesbaden und in Diebrich. Von ihrem gesamten Einkommen mit 27912 M. hat sie 336 M. Gewerbesteuer zu entrichten, wovon bisher 190 M. auf Wiesbaden, 146 M. auf Diebrich entfallen sind. Damit ist Diebrich nicht zufrieden. Auf Grund seiner eigenen Steuerordnung beansprucht es das Recht der Besteuerung von 2262 M. Einkommen. Die Firma hat demgemäß wider den Magistrat in Wiesbaden eine Klage angehängt. Der Bezirksausföhrer schloß sich der Auffassung des Magistrats von Wiesbaden an und wies die Klage ab.

— **Deutschlands Wehrmacht und der Wehrverein.** Die Zahl der Anhänger des „Wehrvereins“ scheint in Wiesbaden nicht sonderlich groß zu sein; ein von der hiesigen Ortsgruppe für gestern Abend im Probefaal der „Bartburg“ veranstalteter Vortragabend wies nur eine bescheidene Besetzung auf. Oberleutnant a. D. v. Lohse (Berlin) sprach über das als Überschrift gegebene Thema und beschäftigte sich dabei neben den üblichen Propaganda-ausföhrungen in der Hauptsache mit der Abfertigung der Gegner des „Wehrvereins“. Hierbei waren es besonders die antimilitaristischen Bestrebungen der Sozialdemokratie, deren schärfste Bekämpfung eine der ersten Aufgaben des „Wehrvereins“ sei. Bezüglich der Lebensfähigkeit und Lebensnotwendigkeit des „Wehrvereins“ bemerkte der Redner, daß der „Wehrverein“ diese Eigenschaften bereits bewiesen habe, bevor die Wehrvorlage unter Dach und Fach gekommen sei. In politischer Beziehung wurden der Orient und Japan gestreift. Beim Orient, der in den letzten 50 Jahren so oft der Ausgangspunkt politischer Komplikationen und kriegerischer Verwicklungen war, empfahl Herr v. Trotha im Hinblick auf die Mission des Generals Liman v. Sanders und die Schwierigkeiten, die ihr gemacht werden, um bei der Reorganisation der türkischen Armee einen direkten Einfluß auf die Truppe zu gewinnen, besondere Aufmerksamkeit. Zabeern hat natürlich eine dem „Wehrverein“ zugehörige Erledigung gefunden. Der Redner wiederholte dabei den in der letzten Zeit oft zitierten Satz von den Pflichten, welche den Rechten vorausgesetzt werden müssen, und bezeichneter die reichsständische Bevölkerung aus eigener Erfahrung als unliebenswürdig. Das Meer sei der beste Erziehungsfaktor des deutschen Volkes. In diesem Sinne sei die jüngste Heeresvermehrung noch ganz besonders zu begrüßen. Im allgemeinen aber sprach der Redner mit einer Mäßigung, die sich wohlthuend abhob von den Ausführungen des Generals v. Brochem, eines der Äufer zum Preußenbund, gelegentlich der Gründung der hiesigen Ortsgruppe. Manches von dem, was er sagte, wird auch von den Leuten vertreten und unterstrichen, welche die Daseinsberechtigung des „Wehrvereins“ anzweifeln. Die Ausföhrungen wurden beifällig aufgenommen. Eine Ansprache nach dem Vortrag bot Gelegenheit zur weiteren Erörterung des Themas.

— **Geistesgestört.** Der früher hier in der Kapellenstraße wohnende ehemalige Arzt Weisbrod, der kürzlich wegen schwerer Kurzsichtigkeit und Amsuppel in Frankfurt a. M. verhaftet wurde, mußte gestern der Irrenanstalt zugeführt werden.

— **Die Untersuchung gegen die Beamtenfrauen M. und S.** wegen der in Darmstadt, Frankfurt, Mainz und Wiesbaden verübten Juweliendiebstähle ist bis heute noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Untersuchung wird durch die hiesigen Beamtenfrauen M. und S. fortgesetzt. Die Beamtenfrauen M. und S. sind in Wiesbaden verhaftet worden. Die Untersuchung wird durch die hiesigen Beamtenfrauen M. und S. fortgesetzt. Die Beamtenfrauen M. und S. sind in Wiesbaden verhaftet worden.

— **Die Untersuchung gegen die Beamtenfrauen M. und S.** wegen der in Darmstadt, Frankfurt, Mainz und Wiesbaden verübten Juweliendiebstähle ist bis heute noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Untersuchung wird durch die hiesigen Beamtenfrauen M. und S. fortgesetzt. Die Beamtenfrauen M. und S. sind in Wiesbaden verhaftet worden.

schlug gelangt, doch hofft man, dieselbe derart fördern zu können, daß binnen 14 Tagen die Anklageerhebung erfolgt sein kann. Wie wir hören, legte die Angeklagte M. ein reuenvolles Geständnis ab, während die A. jede Beschuldigung in Abrede stellt. Ob die Anklageerhebung lediglich gegen die beiden Frauen erfolgt oder ob auch noch andere in dieselbe eingezogen werden, steht noch nicht fest.

**Auszeichnungen für Dienstboten und Hebammen.** Im Jahre 1913 wurden von der Kaiserin an weibliche Dienstboten für 40jährige Dienstzeit in derselben Familie 277 goldene Dienstbotenkreuze nebst von ihr vollzogenen Diplomen verliehen, davon in Hesse-Rhassau 11. Von der Kaiserin wurden ferner im verfloffenen Jahre an Hebammen nach 40jähriger Tätigkeit in ihrem Beruf 199 goldene Brotscheiben verliehen, davon in Hesse-Rhassau 20.

**Gaswangel in der kalten Jahreszeit** ist in der Regel auf Verstopfung der Zuleitung durch Naphthalin zurückzuführen. Falls nicht einzelne Brenner, sondern sämtliche Gaslampen in der Wohnung mangelhaft brennen, ist sofort die städtische Gaswerkverwaltung zu benachrichtigen, die derartige Störungen unentgeltlich beseitigt.

**Staats- und Gemeindesteuer.** Die Einzahlung der 4. Rate ist im Rathaus, Zimmer 17 (weiße Zettel) für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben E am 23. und 24. Januar; Zimmer 16 (grüne Zettel) für die Straßen mit dem Anfangsbuchstaben P und Q am 22. und 23. Januar zu bewirken.

**Immobilien-Versteigerung.** Montag wurde vor dem hiesigen Amtsgericht ein Ader an der Karstraße einer Versteigerung ausgesetzt. Das Immobilien war geschätzt feldgerichtlich zu 22 500 M., von der Steuerbehörde zu 20 200 M. Mit Hypotheken ist es belastet mit 58 000 M. (1), die Fläche mißt 11 Ar 28 Quadratmeter. Das Höchstgebot legte ein Bankdirektor Hermann Becker für die Wiesbadener Immobilien-Erwerbs- und Verwertungs-Gesellschaft, G. m. b. H., in Berlin mit 11 150 M. Die Gesellschaft ist selbst Hypothekengläubigerin mit 10 000 M. Rechte bleiben nicht bestehen. Für die Zuschlagserteilung steht Termin auf den 2. Febr. an.

**Ein frecher Überfall** wurde am Montagabend gegen 7 Uhr auf ein aus Wiesbaden zugereistes Dienstmädchen in Darmstadt begangen. Das Mädchen war auf der Suche nach einer Stelle und nach den Kaufereien im Begriff, sich in einer Wirtschaft etwas zu stärken. Sie prüfte vorher nochmals den Inhalt ihrer Tasche auf der Straße, ehe sie in das Lokal eintreten wollte, und hatte gerade ein Künsmarktstück in der Hand, als ihr von unbekannter Seite plötzlich das Geld aus den Fingern gerissen wurde. Ehe das verblüffte Mädchen zu sich kam und dem davonlaufenden Dieb nachsehen konnte, war der freche Räuber verschwunden. Das Mädchen glaubt, daß der Täter ein älterer Arbeiter sei.

**Benzinvergiftung.** Heute mittag wurde in der Beckenstraße der Chauffeur Johann Viel aus der Lehrstraße betäubungslos in seinem Automobil aufgefunden. Er war infolge einer Benzinvergiftung bewußtlos geworden und wurde von der Sanitätswache mittels des Sauerstoffapparats wieder ins Leben gerufen.

**Personal-Nachrichten.** Der Regierungsdirektor Freiherr von Ronge ist vom 18. Januar d. J. ab dem Landratsamt des Unterlahnkreises in Diez zur Hilfestellung in den landrätlichen Dienstgeschäften überwiesen. — Der Regierungsbureauadjuvant Georg Geibel ist unter endgültiger Übertragung der bisher kommissarisch verwalteten Kreissekretärstelle beim Landratsamt des Obermerwilerkreises zum 1. Februar d. J. zum königlichen Kreissekretär ernannt worden. — Dem Vorstand des königlichen Polizeibeamtens II, Regierungsbureauadjuvant Krumann, ist der Charakter als Baurat mit dem persönlichen Range der Räte 4. Klasse verliehen worden.

**Rathaus.** Für morgen Donnerstag hat die Kurverwaltung ab 7 Uhr abends Sinfonie auf dem Kurhausweiser verbunden mit Konzert und Illumination, angelehnt. Eingang nur durch Hauptportal und Gartenort an der Paulinenstraße. Der Kurgarten bleibt von 6 Uhr ab für den Passantenverkehr gesperrt.

**Kleine Notizen.** Auf den heute abend 9 Uhr in der „Walburg“ stattfindenden Erörterungsabend des „Kaufmännischen Vereins“ sei hierdurch nochmals aufmerksam gemacht.

**Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verdammtes.**

**Kurhaus.** Die Solistin des 9. Zuluskonzertes, die Marie virtuosa Alice Ripper, wird das Klavierkonzert in G-Moll von Chopin sowie Ungarische Blümenweisen von S. Renter spielen.

**Vorträge.** Der zweite Volksvortrag von Professor Dr. Herzheimer findet nächsten Freitag im Ratsbüchsen Realgymnasium statt. Er wird von dem Blute des kranken Menschen handeln.

Die nächste wissenschaftliche Abendunterhaltung des „Rassauischen Vereins für Naturkunde“ findet morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Ratsbüchsen statt. Den Vortrag hat Dr. L. Weinhut übernommen. Gäste sind willkommen.

**Aus dem Landkreis Wiesbaden.**

**hw. Schierstein, 20. Jan.** Die Eisenbahn auf dem Hofen wird tagtäglich von zahlreichen Schlittschuhläufern benutzt. Der Fremdenverkehr hat erheblich zugenommen. — Gestern abend fand im Rathaus eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Vom Gemeinderat und der Gemeindevertretung waren 12 Mitglieder anwesend. Den Vorsitz führte Bürgermeister Schmidt. Zunächst lag vor die Festsetzung der Gemeindevorrechnung für das Rechnungsjahr 1912 und Bericht-erstellung der Rechnungsprüfungskommission. Diese hat noch eingehender Prüfung besondere Beanstandungen nicht gefunden und man setzte die Rechnung fest mit einer Ist-Einnahme von 234 032 M. 74 Pf., Ist-Ausgabe von 233 548 M. 19 Pf., mithin Mehreinnahme von 484 M. 55 Pf. Die Ausgabe der Rechnung erfolgt im Geschäftszimmer des Bürgermeisters. Bei der am 15. d. M. stattgefundenen Holzversteigerung wurde ein Erlös von 2787 M. 80 Pf. erzielt. In Anbetracht der angemessenen Preise erfolgte Genehmigung der Versteigerung. Nach einer Mitteilung der Kreisbauinspektion wird am 1. April d. J. an der hiesigen Volksschule die Anstellung einer zweiten technischen Lehrerin nötig werden. Da die Anstellung als eine unbedingt notwendige erachtet wird, beschloß die Versammlung, eine zweite weibliche Lehrkraft einzustellen. Inwieweit Ausführung der Kanalisationsarbeiten in der oberen Dohheimer Straße lagen drei Angebote vor. Es fordern bei Verwendung von Dohderhoff und Widmannsche Köhler Eward Wehnert 8766 M. 12 Pf., Graf, Bird 2. 8929 M. 43 Pf. und Koffel u. Spitz 8065 M. 82 Pf. Die Arbeiten wurden dem Mindestfordernden Ed. Wehnert übertragen. Dem Gesüßelzuchtverein wurde auf sein Gesuch hin zu seiner demnächst stattfindenden Ausstellung der Betrag von 20 M. bewilligt. Infolge Inkrafttretens der Reichsversicherungsordnung unterliegen Lehrpersonen an Volksschulen mit unter 2500 M. Einkommen der Versicherungsspflicht. Eine Befreiung erfolgt nur dann, wenn

durch Beschluß der Gemeindevertretung im Krankheitsfall ein Anspruch auf Gehalt oder auch auf Krankenhilfe auf die Dauer von mindestens 26 Wochen zugesichert wird. Ein dementsprechender Beschluß wurde gefaßt. — Dem Former Dr. Habach, beschäftigt bei der „Rheinhütte, G. m. b. H.“, in Biebrich, wurde das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

**z. Vierstadt, 20. Jan.** Der Gemeinderat genehmigte die letzte Holzversteigerung, welche einen Ertrag von 3568 M. erbrachte hatte. Die Baugefuche der Herren Christian Seulberger S. und Wilhelm Weber wurden genehmigt. Einem Gesuch des „Krieger- und Militärvereins“ um Befreiung von der Lustbarkeitssteuer gelegentlich der Kaisergeburtstagsfeier wurde stattgegeben. Dem „Gesüßel- und Kaninchenzüchterverein“ wird zur Beschaffung von Nistkästchen ein Zuschuß von 40 M. bewilligt. — Die Holzversteigerung am gestrigen Tage, bei welcher weit über 400 Raummeter buchedes Scheit- und Knüppelholz verkauft wurden, hatte einen guten Erlös zu verzeichnen. Buchenes Scheitholz wurde mit 28 bis 32 M. das Klotter bezahlt. Auch 8000 Wellen erzielten einen annehmbaren Preis. — Diefige Ziegenzüchter beschloßen die Gründung eines „Ziegenzüchtervereins“. In den provisorischen Vorstand sind die drei Herren Heinrich Rieth, Christian Rupp und Peter Müller gewählt worden. Am Freitagabend wird im Gasthaus „Zur Krone“ eine Versammlung stattfinden, zu welcher alle Ziegenbesitzer eingeladen werden.

**Nassauische Nachrichten.**

**m. Weisenheim, 20. Jan.** Die hier abgehaltene Stadtverordneten-Versammlung beschloß, an die Verfasser der Pläne für die Rheinanlagen, vier Schüler der Königl. Wein- und Obstbauschule in Weisenheim, als Anerkennung für ihre Leistungen den Betrag von 100 M. auszugeben. — Die Stadtverordneten-Versammlung faßte den Beschluß, den in der nächsten Zeit freierwerbenden Bürgermeisterposten unverzüglich auszufüllen. Als Gehalt wurden von der Versammlung im 1. bis 3. Dienstjahr 4500 M., 4. bis 6. 5000 M., 7. bis 9. 5500 M. und 10. bis 12. 6000 M. festgesetzt. Es sind dies 1000 M. mehr, als der jetzige Bürgermeister bezogen hat. — In nichtöffentlicher Sitzung wurde wieder einmal über die Prozeßsache mit dem Rheingau-Elektrizitätswerk verhandelt. Zur Beratung lag der Vergleichsvorschlag des Werkes vor. Der Beschluß wird vorläufig geheimgehalten. Bekanntlich ist von dem Werk die Stadt zur Zahlung von rund 50 000 M. verurteilt worden.

**ht. Falkenstein, 20. Jan.** Auf dem Weg nach Cronberg wurde der Lehzer Reinhardt von einem Koboldschitten umgerannt. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und wurde in bewußtlosem Zustand seiner Wohnung zugeführt. Die rücksichtslosen Kobold entkamen unerkannt.

**Aus der Umgebung.**

**Oppf verzichtet auf die Revision.**  
**w. Frankfurt a. M., 21. Jan.** Der Giftmörder Gopp hat gestern nach einer Unterredung mit seinem Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Singheimer, vorläufig auf eine Berufung gegen sein Todesurteil verzichtet. Die endgültige Frist läuft am Samstag ab.

**Im Raineis verschwunden.**  
**w. Frankfurt a. M., 21. Jan.** Der Raineis, der seither mit Treibeis ging, hat sich, nachdem die Schollen zum Stillstand kamen, mit einer leichten Eisdede bedeckt. Gestern nachmittag wagten sich nun mehrere Knaben auf das Raineis am Müllermain. Hierbei brach der 13jährige Sohn eines Schuhwarenhandlers an der Brückenstraße ein und verschwand zwischen den Eisschollen, ohne daß ihm irgend welche Hilfe gebracht werden konnte.

**Gerichtssaal.**

**w. Der Krankenversicherungsschwindel der Gebrüder Scholten.** Frankfurt a. M., 21. Jan. Vor dem Schwurgericht begann heute die Verhandlung gegen die Brüder Hugo und Kuno Scholten wegen Krankenversicherungsschwindel. Die beiden Brüder hatten in den letzten Jahren verschiedene Krankenkassen gegründet, darunter auch die Süddeutsche Versicherungsanstalt in Frankfurt a. M., die Mittelrheinische Versicherungsanstalt in Wiesbaden, die Royal-Renten- und Versicherungsanstalt in Darmstadt. Die Gründung erfolgte, um sich selbst zu bereichern. Die Mitglieder erhielten in den seltensten Fällen Krankenunterstützung, denn alle Mitglieder wurden von dem Vorstand der Gesellschaft, d. h. von den beiden angeklagten Brüdern, im Erkenntnisfall einem Krankenhaus zugewiesen und wenn die Mitglieder dann nicht ins Krankenhaus gingen, verloren sie alle Ansprüche an die Kasse.

**Sport und Spiel.**

**sr. Die Meisterschaft von Norwegen im Eisschnelllaufen** kam in Christiania bei Lauswetter zur Entscheidung. Sieger blieb in Anwesenheit des Weltmeisters Oskar Rasthies, der auch die norwegische Meisterschaft zu verteidigen hatte, Saetherhaug, der St. Johannesen und Stom Skjag.

**Neues aus aller Welt.**

**Begnadigung eines nach Sibirien verbannten Deutschen.** Magarabowa, 20. Jan. Aus Sibirien wurde jetzt der deutsche Bandit Sperling entlassen, der im Jahre 1910 in Wladiwostok wegen Spionage zu langjähriger Verbannung nach Sibirien verurteilt worden war. Auf Betreiben seiner Angehörigen ist Sperling von Jaren begnadigt und bereits in seine deutsche Heimat zurückgekehrt; es sind ihm fünf Jahre geschenkt worden. Er hat sich aber unter seinem Eide verpflichtet, müssen nie wieder russisches Gebiet zu betreten.

**Brand in der Singerfabrik in Karlsruhe.** Karlsruhe, 20. Jan. Gestern abend gegen 10 Uhr brach in der Elevatoranlage des Stofpeichers der Singer-Gesellschaft durch Selbstentzündung Feuer aus, das durch die Fabrikfeuerwehr nach einiger Zeit gelöscht werden konnte. Die die Direktion der Gesellschaft mittel, erleidet der Betrieb keine Unterbrechung. Der Schaden soll nicht erheblich sein.

**Großfeuer im Duisburger Hafen.** Essen, 21. Jan. In dem Holzlager der Firma Röhmann am Kanalhafen von Duisburg ist gestern abend 1/10 Uhr Großfeuer entstanden, das in kurzer Zeit auf die benachbarten Holz-, Leer- und Holzlager übergriff. Die Feuerwehre ist mobillos. Der Schaden unermessbar.

**Neues sämmeres Erbeben.** Laibach, 20. Jan. Heute mittag versetzten die Instrumente ein katastrophales Fernbeben. Beginn 1 Uhr 12 Min. 12 Sek. Einbruch der zweiten Vorläufer 1 Uhr 21 Min. Maximum um 1 Uhr 48 Min. 37 Sek. Ende der Aufzeichnung nach 4 Uhr nachmittags. Die mittlere Bodenbewegung in Laibach betrug sechs Sechshundert Mikrometer. Die Herdbreite war bei 9000 Kilometer nörd-

als jene vom 12. Januar. Gegen 7 Uhr 47 Min. abends erfolgte, ausgelöst durch die Ausläufer des Fernbebens, eine Raschen-Aufzeichnung. Die Entfernung betrug 50 Kilometer.

**Unter glühenden Schladen verbrannt.** Kattowitz, 20. Jan. Auf der Schlackenbank der Bernhardsbütte legte sich ein junger Arbeiter in Unkenntnis der Gefahr, wie ihm drohte, zur Ruhe nieder und war bald eingeschlofen. Am anderen Morgen fand man seine halbverbräute Leiche auf.

**Ein neuer Fall von Blattern in Wien.** Wien, 20. Jan. Hier ist jetzt ein dritter Fall von echten Blattern konstatiert. Es handelt sich um das 6jährige Töchterchen des bereits an Blattern erkrankten Bäckergesellen Holler.

**Kampf zwischen Ausbrochern und Gefängniswärtern.** New York, 20. Jan. Bei einem Kampf zwischen Ausbrochern und Gefängniswärtern im Staatsgefängnis in Alister in Staate Oklahoma wurden sieben Gefangene getötet. Drei Gefangene verletzten auszubringen. Sie hatten sich Gewehre beschafft. Der Totwächter bemerkte aber die Ausbrocher und schoß sie nieder.

**Feuer im Schiff! Leben (Hiffelbire).** 20. Jan. Heute früh brach auf dem deutschen Dampfer „Venus“ aus Flensburg Feuer aus, während das Schiff Koblen einnahm. Es waren bereits 1200 Tonnen Koblen an Bord. Alle Bemühungen, das Feuer zu löschen, waren vergebens. Es wird befürchtet, daß das Schiff unter Wasser gesetzt werden muß.

**Madrid in Winterst. Madrid, 20. Jan.** Infolge der anhaltenden Winterstrenge macht die Stadt den Eindruck einer belagerten Festung. Außerhalb sieht man verlassen Fabrikwerke, deren Zugtiere nach einem Fall oder Knochenbruch getötet werden mußten. Die Lebensmittel werden immer spärlicher. Die Preise steigen enorm. Die Theater sind geschlossen.

**Die Vulkankatastrophe in Japan.** Tokio, 20. Jan. 300 Flüchtlinge wurden bei Nagojima durch einen Infolat des Lebens entstandenen Erdruß in eine tiefe Schlucht geschüttelt. Etwa 100 konnten noch lebend ausgegraben werden. Der Naturafkimo-Vulkan ist noch immer in Tätigkeit.

**Letzte Drahtberichte.**

**Genugung für die Bayern gegen die Angriffe des Preußenbundes.**

**BB. München, 21. Jan.** (Eig. Drahtbericht) Wie in bayerischen Regierungskreisen verlautet, wird im Reichstag, und zwar von Seiten des Reichskanzlers und des Kriegeminister v. Falkenhayn, zu den Angriffen des Preußenbundes auf die bayerische Armee Stellung genommen werden. Durch Hervorhebung der Taten der bayerischen Armee in dem Feldzug 1870/71 und der treuen Bundesfreundschaft Bayerns will man Bayern eine gewisse Genugung verschaffen. Infolgedessen werden alle weiteren Schritte der bayerischen Regierung gegen die Verunglimpfung der bayerischen Armee seitens der „wahrhaft preußischen Leute“ vorläufig unterbleiben.

**Herr v. Oldenburg-Januschau, der Gütteste der Preußen.**

**S. Thorn (Westpreußen), 21. Jan.** (Eig. Drahtbericht) Die Vereinigung der konservativen Westpreußen hielt gestern in Thorn eine öffentliche Versammlung ab, in der auch der Kammerherr v. Oldenburg-Januschau über die politische Lage sprach. Er führte u. a. aus, daß er immer jeden Morgen Gott gedankt habe, daß er aus dem Parlament heraus sei. Als er dann aber in den Zeitungen die Zobernaffäre gelesen hatte, habe er förmlich danach „gehubbelt“, wieder im Reichstag zu sein, und er habe sich gesagt: „Schade, daß du nicht sagen kannst, was du auf dem Herzen hast.“ Dies ist zwar auch von konservativer Seite geschehen, aber nicht mit der nötigen Rücksichtslosigkeit. Wenn die Etsch-Lothringer das Militär mit Dreck bewerfen, so verdienen sie, daß ihnen die Hosen stramm gezogen würden. Er sei überzeugt, daß so etwas nicht passiert wäre, wenn in Etsch-Lothringen preussische Landräte und preussische Regierungspräsidenten an der Spitze der Zivilbehörde gestanden hätten. Er habe oft im Reichstag hervorgehoben, daß Trommel und Kruckstod die großen Kulturträger Preußens gewesen seien. Das Nixtraumendotium habe er für einen Mist; der Reichstag sei das Parlament der Geldsäcke. Zur Wahlreform erklärte Herr v. Oldenburg-Januschau, er befürchte, daß die Regierung schon im nächsten Jahre damit kommen werde, und er halte es für einen taktischen Fehler, daß sein Freund v. Seydewitz in seiner letzten Reichstagsrede gesagt habe, das jetzige Wahlrecht sei zwar in einzelnen Punkten änderungsbedürftig, aber es habe ja noch Zeit damit.

**Zur Beamtenbesoldungsfrage.**

**S. Berlin, 21. Jan.** (Eig. Drahtbericht) Das Haus der Abgeordneten hat bekanntlich beschlossen, sämtliche Beamtenbesoldungsfragen nicht bei dem Etat zu verhandeln, sondern zurückzustellen und in Verbindung mit der demnächst zu erwartenden Novelle zum Beamtenbesoldungsgesetz zu beraten. Dieser Beschluß ist im Interesse der Beamenschaft auf das lebhafteste zu begrüßen. Man erinnert sich daran, daß schon früher vom Abgeordnetenhaus Beschlüsse auf Zurückstellung der Beamtenwünsche und Beratung derselben nach dem Etat gefaßt worden sind und wie schlecht es diesen Wünschen dann ergangen ist. Es ist unabweisbar eine wenig wohlwollende und günstige Erledigung der Beamtenwünsche, wenn sie aus dem organischen Zusammenhang mit dem betreffenden Statistiel herausgerissen und später bei Beratung eines anderen Gesetzes so nebenbei beraten werden, noch dazu eines Gesetzes, das, wie die zu erwartende Novelle, eine ganz beschränkte Anzahl von Beamtenstellen berücksichtigen soll und von einer organischen Durcharbeitung der gesamten Materie völlig absieht. Hier ist später äußerste Vorsicht und Energie von Seiten derjenigen Parteien am Platze, die geneigt sind, die Wünsche der Beamten ernstlich zu prüfen. Wie schon jetzt die Statistatungen liegen, sind Anträge auf früheren Schluß der Debatte auch bei Behandlung dieser Materie mit Sicherheit zu erwarten.

**Die Errichtung eines Reichs-Kolonial-Gerichtshofes.**

**S. Berlin, 21. Jan.** (Eig. Drahtbericht) Die Reichstagskommission für die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes beschloß heute mit einem Antrage des nationalliberalen Dr. Jung. Sein Antrag ging dahin, seinen besondern Kolonialgerichtshof zu gründen, sondern die einschlägige Rechtsprechung einem besonderen Senat des Reichsgerichts zu übertragen. Nach langer Debatte wurde der Antrag zum abgelehnt, worauf die Kommission in die Beratung der einzelnen Paragraphen eintrat. Nach dem Beschluß der Kommission zu Paragraph 1 soll das Gesetz die Bezeichnung „Kolonialgerichtshof“ erhalten. Als Sitz des Gerichtshofes wurde im Paragraphen 2 unter Abänderung der Regierungsvorlage nicht Berlin, sondern Hamburg bestimmt. Ein sozialdemokratischer Antrag betr. Heranziehung von Laienrichtern wurde abgelehnt. Hierauf wurden die Verhandlungen abgebrochen.

Die Inselfrage.

wb. Konstantinopel, 21. Jan. Der Zeitung „Ladmiral“ zufolge befehligen die Griechen seit einigen Tagen Tenedos mit Geschützen und legen vor der Insel See-minen aus und häufen Lebensmittel an.

Kriegsbereitschaftsmaßnahmen?

\* Konstantinopel, 21. Jan. Im hiesigen Kriegsministerium herrscht eine besorgniserregende Tätigkeit. Der Kriegsminister hat den Kommandanten aller Armeebezirke den Befehl erteilt, die Reservetruppen der Jahrgänge 1880 bis 1892 bereit zu halten, damit sie bei einem Konflikt ohne weiteres zur Verfügung stehen.

Türkische Kriegsbereitschaft in Smyrna.

wb. Paris, 21. Jan. Der Konstantinopeler Korrespondent des „Petit Parisien“ will erfahren, daß bei Smyrna große militärische Vorbereitungen getroffen werden, die vermuten lassen, daß die Türkei an einen Handstreich gegen Mtilene und Chios denke. In griechischen Kreisen sei das Gerücht verbreitet gewesen, daß die türkische Flotte sich zum Auslaufen bereit halte. In Wirklichkeit soll jedoch nur der Panzerkreuzer „Rossudie“ unter Dampf stehen. Die griechischen Torpedoboote überwachen die türkischen Gewässer.

Noch ein türkischer Dreadnought.

\* Konstantinopel, 21. Jan. Die türkische Regierung hat bei den Armstrong-Werken den Bau eines neuen Dreadnoughts in Auftrag gegeben. Er wird „Sultan Selim I.“ genannt und früher fertig gestellt sein als der andere bereits gestellte „Medschid Sultan Osman“.

Ein Schritt Italiens zur Räumung der Cyrenaika.

WOB. Konstantinopel, 20. Jan. Der italienische Volschaftr hat bei der Porte neuerdings eine Verbaldeklaration unternommen und die Erfüllung des Laufanner Vertrages hinsichtlich der Zurückziehung der in der Cyrenaika noch befindlichen Truppen verlangt.

Die Weiterreise Benizelos'.

wb. London, 21. Jan. Der griechische Ministerpräsident Benizelos ist gestern Abend hier eingetroffen.

\* Petersburg, 21. Jan. Der griechische Ministerpräsident Benizelos wird am 28. Januar in Petersburg erwartet, von wo aus er sich nach mehrwöchigem Aufenthalt nach Wien und wahrscheinlich auch nach Bukarest und Belgrad begeben wird. Russische eingeschickte Kreise messen der Reise des Ministerpräsidenten in bezug auf die Festigung der Beziehungen zu Griechenland, Serbien, Montenegro und Rumänien große Bedeutung bei.

Der Hofchef des künftigen Fürsten von Albanien.

wb. Neuwied, 21. Jan. Zum Chef der Hofhaltung des Prinzen Wilhelm zu Wied als Fürsten von Albanien wurde der Hauptmann a. D. Thilo v. Trotha ernannt. Herr von Trotha ist 31 Jahre alt, war Hauptmann des Kaiser-Regiments Garde-Grenadier-Regiments und nahm an den Kämpfen zur Niederschlagung des Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika teil.

Spanische Geldpapiere für Marokko.

\* Madrid, 21. Jan. Nach dem jetzt veröffentlichten Budget für 1913 hat Spanien im vergangenen Jahre 107 Millionen Mark für Marokko ausgegeben. Im Ministerrat kam es darüber zu einer äußerst stürmischen Debatte. Es wurde schließlich beschlossen, den Etat für Marokko im kommenden Jahre unter allen Umständen bedeutend zu reduzieren. — Nach aus Marokko hier eingetroffenen Nachrichten sind die Truppen des Raghzen ohne Schwierigkeit in Agadir eingezogen.

Großfeuer im Duisburger Parallelhafen.

wb. Duisburg, 21. Jan. Gestern Abend 9 Uhr brach bei der Expeditionsfirma R. Fiechsmann am Parallelhafen infolge Kurzschlusses Feuer aus, das erst heute früh gelöscht werden konnte. Fünf große Schuppen mit Lagergütern, bestehend aus Zellulose, Mehl, Zeitungspapier, Mineralöl und Holz sind verbrannt. Der Schaden, der auf 300 000 M. geschätzt wird, ist durch Versicherungen gedeckt. Da zwei Schuppen unversehrt blieben, wird der Betrieb der Firma nicht gefährdet.

□ Köln, 21. Jan. (Eig. Drahtbericht) Zu dem Großfeuer im Duisburger Parallelhafen wird noch gemeldet: Der Brand entstand durch Kurzschluß der elektrischen Leitung und sprang infolge des starken Windes in wenigen Minuten auf mehrere Schuppen über, in denen Naphthalin und sonstige brennbare Stoffe lagerten. Schließlich wurden noch drei weitere Schuppen, die mit Papierballen, Kaffee und anderen Kolonialwaren vorräten gefüllt waren, vom Feuer erfaßt. Die Feuerwehr hatte einen schweren Stand. Die Hydranten waren vereist, und als endlich Hilfe geschafft war, fand man weitere Naphthalin- und Dillager in heißen Klammern vor. Das Feuer dauerte bis zum frühen Morgen. Die Schuppen der Fiechsmann, der Luxemburgischen Zementfabrik, die Gebäulichkeiten der Firma Castrianus und von der Gron sind ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden ist sehr groß; eine Firma gibt die Höhe allein auf 1 Million Mark an.

Hungernot in Nord-Mexiko.

R. New York, 21. Jan. Nach einem Telegramm der „New Yorker Tribune“ aus El Paso in Texas herrscht in der Provinz Sinaloa große Hungernot. Hunderte erliegen täglich den Entbehrungen. Viele Mütter töteten aus Verzweiflung ihre Kinder und begingen dann Selbstmord.

w. Darmstadt, 21. Jan. Wie die Erdbebenstation Darmstadt-Zugenheim mitteilt, hat das gestern mittag beobachtete Kernbeben nichts mit dem japanischen Erdbebenherd zu tun. Es fand vielmehr im nördlichen Amerika an der Südküste von Alaska statt.

\* Wien, 21. Jan. Der Erbprinz Franz Joseph ist Weihnachten 20 Jahre alt geworden. Am hiesigen Hof gilt als sicher, daß binnen kurzem die Verlobung des Erbprinzen mit der 17jährigen Erzherzogin Hedwig gefeiert wird.

wb. London, 21. Jan. Der Oberkommissar für Kanada, Lord Strachone, ist heute im 94. Lebensjahre gestorben.

R. Aken, 21. Jan. Der Oberst und ein eingeborener Offizier des 109. indischen Infanterie-Regiments, das gegenwärtig hier stationiert ist, sind heute von einem eingeborenen Soldaten, der zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden war, erschossen worden.

Handelsteil.

Berliner Börse.

§ Berlin, 21. Jan. (Eig. Drahtbericht) Die Börse ließ bei Beginn Entschiedenheit vermissen, doch neigte die Tendenz im allgemeinen nach unten. Die Finanzwelt kann sich noch immer nicht freimachen von den Bedenken hinsichtlich der Inselfrage. Die matteren Wiener Kurse und belagerten Eisenpreismäßigungen lösten Realisationslust aus. Auf dem Montanmarkt, der naturgemäß am meisten davon im Mißleidenschaft gezogen wurde, waren es wieder Hohenloheaktien, die am empfindlichsten davon berührt wurden. Schiffaktien blieben vernachlässigt und waren wie Elektrizitätsaktien meist niedriger. Heimische Banken dagegen von Verkehrswerten profitierten amerikanische Bahnen von der strammten Haltung New Yorks. Auch 3proz. Reichsanleihe gut behauptet. Später setzte sich auf die Steigerung von Bochumer eine kräftigere Stimmung, besonders am Montanmarkt durch. Auch die Schiffahrtswerte besserten sich, zumal die Meinung vorherrschte, daß ein Zusammenschluß sämtlicher Schiffahrtsgesellschaften auch ohne die Hapag zustande kommen werde. Später gab der Montanmarkt erneut leicht nach. Dagegen Deutsch-Übersee erheblich höher. Tägliches Geld 2 bis 2½ Proz. Ullmefeld war zu 4 Proz. reichlich angeboten, mit Neigung nach unten. Sätze der Seehandlung unverändert. Privatdiskont 3 Proz. (wie gestern).

Frankfurter Börse.

— Frankfurt a. M., 21. Jan. (Eig. Drahtbericht) Bei Eröffnung der Börse waren die Umsätze zunächst bescheiden und die Tendenz auf den meisten Gebieten behauptet. Anregungen besonderer Art lagen nicht vor. Die Trustbotschaft Wilsons ging einflusslos vorüber. Der New Yorker Markt regte zwar etwas mehr an, doch waren es nur Spezialwerte, welche bevorzugt wurden. Auf dem Montanmarkt zeigte die Spekulation Zurückhaltung; vereinzelt war Abgabelust zu bemerken. Phönix-Bergbau und Deutsch-Luxemburger konnten sich behaupten. Bahnen lagen ruhig und behauptet. In Schiffahrtswerten hat die Lebhaftigkeit des Geschäfts wesentlich nachgelassen. Unangenehm berührte es, daß Ballin den Pariser Pool-Verhandlungen fernbleibt. Elektrizitätswerte bei mäßigen Umsätzen ziemlich preisstaltend. Bankaktien zeigten in Erwartung guter Jahresabschlüsse feste Haltung. Obwohl man den Gerüchten von einem bevorstehenden Rücktritt Huertas nur wenig Glauben schenkt, ließ sich doch eine Besserung in Mexikanern konstatieren. Heimische Anleihen ließen vereinzelt Kurserhöhungen zu. Fremde Renten behauptet. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung ruhig. Die Börse schloß ruhig. Privatdiskont 3 Proz. (gestern 3 1/16 Proz.).

Der Bankkrach in der Schweiz.

w. Bern, 20. Jan. Nach dem Zusammenbruch der Bank Credito Ticinese ist nunmehr auch die Tessiner Kantonalbank (eine Privatbank) in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Sie schloß heute morgen ihre Schaffer und reichte dem Gerichte die Bilanz ein. Wie es scheint, erlitt die Bank besonders in Italien große Verluste. Die Tessiner Regierung hat nunmehr die Initiative zur Schaffung einer tessinischen Staatsbank ergriffen. Die Aufregung der lemanischen Bevölkerung ist außerordentlich. Da die Konferenz schweizerischer Banken bisher zu keinem positiven Ergebnis geführt hat, hat nunmehr die Schweizer Bundesregierung die Initiative ergriffen, um in Verbindung mit den schweizerischen Großbanken eine Hilfsaktion durchzuführen. Sie beabsichtigt die Schaffung einer Interventionsbank, um die schwer betroffene Bevölkerung vor weiteren Schäden zu bewahren und die Liquidation der zusammengebrochenen Tessiner Institute durchzuführen. Heute tritt in Bern eine Konferenz zusammen, in der der Bundesrat offiziell durch zwei Mitglieder vertreten ist.

w. Bern, 21. Jan. In der gestrigen Konferenz, die zwischen Vertretern des schweizerischen Bundesrats, den Banken und der Tessiner Regierung in der Angelegenheit der tessinischen Bankkrise stattfand, wurde beschlossen, ein Syndikat mit einem Kapital von 10 Millionen zu gründen, das bald in eine neue Banque du Tessin umgewandelt werden soll. Der Zweck der Gründung ist die Wiederherstellung des Kredits des Kantons Tessin und die Liquidation der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Banken. Der Kanton Tessin ist berechtigt, innerhalb einer bestimmten Frist die neugegründete Bank zu übernehmen. Der Bundesrat sandte an die Tessiner Regierung ein Telegramm, in dem er seine Sorge um die durch den Krach verursachte Finanzlage bezeugt, und ferner der Regierung mitteilt, daß der Bundesrat Mittel zur Milderung des Unglücks in Erwägung zieht. Die Regierung des Kantons Tessin wird dem ersucht, die Bevölkerung zur Ruhe und Mannhaftigkeit aufzufordern.

Banken und Geldmarkt.

— 4proz. mündelsichere Anleihe Mainz. Wie bereits früher berichtet, legt die Stadt Mainz von der 16 Mill. M. betragenden Anleihe jetzt weitere 8 Mill. M. zur öffentlichen Zeichnung auf. Die Anleihe ist in Teilschuldverschreibungen zu Stücken von je 2000, 1000 und 500 M. eingeteilt. Das Anleihekaptital wird seitens der Stadt mit 4 Proz. in halbjährlichen Terminen, am 1. Januar und 1. Juli jeden Jahres verzinst. Jeder Schuldverschreibung werden 20 halbjährliche Zinsscheine für die Zeit vom 1. Januar 1914 ab beigegeben; der erste Zinsschein ist am 1. Juli 1914 fällig und lautet über die Zinsen für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Juli 1914. Das Anleihen ist seitens der Stadt Mainz bis zum 1. Januar 1921 kündbar. Von diesem Tage an steht der Stadt das Recht zu, zu jeder Zeit mit dreimonatiger Kündigung die im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen ganz oder teilweise behufs Rückzahlung des Kapitalbetrages zu berufen. Der Zeichnungspreis beträgt 94,30 Proz. zuzüglich 4 Proz. Stückzinsen vom 1. Januar bis zum Abnahmestag. Die Zeichnung findet statt am Montag, 26. Januar, in Wiesbaden bei der Dresdner Bank, Geschäftsstelle Wiesbaden, dem Vorschussverein zu Wiesbaden, a. G. m. b. H. für deren Mitglieder, der Vereinsbank Wiesbaden, a. G. m. b. H. für deren Mitglieder. Bezüglich der Einzelheiten verweisen wir auf die im Anzeigenblatt enthaltene Zeichnungseinladung.

— 4proz. auslosbare Preussische Schatzanweisungen. Auf diese neue Anleihe (vergl. heutiges Morgenblatt) nehmen ferner zum Zeichnungspreis von 97 Proz. kostenlos Anmeldungen entgegen die Bankfirmen Marcus Barle u. Co. und Pfeiffer u. Co. sowie Gebrüder Krier.

\* Hildesheimer Bank. Als erste unter den Effektenbanken legt die Hildesheimer Bank ihren Abschluß vom Jahre 1913 vor. Der Umsatz ist von 2155 auf 1850 MM. M. zurückgegangen. Die Gesamteinnahmen der Bank betragen 2,51 (2,45) Mill. M. Hiervon erbrachten Zinsen und Wechsel 1,24 (1,15) Mill. M., Effekten und Konsortialkonto 413 801 M., (466 730 M.) und Provisionen 373 315 M., (362 273 M.). Hieraus wird eine Dividende von 9 Proz. auf das 12 Mill. M. betragende Aktienkapital ausgeschüttet und 491 379 M. auf neue Rechnung vorgetragen. Die Liquidität der Bank hat sich etwas verringert.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

21. Januar, 8 Uhr vormittags. 1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Table with weather reports for various stations including Borkum, Hamburg, Swinemünde, Memel, Aachen, Hannover, Berlin, Dresden, Breslau, Metz, Frankfurt, Karlsruhe, München, Zugspitze, Valencia, Solly, Aberdeen, Paris, Vissingen, Christiansund, Skagen, Stockholm, Ragnarök, Petersburg, Waraschau, Wien, Rom, Florenz, Sydneford.

Beobachtungen in Wiesbaden

Table with weather observations for Wiesbaden on Jan 20, including barometer, thermometer, relative humidity, wind direction, and precipitation.

Wettervorhersage für Donnerstag, 22. Januar 1914, von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Wolkig, meist trocken, Frost, nordöstliche Winde.

Schneebericht

von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Taunus, Feidberg: Starker Frost. Schneehöhe 50 cm (gefroren). Schneedecke geschlossen. Bahn nach dem Fuchstanz gut. Schneeschubbahn gut. Oberreifenberg: Starker Frost. Schneehöhe 50 cm (gefroren). N. Bahn gut. Schneeschubbahn gut. Cronberg: Starker Frost. Schneehöhe 15 cm (gefroren). Schneedecke unterbrochen. Schwarzwald, Weg- und Kellergrundbahn gut. Schneeschubbahn ungenügend. Homburg v. d. H.: Starker Frost. Schneehöhe 15 cm (gefroren). Schneedecke gleichmäßig. Rodelbahn Saalburg sehr gut. Schneeschubbahn gut. Westerwald, Marienberg: Starker Frost. Schneehöhe 30 cm (gefroren). Schneedecke geschlossen. Rodelbahn sehr gut. Schneeschubbahn gut. Vorelsberg, Hobe Rodskopf: Starker Frost. Schneehöhe 70 cm (gefroren). Schneedecke geschlossen. Rodel- und Schneeschubbahn gut. Hochwaldhausen: Starker Frost. Schneehöhe 60 cm (gefroren). Schneedecke geschlossen. Rodel- und Schneeschubbahn gut. Spessart, Heigenbrücken: Frost. Schneehöhe 20 cm (vereist). Schneedecke geschlossen. Rodelbahn vereist. Schneeschubbahn gefroren. Rhön, Gersfeld: Starker Frost. Schneehöhe 100 cm (verharrt). Schneedecke stellenweise vereist. Rodelbahn sehr gut. Schneeschubbahn gut. Kresberg: Starker Frost. Schneehöhe 97 cm (verharrt). Schneedecke geschlossen. Rodelbahn sehr gut. Schneeschubbahn gut. Schwarzwald, Feidberg: Starker Frost. Schneehöhe 100 cm (weich). Schneedecke geschlossen. Schneeschubbahn vorzüglich. Triberg: Starker Frost. Schneehöhe 60 cm (weich). Schneedecke geschlossen. Rodelbahn sehr gut. Schneeschubbahn gut.

Advertisement for Nerven-Kranke. Winter besucht. Kuranstalt Hofheim i. T. Prospekt durch Dr. Schulze-Kahleiss, Nervenarzt.

\* Deutsche Pfandbriefanstalt, Posen. Nach dem uns zu gehenden Geschäftsbericht der Gesellschaft hat das Jahr 1913 den erststelligen Realkredit mehr denn je erschwert. Die Geldbeschaffungskosten für ihn haben eine außerordentliche Höhe erreicht. In der Mehrzahl der größeren Städte des Beleihungsgebietes stockte die Bautätigkeit. Die Gesellschaft erhöhte im Jahre 1913 ihren Hypothekenumlauf um 5,41 Mill. M. (i. V. 5,12 Mill. M.) auf 16,43 Mill. M. und andererseits den Bestand an 4% und 4 1/2proz. Amortisationshypotheken um 5,89 (5,35) Mill. M. auf 17,77 Mill. M. Nach Abführung von 3% Proz. Zinsen an den Staat mit 28 958 M. (5062 M.) bleiben 96 791 M. (68 166 M.) Reingewinn.

w. 5proz. Obligationen der Vereinigten Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelingen. Eine Bankengruppe, der u. a. die Disconto-Gesellschaft angehört, hat vorbehaltlich der Genehmigung der außerordentlichen Generalversammlung vom 9. Februar 40 Millionen 5proz. zu pari rückzahlbare Obligationen der Vereinigten Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelingen übernommen.

\* Die Pfälzische Bank errichtet in St. Ingbert eine Zweigstelle, die der Zweigniederlassung Zweibrücken unterstellt ist.

Industrie und Handel.

\* Aus der Zementindustrie. Meldungen aus Brüssel zufolge wurde das frühere Abzehrabkommen zwischen dem belgischen und dem deutschen Zement Syndikat zwecks einer Preisverhandlung am holländischen wie am deutschen und belgischen Markt erneuert.

Verkehrswesen.

\* Ballin bleibt den Pariser Poolverhandlungen fern. Bei den morgen in Paris beginnenden Verhandlungen der Internationalen Schiffahrtskonferenz wird die Hamburg-Amerika-Linie nach Angaben der Direktion, die heute bei hiesigen Bankstellen eingelaufen waren, unvertreten bleiben.

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister B Nr. 78 wurde bei der Firma „Westdeutsche Verlagsgesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“, mit dem Sitz in Wiesbaden, eingetragen, daß durch Beschluß der Generalversammlung vom 10. Januar 1914 § 1 des Gesellschaftsvertrags in der Fassung vom 29. August 1904 bezüglich der Firma abgeändert ist. Die Firma lautet jetzt: „Heimkultur Verlagsgesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Wiesbaden“.

Marktberichte.

O. Fruchtmarkt zu Frankfurt a. M. vom 21. Jan. Weizen, hiesiger, 19,25 M., kurhessischer 19,15 bis 19,25 M., Roggen, hiesiger, 16 bis 16,10 M., Gerste, Welterauer, 16,50 bis 17,25 M., Mark, Franken, Pfälzer, Ried 17 bis 17,50 M., Hafer, hiesiger, 16 bis 17,25 M., Mais 14,60 bis 14,75 M., Alles per 100 Kilo.

O. Kartoffelmarkt zu Frankfurt a. M. vom 21. Jan. Kartoffeln in Wagenladung 8,50 bis 4 M., im Detail 4,50 bis 5 M., Alles per 100 Kilo.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 12 Seiten.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Geiger; für Geschäfts- und Anzeigen-Teil: H. Geiger; für Druck- und Anzeigen-Teil: H. Geiger. Druck: H. Geiger. Prospekt durch Dr. Schulze-Kahleiss, Nervenarzt.

Kursberichte vom 21. Jan. 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

Table with exchange rates for various currencies including Sterling, Franc, and Dollar.

Table with exchange rates for Gold-Rubel, Dollar, and other international currencies.

Berliner Börse.

Main table for the Berlin stock exchange, listing various bank and industrial stocks with their respective prices and percentages.

Table listing various industrial and utility stocks, including Rheinische Stahl, Chemische Werke, and Maschinen- u. Metallindustrie.

Table listing various bank stocks, including Dresdner Bank, Reichsbank, and other financial institutions.

Table listing various mining and metal stocks, including Bergwerks-Aktionen and Div. Bergwerks-Aktionen.

Table listing various colonial and industrial stocks, including Deutsche Kolonial-Ges. and Aktien v. Transp-Anstalten.

Table listing various foreign and international stocks, including Aktien v. Transp-Anstalten and Div. Industrielle Aktien.

Table listing various foreign and international stocks, including Aktien v. Transp-Anstalten and Div. Industrielle Aktien.

Table listing various foreign and international stocks, including Aktien v. Transp-Anstalten and Div. Industrielle Aktien.

Table listing various foreign and international stocks, including Aktien v. Transp-Anstalten and Div. Industrielle Aktien.

Frankfurter Börse

Main table for the Frankfurt stock exchange, listing various state and municipal bonds and stocks.

Table listing various industrial and utility stocks, including Deutsche Kolonial-Ges. and Aktien v. Transp-Anstalten.

Table listing various bank and financial stocks, including Div. Bank Aktien and Div. Industrielle Aktien.

Table listing various foreign and international stocks, including Aktien v. Transp-Anstalten and Div. Industrielle Aktien.

Table listing various foreign and international stocks, including Aktien v. Transp-Anstalten and Div. Industrielle Aktien.

Table listing various foreign and international stocks, including Aktien v. Transp-Anstalten and Div. Industrielle Aktien.

Table listing various foreign and international stocks, including Aktien v. Transp-Anstalten and Div. Industrielle Aktien.

Table listing various foreign and international stocks, including Aktien v. Transp-Anstalten and Div. Industrielle Aktien.

Table listing various foreign and international stocks, including Aktien v. Transp-Anstalten and Div. Industrielle Aktien.

Londoner Börse.

Table listing various London stock exchange data, including American railroads, bonds, and other financial instruments.